

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Faruk Şen

Die gegenwärtige politische Lage in der Türkei  
unter der neuen Regierung

Çiğdem Akkaya

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei

Udo Steinbach

Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen  
Standort im internationalen System

Şefik Alp Bahadır

Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union –  
ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft?

Lale Yalçın-Heckmann

Zur Kurdenproblematik in der Türkei

B 11–12/97  
7. März 1997

Faruk Şen, Prof. Dr. rer. pol., geb. 1948; Betriebswirt und Sozialwissenschaftler; Direktor des Zentrums für Türkei studien und Lehrbeauftragter an der Universität GH Essen.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Türkei und zu migrationsbezogenen Themen.

Çiğdem Akkaya, Dipl.-Ökonomin, geb. 1963; stellvertretende Direktorin des Zentrums für Türkei studien an der Universität GH Essen.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden zur Wirtschaft, den Außenbeziehungen der Türkei und zur Frage der EU-Beziehungen der Türkei.

Udo Steinbach, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Islamkunde und Klassischen Philologie an den Universitäten Freiburg i.Br. und Basel; seit 1976 Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg

Zahlreiche Veröffentlichungen zu Politik und Gesellschaft des zeitgenössischen Nahen und Mittleren Ostens; zuletzt: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Bergisch Gladbach 1996.

Şefik Alp Bahadır, Dr. rer. pol., geb. 1946; Professor für Gegenwartsbezogene Orientforschung am Institut für Staats- und Versicherungswissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Theorien und Strategien der regionalen Wirtschaftsintegration von Entwicklungsländern, Berlin 1984; zahlreiche Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden zu Wirtschaftsfragen der islamisch-nahöstlichen Staaten.

Lale Yalçın-Heckmann, Ph.D. (London School of Economics), geb. 1955; Studium der Soziologie in Istanbul und der Sozialanthropologie in London; 1990–1996 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bamberg.

Veröffentlichungen u. a.: Tribe and Kinship among the Kurds, Frankfurt u. a. 1991; Kurdish Tribal Organisation and Local Political Processes, in: Andrew Finkel/Nükhet Sirman (Hrsg.), Turkish State, Turkish Society, London 1990; Are Fireworks Islamic? Towards an Understanding of Turkish Migrants and Islam in Germany, in: Charles Stewart/Rosalind Shaw (Hrsg.), Syncretism/Anti-syncretism: The Politics of Religious Synthesis, London – New York 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Die gegenwärtige politische Lage in der Türkei unter der neuen Regierung

## I. Erbakan als Ministerpräsident der Türkei

Anfang Juli 1996 wurde mit Necmettin Erbakan zum ersten Mal ein islamisch-fundamentalistischer Parteivorsitzender in der Geschichte der Türkischen Republik Ministerpräsident einer Koalitionsregierung. Erbakans Partei, die Refah Partisi (RP; Wohlfahrtspartei) erhielt bei den Wahlen am 24. Dezember 1995 21 Prozent der Stimmen. Dies kann man als einen historischen Wendepunkt in der türkischen Politik bezeichnen.

Die Regierungskoalition Erbakans ist am 8. Juli mit der Partei des Rechten Weges (DYP) geschlossen worden. Die Vorsitzende der DYP, Tansu Çiller, machte die Koalitionsbeteiligung ihrer Partei von der Abstimmung über die Einrichtung eines Ausschusses zur Untersuchung der gegen sie gerichteten Vorwürfe des Amtsmissbrauchs und der Veruntreuung von 500 Mrd. TL abhängig<sup>1</sup>. Die Wohlfahrtspartei stimmte am 19. Juni im Parlament zugunsten Çillers und gegen den ursprünglich von der RP selbst gestellten Mißtrauensantrag. Daraufhin zeigte sich Tansu Çiller zur Bildung einer Koalitionsregierung mit Erbakan bereit, also mit dem Vorsitzenden jener Partei, die sie selbst stets als Feind des Laizismus und des Staates bezeichnet hatte. Çillers Vorwürfe gegen die Wohlfahrtspartei waren seinerzeit so weit gegangen, daß sie dieser Partei Heroinhandel unterstellte. Sie war die Politikerin gewesen, die sich selbst vor der Abstimmung über die Zollunion mit der EU zum Garanten gegen den Fundamentalismus in der Türkei erklärt hatte. Ihre Entscheidung, eine Koalition mit der religiösen Wohlfahrtspartei einzugehen, löste sowohl innerhalb der eigenen Partei als auch in allen übrigen Kreisen tiefe Empörung und heftige Reaktionen aus. Çiller wurde vorgeworfen, die Türkei den Fundamentalisten ausgeliefert zu haben, um sich selbst der Verantwortung vor dem Untersuchungsausschuß zu entziehen, und dies auf Kosten ihrer eige-

nen Partei und der laizistischen Verfassung der Türkei.

Die türkischen Zeitungen berichten, daß zwischen Erbakan und Çiller geheime Absprachen getroffen worden seien, die in dem Koalitionsprotokoll, das am 4. Juli bekanntgegeben wurde, keine Erwähnung fanden. Demnach sollen die beiden Parteivorsitzenden sich insbesondere über folgende Punkte verständigt haben<sup>2</sup>:

- Keine der beiden Parteien soll gegen die andere Partei gerichtete Untersuchungsanträge einreichen. Die Untersuchungen gegen Çiller und Mercümeke sollen eingestellt werden (Süleyman Mercümeke gilt als Verwalter der Gelder der Wohlfahrtspartei). Gegen Mercümeke läuft derzeit ein Prozeß; er soll Spendengelder in Höhe von ca. 28 Mio. DM, die im Ausland für Bosnien gesammelt wurden, für andere Zwecke verwendet haben. Es wird vermutet, daß diese Spendengelder 1994 zur Finanzierung der Wahlkampagne der Wohlfahrtspartei eingesetzt worden sind. Diese bestreitet jedoch offiziell die Verbindungen zu ihm. Im Parlament ist ein Untersuchungsausschuß eingerichtet worden, der damit beauftragt ist, die Verbindungen zwischen Mercümeke und der Wohlfahrtspartei aufzuklären.
- Weiterhin soll abgesprochen worden sein, daß bei zukünftigen Untersuchungsausschüssen gemeinsam vorgegangen werden soll, womit künftige Untersuchungsausschüsse gegen Erbakan und Çiller verhindert würden. Diese Vermutungen der Zeitungen haben sich insofern als richtig erwiesen, als der mit der Überprüfung des Amtsmissbrauchs durch Tansu Çiller beauftragte Untersuchungsausschuß am 25. November 1996 für die Entlastung Çillers stimmte. Der 15köpfige Ausschuß setzte sich aus fünf Abgeordneten der Wohlfahrtspartei, drei Abgeordneten der DYP (der Partei Çillers) und sieben Abgeordneten der Oppositionsparteien zusammen. Mit acht gegen sieben Stimmen wurde die Weiterleitung der Akten an höhere Instanzen verhindert. Die Einrichtung dieses Untersuchungsausschusses geht ur-

1 Vgl. Çiğdem Akkaya/Faruk Şen/Yasemin Özbek, Was will die Wohlfahrtspartei; Analyse einer religiösen Regierungspartei in der Türkei, in: Südosteuropa-Mitteilungen, (1996) 3, S. 201–225.

2 Vgl. Hürriyet vom 30. Juli 1996.

**Tabelle 1: Verteilung der Stimmen und Sitze nach den Wahlen zum türkischen Parlament vom 24. Dezember 1995**

Partei	Abgegebene Stimmen	Abgegebene Stimmen (in Prozent)	Zahl der Abgeordneten	
			Nach den Wahlen	Stand 10. 1. 97
<b>RP [Refah Partisi]*</b> [Wohlfahrtspartei] Vorsitzender: Necmettin Erbakan	6 012 450	21,38	158	160
<b>ANAP [Anavatan Partisi]**</b> [Mutterlandspartei] Vorsitzender: Mesut Yılmaz	5 527 288	19,65	133	128
<b>DYP (Doğru Yol Partisi)</b> [Partei des Rechten Weges] Vorsitzende: Tansu Çiller	5 396 009	19,18	135	119
<b>DSP (Demokratik Sol Parti)</b> [Demokratische Linke Partei] Vorsitzender: Bülent Ecevit	4 118 025	14,64	75	73
<b>CHP (Cumhuriyet Halk Partisi)</b> [Republikanische Volkspartei] Vorsitzender: Deniz Baykal	3 011 076	10,71	49	49
<b>MHP (Milliyetçi Hareket Partisi)</b> [Nationalistische Aktionspartei] Vorsitzender: Alparslan Türkeş	2 301 343	8,18	keine	..
<b>HADEP (Halkın Demokrasi Partisi)</b> [Demokratische Partei des Volkes] Vorsitzender: Murat Bozlak	1 171 623	4,17	keine	..
<b>YDH (Yeni Demokrasi Hareketi)</b> [Neue Demokratische Bewegung] Vorsitzender: Cem Boyner	133 889	0,50	keine	..
<b>Sonstige (zum Zeitpunkt der Wahlen: IP, MP, YDP und Parteilose)</b>	321 395	1,62	keine	21***

\* Fusion mit den Parteimitgliedern der DP (Demokratische Partei).

\*\* Fusion mit den Parteimitgliedern der BBP (Große Einheitspartei).

\*\*\* Aktuelle Verteilung: 7 Abgeordnete von der Partei BBP, 6 Abgeordnete von der Partei DTP (Demokratische Partei der Türkei), 7 unabhängige Abgeordnete und ein nicht belegter Sitz.

sprünglich auf einen Antrag der Wohlfahrtspartei zurück, als diese noch in der Opposition war. Sie stimmte somit gegen den eigenen Antrag. In gleicher Weise gingen RP und DYP vor, als sie am 15. Januar 1997 die Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Überprüfung des verdächtig hohen Vermögens der Familie Çiller in der Türkei und in den USA, das sich in den letzten Jahren mehrfach erhöht hat, ebenfalls mit acht gegen sieben Stimmen einstellten.

Die Konformität der Koalitionspartner und die derzeitige Stabilität der Regierung basieren somit keineswegs auf einem Konsens über politische Grundprinzipien, sondern auf der persönlichen Abhängigkeit und Erpreßbarkeit Çillers. Sowohl innerhalb der Wohlfahrtspartei als auch innerhalb der Partei des Rechten Weges ist die Zahl der Gegner dieser Koalition nicht gering. Der radikale, stark fundamentalistische Flügel der Wohlfahrtspartei und die liberal-laizistischen Mitglieder der DYP befürchten eine stärkere Abweichung von den Parteiprinzipien zugunsten des Koalitionspartners und letztlich dadurch den Verlust von Wählerstimmen.

## II. Die Einflußnahme auf den Staatsapparat und die Neubesetzung von Stellen

Die DYP/RP-Koalition unter dem Vorsitzenden der Wohlfahrtspartei, Necmettin Erbakan, als Ministerpräsidenten ist nunmehr seit dem 8. Juli 1996 im Amt. Die Aktivitäten und die erreichten Ziele der DYP/RP-Koalition können seit der Regierungsübernahme unter folgenden Aspekten betrachtet werden: die Einflußnahme auf den Staatsapparat und die Neubesetzung von Stellen, die Beziehungen der Regierung zum Militär, die Einstellung der Koalitionsregierung gegenüber den Wirtschaftsverbänden und ökonomischen Fragen, die Wohlfahrtspartei und ihre Einstellung gegenüber dem laizistischen Prinzip, die neue Außenpolitik Erbakans als Bestandteil seiner Innenpolitik, die Kurdenpolitik sowie das Verhältnis der Koalitionsregierung zur Presse.

Die Intention des türkischen Ministerpräsidenten richtete sich in erster Linie auf die Neustrukturie-

rung des Staatsapparates. Der türkische Staatsdienst war während der 73jährigen Geschichte der Türkei weitgehend frei von Anhängern islamistischer Gruppierungen gewesen. Zwar hatten in einigen Ministerien Befürworter der Islamisten Fuß gefaßt, aber ihr Anteil an den 1,2 Mio. Staatsbeamten war bis zum Regierungsantritt der DYP/RP-Koalition gering. Erbakan will dies während seiner Regierungszeit grundlegend ändern. Er beabsichtigt, knapp 250 000 Anhänger der Wohlfahrtspartei im Beamtenapparat unterzubringen. Da dies nicht kurzfristig erreicht werden kann, versucht Erbakan, seinen Plan schrittweise zu realisieren<sup>3</sup>.

Die Wohlfahrtspartei erließ zunächst ein Gesetz, das der Regierung die alleinige Kompetenz einräumt, Regelungen über den öffentlichen Dienst zu verändern. Das Parlament wurde so von solchen Entscheidungen ausgeschlossen. Dieses Gesetz, das das Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte, wurde durch Staatspräsident Demirel erwartungsgemäß zurückgewiesen. Trotz der Anwendung seines Vetorechtes legte die Koalitionsregierung das Gesetz dem Parlament vor. Daraufhin wurde im Parlament über das Gesetz ohne Veränderung nochmals abgestimmt, und es trat somit in Kraft. Auf diese Weise kann die Regierung nun Veränderungen im Staatsapparat ohne jede parlamentarische Kontrolle vornehmen.

Die ersten Umstrukturierungen und Neubesetzungen veranlaßte der Ministerpräsident zunächst in zwei Ministerien, die der Wohlfahrtspartei unterstellt waren: im Justizministerium und im Arbeitsministerium. Am 15. September 1996 wurden bei den Verwaltungsgerichten 72, den Landessicherheitsgerichten 78 und bei den Zivilgerichten 1 266 Richter und außerdem auch Staatsanwälte versetzt. Die Tatsache, daß von diesen Versetzungen gerade die als liberal, sozialdemokratisch und kemalistisch geltenden Richter und Staatsanwälte betroffen waren, erregte in der Türkei großes Aufsehen. Infolge der genannten Veränderungen ist es der Koalitionsregierung nun eher möglich, den Justizapparat im eigenen Interesse zu kontrollieren.

Eine weitere Einflußnahme auf den türkischen Verwaltungsapparat fand kurz nach dem Regierungswechsel im Arbeitsministerium statt. Der Arbeitsminister wollte vor allem bei der Sozialversicherungsanstalt für Angestellte (der größten derartigen Anstalt) Neubesetzungen in die Wege leiten. Nach einer Aufnahmeprüfung für Bewerber wurden 2 500 Stellen neu besetzt. Für die Prüfung

bewarben sich 75 000 Personen, die etappenweise selektiert wurden. Die Sichtung der Prüfungsunterlagen innerhalb einer Woche durch eine relativ kleine Prüfungskommission verfestigte den öffentlichen Eindruck, daß die Namen der einzustellenden Beamten vorab bereits festgelegt worden waren und die Prüfung nur durchgeführt wurde, um der Form zu genügen. Die Intention des Arbeitsministers bestand darin, die Unterbringung der eigenen Parteianhänger zu beschleunigen und das Ministerium von Anhängern anderer politischer Richtungen zu säubern.

Weitere Neubesetzungen mit Parteianhängern der RP fanden im Erziehungsministerium statt<sup>4</sup>. Zum ersten Male wurden Lehrer (insgesamt 358), die in Ägypten an der El-Azhar-Universität studiert haben, eingestellt. Bis dahin wurde der Abschluß dieser Universität in der Türkei nicht anerkannt. Auch im Kultusministerium gab es zahlreiche Versetzungen und Neueinstellungen auf höherer Ebene.

Größere Änderungen plant Erbakans Regierung auch beim Hochschulrat (YÖK), der seit 1982 sämtliche 61 Hochschulen in der Türkei leitet<sup>5</sup>. Die DYP/RP-Koalition plant, den Einfluß des Staatspräsidenten bei der Ernennung der Mitglieder des Hochschulrates einzuschränken. Nach der derzeit geltenden Regelung kann der Staatspräsident 17 der insgesamt 25 Mitglieder des Hochschulrates ernennen. Durch die Reduzierung der Zahl der Mitglieder, die vom Staatspräsidenten ernannt werden, kann die Regierung ihre Kontrolle und ihren Einfluß auf den Hochschulrat verstärken. Auch die Autonomie der TÜBİTAK (Türkische Anstalt für technologische Forschung), deren Jahreshaushalt bei 40 Mio. DM liegt und die 1 600 Mitarbeiter hat, versucht der Ministerpräsident einzuschränken. Auf diese Weise möchte Erbakan weitere Anhänger seiner Partei in dieser Institution unterbringen und dadurch eine stärkere Einflußnahme durch seinen Parteiapparat erreichen. Das in der Türkei immer noch verbreitete Klientensystem, wonach jede Regierung ihre Anhänger auf wichtigen Positionen unterbringt, wird auch von der Wohlfahrtspartei praktiziert. Da weite Teile des Staatsapparates den Anhängern der islamistischen Parteien seit über 20 Jahren verwehrt blieben, strebt die RP nun danach, ihren Anhängern bedeutende Positionen im Staat zu verschaf-

4 Das Erziehungsministerium untersteht einem Minister aus der Partei des Rechten Weges.

5 Für weitergehende Informationen zum YÖK vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.), Deutsch-türkische Hochschulkooperationen. Bestandsaufnahme und kritische Analyse der Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Hochschulen und Hochschullehrern, Bonn 1995, S. 8 ff.

3 Vgl. Faruk Şen, Erbakan: ein Wolf im Schafspelz, in: Zeitschrift für internationale Politik, (1996) 9, S. 53–56.

fen. Die ersten Schritte dazu hat sie nach den Kommunalwahlen im März 1994 in die Wege geleitet: In Kommunalverwaltungen, in denen die Wohlfahrtspartei den Oberbürgermeister stellte, wurden zahlreiche Parteimitglieder untergebracht. Ziel der RP ist nun, dies auch innerhalb des öffentlichen Dienstes zu realisieren. Der Unterschied zu anderen Parteien, die ihren Mitgliedern ebenfalls die gleichen Möglichkeiten boten, ist, daß die bislang regierenden Parteien den Grundsätzen der Demokratie und dem Prinzip des Laizismus zustimmten. Mit der Besetzung der Ämter durch die Anhänger der RP haben nun Befürworter eines theokratischen Staates die Möglichkeit, das gewöhnliche System zu unterwandern.

Die einzigen Ministerien, die sich bisher gegen die Einflußnahme und Intervention der Wohlfahrtspartei zur Wehr setzen konnten, sind – aufgrund ihrer Strukturen – das Verteidigungs- und das Außenministerium.

---

### III. Die Beziehungen der Regierung zum Militär

---

Zum ersten Mal nach 1980, nach der dritten Militärintervention in der Türkei<sup>6</sup>, nahmen die Spekulationen in der Presse über die Möglichkeit eines erneuten Eingreifens des Militärs in die Politik zu. Auch wenn das türkische Militär eine solche Intervention heftig zurückwies, sind derzeit sowohl innerhalb der politischen Szene als auch in den Medien zahlreiche Stimmen zu hören, die sich gegen die antilaizistische und proarabische Politik der Wohlfahrtspartei richten und einen Eingriff des Militärs befürworten. Die guten Beziehungen, welche die SHP/DYP-Koalitionsregierung<sup>7</sup> von 1991 bis 1995 zum Generalstab unterhielt, sind nunmehr der Enttäuschung des Militärs über Tansu Çiller gewichen. (Die SHP-Partei schloß sich 1994 mit der CHP-Partei zusammen und verlor ihre Eigenständigkeit.)

Die Wohlfahrtspartei wiederum versucht seit Mitte der achtziger Jahre, Einfluß innerhalb des Militärs zu gewinnen. Dies versuchte die RP mit der Zulassung der Absolventen der Predigerschulen zu den Militärakademien zu erreichen, was ihr bisher aber nicht gelang. Der Oberste Militärerrat hatte bisher zahlreiche Militärangehörige auf-

grund von politisch-religiösen Aktivitäten aus dem Militärdienst entlassen, da eine Unterwanderung des Militärs befürchtet wird. Das aktuelle Urteil des Obersten Militärates zur Entlassung von 69 Offizieren, das der Unterzeichnung des Ministerpräsidenten bedurfte, stellte Erbakan vor eine schwierige politische Prüfung. Denn eine Unterzeichnung würde die Ablehnung seiner bis dahin propagierten politischen Ideale bedeuten und Gegenreaktionen seiner Anhänger auslösen. Die Nichtunterzeichnung dieses Urteils hingegen käme einer Machtprobe mit dem Militär gleich, was das politische Ende Erbakans bedeuten konnte. Er entschied sich für die erste Alternative und wurde dafür selbst durch die parteieigene Zeitung *Milli Gazete* und andere religiöse Kreise heftig kritisiert. Aufgrund dieses Ereignisses ist durch die islamischen politischen Kreise – auch aus den Reihen der RP – zum ersten Male eine öffentliche Diskussion über die Möglichkeit einer gesetzlichen Anfechtung der Entscheidungen des Obersten Militärates in voller Schärfe entbrannt.

Um die Beziehungen zum Generalstab zu verbessern, bekennen sich einerseits Ministerpräsident Erbakan und seine Minister in der Öffentlichkeit immer häufiger zu den Reformen Atatürks. Andererseits ist auf unteren Verwaltungsebenen, besonders bei den RP-Oberbürgermeistern in Mittelanatolien, immer stärkere Kritik und offen demonstrierte Ablehnung gegen die kemalistischen Reformen zu verzeichnen. Auf diese Weise ist es für Erbakan möglich festzustellen, wie das Militär auf die Haltung und Aktivitäten seiner Parteimitglieder reagiert. Die ambivalente Haltung der RP-Mitglieder gegenüber dem Laizismus und der Modernisierung von Staat und Gesellschaft dient der Partei gleichzeitig dazu, sowohl das Militär als auch die fundamentalistischen Wähler zufriedenzustellen.

Im November und Dezember 1996 entwickelte sich in der Türkei eine neue Phase: Während die Koalitionsregierung eine stärker an islamischen Werten und islamischen Staaten orientierte Politik betreibt, sorgt Staatspräsident Süleyman Demirel mit der Hervorhebung der kemalistischen Reformen für ein Gleichgewicht. Das Militär hingegen bekräftigte insbesondere an den drei wichtigen staatlichen Feiertagen der Türkei – dem Jahrestag des Sieges über die Alliierten, dem Tag der Gründung der Republik und dem Todestag von Kemal Atatürk – seine Treue zum laizistischen Staatsprinzip und seine Ablehnung des politischen Islam. An den genannten Tagen fanden in der Türkei – besonders in Ankara – auch große Kundgebungen statt, an denen zahlreiche Personen, die sich mit der Reformpolitik Atatürks identifizieren, teilnahmen. Dies verdeutlicht, daß das Militär mit seiner

6 Für nähere Informationen über Militärinterventionen in der Türkei vgl. Fikret Adanır, *Geschichte der Republik Türkei*, Mannheim – Leipzig – Wien – Zürich 1995, S. 106 ff.

7 In dieser Regierung koalierte die Partei des Rechten Weges von Frau Çiller mit der sozialdemokratischen Partei SHP, der späteren CHP (Republikanische Volkspartei).

den Laizismus befürwortenden und gegenüber der RP distanzierter Politik immer mehr Resonanz in der Bevölkerung findet. Nach dem letzten Militärputsch im Jahre 1980 wird die Armee erstmals wieder als die entscheidende politische Kraft gesehen, welche die Türkei vor islamischen Einflüssen retten kann.

#### IV. Die Einstellung der Regierung gegenüber den Wirtschaftsverbänden und ökonomischen Fragen

Zum ersten Male nach 1980 befindet sich in der Türkei eine Koalitionsregierung an der Macht, die gegenüber den türkischen Großunternehmern und Holdings eine ablehnende Politik betreibt. Der Verband der türkischen Großunternehmer und Industriellen (TÜSIAD) unterhielt zu den bisherigen türkischen Regierungen – ausgenommen die sozialdemokratische Regierung in den Jahren 1978 und 1979 unter Bülent Ecevit – gute Beziehungen und konnte auf diese Weise die Wirtschaftspolitik des Landes entscheidend mit prägen<sup>8</sup>. Die derzeitige Koalitionsregierung steht diesem Verband kritisch gegenüber, dies hat zweierlei Gründe:

1. TÜSIAD, dessen Mitglieder in der Türkei einen dominanten Anteil in der türkischen Wirtschaft haben, lehnt die von der Wohlfahrtspartei propagierte islamische Wirtschaftsordnung und die Aktivitäten der RP im Bereich der Wirtschaft ab. Die EU-Orientierung der TÜSIAD und die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit US-Firmen stehen den Zielen Erbakans entgegen.

2. Zu Beginn ihrer politischen Karriere wurde Tansu Çiller von der TÜSIAD, bei der sie von 1980 bis 1992 als Beraterin in ihrer Eigenschaft als Universitätsprofessorin tätig war, unterstützt. Die Wirtschaftspolitik Çillers als Ministerpräsidentin wurde hingegen von den TÜSIAD-Mitgliedern als den Problemen nicht angemessen und wenig vertrauenswürdig angesehen und daher abgelehnt. Dies führte zu einer zunehmenden Distanz zwischen Çiller und TÜSIAD.

Aus den oben dargestellten Gründen unterstützt Çiller nunmehr, wie die Politiker der RP, zunehmend die mittleren und kleinen Unternehmen in der Türkei, die bisher knapp 30 Prozent des Marktes beherrschen. Während Frau Çiller enge Beziehungen zur Industrie- und Handelskammer der Türkei knüpfte und dieser Organisation eine hohe

Bedeutung in der Wirtschaft beimißt, legt die Wohlfahrtspartei großen Wert auf den islamisch ausgerichteten Verband MÜSIAD (Verband unabhängiger Arbeitgeber und Industrieller). MÜSIAD mit seinen 2 000 Mitgliedern, die hauptsächlich aus mittleren und kleinen Unternehmen aus Mittelanatolien oder aus den Randgebieten der Türkei stammen, zielt darauf ab, einen höheren Anteil an staatlichen Subventionen und staatlichen Aufträgen zu erhalten. Sowohl Tansu Çiller als auch Necmettin Erbakan planen, bei ihrer Wirtschaftspolitik Änderungen zugunsten des MÜSIAD vorzunehmen. Bis 1994 nahmen die mittelständischen Unternehmen in der Türkei nur vier Prozent der staatlichen Subventionen in Anspruch, nun will man diesen Anteil mit Hilfe zinsgünstiger und langfristiger Kredite erhöhen. Demnach zeichnet sich in der Türkei unter der neuen Koalitionsregierung ein wirtschaftspolitischer Wandel ab. Während die konservativen und liberalen Parteien stets Befürworter der Großunternehmen waren, unterstützt die Partei des Rechten Weges nunmehr die mittleren und kleinen Unternehmen. Dabei stellt sich die Frage, ob die Holdings der DYP und der RP als zu einflußreich erscheinen.

Den Wandel in der türkischen Wirtschaftspolitik verdeutlichen auch die populistischen Maßnahmen, die die Koalitionsregierung unmittelbar nach der Machtübernahme am 8. Juli 1996 beschloß, um breitere Bevölkerungsschichten für sich zu gewinnen. Während sich die Inflationsrate im ersten Halbjahr 1996 um 41 Prozent erhöht hatte, wurde z. B. den Beamten eine Gehaltserhöhung von 50 Prozent gewährt. Mit solchen Wirtschaftsmaßnahmen erweckt die Regierung den Eindruck, daß sie eine sozialere Politik betreibt, als es bisher in der Türkei der Fall war. Für die Zukunft beabsichtigt die RP, bei den Tarifverhandlungen als Partner auf der Arbeitnehmerseite den der Wohlfahrtspartei nahestehenden Gewerkschaftsbund Hak-İş<sup>9</sup> zu begünstigen. Auf diese Weise kann die Hak-İş bei den Tarifverhandlungen Kompromisse mit der Regierung eingehen, die gegenüber den Arbeitnehmern als große Erfolge dargestellt werden können.

Auch den Begriff „Sozialstaat“ erwähnt Necmettin Erbakan gerne und häufig. In erster Linie betont er, daß die finanzschwachen Bevölkerungsgruppen verstärkt soziale Dienstleistungen des Staates kostenlos in Anspruch nehmen könnten. Dies wird bereits in verschiedenen durch die RP regierten Kommunen praktiziert. Dort werden an die ärme-

<sup>8</sup> Näheres zu diesem Thema vgl. Ayşe Buğra, *State and Business in Modern Turkey. A comparative Study*, New York 1994.

<sup>9</sup> Der derzeitige Arbeitsminister war zuvor Vorsitzender von Hak-İş.

ren Schichten kostenlos warme Mahlzeiten, Brot und Lebensmittel verteilt.

Nach dem Regierungsantritt hat die DYP/RP-Koalition bisher drei Maßnahmenpakete zur Mittelbeschaffung für den öffentlichen Haushalt angekündigt<sup>10</sup>. Aus den beiden ersten Maßnahmenpaketen erhoffte sich der Staat durch Steuereinnahmen und durch die Privatisierung staatlicher Betriebe bis zu 20 Milliarden US-Dollar zusätzlicher Mittel. Realisiert wurden bisher allerdings nur Einnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar.

Hinter den großzügigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegenüber breiteren Schichten steckt das einfache politische Kalkül, im Falle vorgezogener Wahlen ein größeres Wählerpotential hinter sich zu haben. Diese Vorgehensweise stieß auf Kritik des Internationalen Währungsfonds. Die Kreditwürdigkeit der Türkei wurde gesenkt: Am 18. Dezember 1996 stuft die europäische Bewertungsagentur IBCA die Kreditnote der Türkei von BB auf B+ – die erste Eingruppierung für Risikoländer – zurück. Eine Woche zuvor hatten Standard & Poors die Kreditwürdigkeit der Türkei ebenfalls auf B zurückgenommen. Den Anfang einer kritischeren Bewertung hatte im November die japanische Agentur JCR gemacht, die die Türkei auf BB setzte. Alle führenden internationalen Rating-Institute hatten die türkische Regierung bereits im Sommer vor einer Zurückstufung der Kreditwürdigkeit gewarnt, falls die Türkei die dringend notwendige Einführung von Stabilisierungsmaßnahmen unterlasse. Die Koalitionsregierung ignorierte jedoch die Warnungen der verschiedenen internationalen Kreditinstitutionen zugunsten des höheren politischen Nutzens einer populistischen Politik. Als Gründe für ihre Zurückstufung der Kreditwürdigkeit gab die IBCA an, daß die Politik der türkischen Koalitionsregierung nicht ausreiche, die ernsthaften gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu korrigieren.

Zur Konsolidierung des Staatshaushalts bemüht sich die Regierung, die Privatisierung voranzutreiben. Auf dem Plan steht insbesondere eine rasche Privatisierung der Banken. Am 29. Dezember 1996 wurden die Verhandlungen über die Privatisierung der türkischen staatlichen Banken – wie der ETI-Bank, der DENIZ-Bank und der ANADOLU-Bank – geführt. Diese Privatisierungsschritte waren der Türkei sowohl vom Internationalen Währungsfonds als auch von Kreditagenturen vorgeschrieben worden. Deutliche

Hinweise auf die Krisensignale der türkischen Wirtschaft unter der gegenwärtigen Regierung erhielt das Land auch von der OECD<sup>11</sup>. Nach dem Bericht der OECD von Ende 1996 wird sich die Lage in der Türkei weiterhin verschlechtern. Die Inflationsrate wird nach Schätzungen der OECD auch 1997 bei etwa 80 Prozent liegen.

Auch die Zollunion hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Ersten Berichten zufolge mußte die Türkei für das Jahr 1996 Zolleinnahmeverluste in Höhe von 3,2 Milliarden US-Dollar hinnehmen. Zudem erhöhten sich die Importe der Türkei rapide, während der Anstieg der Exporte langsamer verlief. Der Grund dafür lag darin, daß die Hoffnung der Türkei auf eine starke Exportsteigerung auf dem Textilsektor nach der Zollunion nicht in Erfüllung ging.

Die Ziele der Koalitionsregierung, die Inflationsrate unter Kontrolle zu halten, die Privatisierung zu beschleunigen und eine Steuerreform durchzuführen, sind in den ersten sechs Monaten ihrer Amtsperiode nicht erreicht worden. Das steigende Außenhandelsdefizit, die negativen Auswirkungen der Zollunion und die dadurch hervorgerufene steigende Arbeitslosigkeit in der Türkei werden eine wirtschaftliche Stabilisierung des Landes 1997 besonders erschweren.

Die Wohlfahrtspartei plant insbesondere mit Hilfe der ihrer Partei nahestehenden Europa-Organisation, der Islamischen Gemeinschaft Nationale Sicht (IGMG), neue Devisenquellen für die Türkei zu mobilisieren. Die erwähnten Maßnahmen fanden unter den Auslandstürken, die ihr Vertrauen in die türkische Wirtschaft und Politik seit langem verloren hatten, große Resonanz. Aus diesem Grund plant Erbakan für das Jahr 1997 verschiedene Reisen in die westeuropäischen Staaten, in denen die Auslandstürken leben, um ihr Vertrauen zu gewinnen.

---

## V. Die Wohlfahrtspartei und ihre Einstellung gegenüber dem laizistischen Prinzip

---

Nach der Regierungsübernahme durch die DYP/RP-Koalition bestehen in der Türkei zwei Auffassungen über die Wohlfahrtspartei: Zum einen wurde die Meinung vertreten, daß die Wohlfahrtspartei – obwohl sie vor den Wahlen extremistisch-islamische Propaganda betrieben und Erbakan seit

<sup>10</sup> Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 28. November 1996, S. 7f.

<sup>11</sup> Vgl. Die Türkei benötigt einen Vertrauensbeweis vom Währungsfonds, in: FAZ vom 7. 10. 1996.



Anfang der siebziger Jahre in der Türkei für eine antilaizistische Politik geworben hatte – sich immer mehr zu einer Mitte-rechts-Partei entwickelt und von ihren islamisch-extremistischen Zielen distanziert habe. Somit wäre die RP nunmehr eine „Systempartei“. Vertreter dieser Meinung sowohl in der Presse als auch in einigen Institutionen begründen dies damit, daß sich die Partei zunehmend zu den Reformen Atatürks bekenne und auch der Europäischen Union nicht mehr ablehnend gegenüberstehe.

Zum anderen existiert die Meinung, die Islamisten würden in der ersten Phase ihrer Regierungszeit ihre wahren Absichten nicht offenbaren und sich reformorientiert präsentieren, um ihre fundamentalistischen Ziele langfristig verwirklichen zu können. Nach dieser Auffassung versucht Erbakan alles, um weitere Personen für seine Partei zu mobilisieren, um bei den nächsten Wahlen gegebenenfalls mit absoluter Mehrheit an die Macht zu kommen. Er verfolge eine umsichtige Strategie und erfülle daher keinerlei radikale Wünsche seiner Anhänger. Statt dessen lege er größeren Wert darauf, die unzufriedenen, aber laizistischen Teile des Volkes mit besseren Dienstleistungen und liberalem Verhalten für sich zu gewinnen. Somit investiere er in eine Zukunft, in der seine Partei es aufgrund für sie günstigerer Machtverhältnisse leichter haben werde, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen vorzunehmen. Derzeit sei die gesellschaftliche Opposition sehr stark, so daß er die Grundsätze des türkischen Staates bei den gegebenen Machtverhältnissen nicht verändern könne. Allerdings habe er gute Aussichten, die zukünftige Position seiner Partei in den nächsten Regierungen sicherzustellen.

---

## VI. Die Außenpolitik Erbakans als Bestandteil der Innenpolitik

---

Es war vorauszusehen, daß Erbakan mit seinen Glaubensbrüdern innerhalb der islamischen Welt enger zusammenarbeiten würde: Besonders der Iran, Syrien und Saudi-Arabien galten als zukünftige Partner der Türkei. Nach der Übernahme der Regierung durch die DYP und RP bemühte sich Erbakan in diesen Ländern, in denen er außenpolitische Aufmerksamkeit genoß, um eine engere Zusammenarbeit.

Tatsächlich stattete Erbakan in seiner erst kurzen Regierungszeit zahlreichen muslimischen Staaten offizielle Besuche ab. Seine erste offizielle Auslandsreise machte er fünf Wochen nach der Amtsübernahme in den Iran – das geistige Zentrum des

Fundamentalismus –, es folgten Malaysia, Indonesien und Singapur. Mit dem Iran vereinbarte er entgegen den Warnungen der USA ein 23-Mrd.-US-Dollar-Erdgasgeschäft. Seine diplomatischen Praktiken bei dieser offiziellen Reise wurden durch das Außenministerium und die Presse scharf kritisiert, da er Gespräche unter vier Augen ohne die Beteiligung des Auswärtigen Amtes führte. Er bezeichnete sogar die Informationen des türkischen Geheimdienst (MIT) über die PKK-Unterstützung Irans als falsch.

Die zweite offizielle Reise Erbakans führte ihn in die muslimischen Staaten Ägypten, Tunesien, Nigeria und Libyen. Einen großen Wirbel löste sein offizieller Besuch in Libyen, das international als Terroristenstaat eingestuft wird, aus. Erbakans Besuch dort wurde als eine Art Flaggezeigen gegenüber den USA gewertet. Trotz Warnungen des türkischen Außenministeriums und der USA bestand Erbakan darauf, Gaddafi zu besuchen. Die gemeinsame Pressekonferenz Erbakans und Gaddafis endete mit einem Skandal, als Gaddafi sich nicht scheute, unter Mißachtung der diplomatischen Regeln den türkischen Staat zu beleidigen, wobei er Erbakan und dessen Partei aber ausnahm und lobte. Dieser außenpolitische Skandal hätte beinahe zum Sturz der Regierung geführt, als die Oppositionsparteien einen Mißtrauensantrag stellten. Die Abstimmung über die Durchführung eines Vertrauensvotums endete zugunsten der Koalition (256 Ja-Stimmen/275 Nein-Stimmen), so daß es nicht dazu kam.

Auch Syrien, das seit 1984 zur inneren Instabilität der Türkei durch die Unterstützung der PKK beiträgt, hat mit dem Islamisten Erbakan einen neuen Verbündeten gewonnen. Mit dem Irak pflegt Erbakan gleichfalls gute Beziehungen. Am 14. August schloß eine Regierungsdelegation unter Führung des Justizministers Kazan und des Bildungsministers Sağlam in Bagdad ein Erdgas-Pipeline-Abkommen mit dem Irak ab. Daß diese Minister, die von ihren amtlichen Zuständigkeiten her überhaupt nicht dazu befugt sind, eine Reise nach Bagdad machten, wurde durch die Opposition scharf kritisiert. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Çiller, die zugleich das Amt des Außenministers bekleidet, ist mehr mit Regierungsangelegenheiten beschäftigt und kümmert sich kaum um ihre Aufgaben als Außenministerin. Ihr wird vorgeworfen, daß sie die türkische Außenpolitik kaum beeinflusse.

Eine an den islamischen Staaten orientierte Außen- und Wirtschaftspolitik demonstrierte Erbakan kurz nach der Regierungsübernahme während des Treffens am 15. November 1996 von ISE-DAK in Istanbul. Als Vorsitzender der Ständigen

**Tabelle 2: Ausgewählte Statistiken über die D-8-Staaten (1994)**

	Malaysia	Indonesien	Nigeria	Türkei	Iran	Pakistan	Ägypten	Bangla- desch
BIP (Mrd. US-Dollar)	96	246	32	171	98	71	75	28
Pro-Kopf-BIP (US-Dollar)	4 543	1 210	310	2 685	1 540	476	1 220	234
Landesfläche (1 000 km <sup>2</sup> )	330	1 905	924	775	1 648	796	1 001	144
Bevölkerung (Mio.)	19,25	189,14	105,26	61,64	64,17	122,80	57,07	120,30
Export (Mio. US-Dollar)	74 045	45 417	34 179	21 637	19 165	7 992	4 400	3 173
Anteil am gesamten Weltexport (%)	1,47	0,90	0,68	0,43	0,30	0,16	0,07	0,07
Import (Mio. US-Dollar)	77 751	40 918	29 987	35 708	12 061	11 461	11 250	6 496
Anteil am gesamten Weltimport (in Prozent)	1,53	0,80	0,59	0,70	0,21	0,23	0,23	0,11

Quelle: Aksiyon, 11-17. Januar 1997, Jg. 110, S. 45.  
BIP = Bruttoinlandsprodukt.

Kommission der islamischen Weltkonferenz für Wirtschaft und Handel verkündete er seine Vorschläge, die er vorrangig im Anschluß an seine Staatsbesuche im Iran, in Pakistan, Malaysia, Singapur und Indonesien entwickelt hatte: Den G-7-Staaten wollte er die sogenannten „Developing-8-Staaten“ entgegensetzen. Nur als Vorsitzender der D-8-Staaten wäre Erbakan bereit, sowohl mit den EU-Staaten als auch mit den G-7-Staaten zu diskutieren. Das nächste Treffen auf der Ebene der Staats- bzw. Ministerpräsidenten soll Anfang Juni 1997 in Istanbul realisiert werden.

Die außenpolitischen Aktivitäten Erbakans fanden nicht nur bei islamischen Fundamentalisten Zuspruch, sondern teilweise auch bei Schichten, die eine antiamerikanische Politik vertreten. Obgleich den Aussagen Erbakans nicht immer ein großer Wert beigemessen wurde, beeinflussten sie dennoch das Bewußtsein vieler Intellektueller im Land, die von der Zollunion und von der Haltung der Europäischen Union zur Türkei stark enttäuscht waren.

Erbakan benutzt die an islamischen Staaten orientierte türkische Außenpolitik dafür, zu propagieren, daß die Türkei wieder eine von den USA und Westeuropa unabhängige Politik betreibe. Mit einer neuen Außenpolitik beabsichtigt Erbakan zudem, von seinen Zugeständnissen gegenüber den USA und der EU abzulenken. Denn obwohl er kurz vor den Parlamentswahlen 1995 kontinuierlich seine negative Einstellung gegenüber der

EU und der Zollunion betont hatte, akzeptierte er während seiner bisherigen Regierungszeit die Entwicklungen in bezug auf die Zollunion sowie auf die EU. Auch die von ihm zuvor abgelehnte Zusammenarbeit der bisherigen Regierung mit Israel mußte Erbakan hinnehmen und sogar ein militärisches Abkommen mit dem Land ratifizieren. Diese Politik, die er gegenüber seinen Wählern schwer rechtfertigen konnte, versuchte er mit seiner Annäherung an den Iran und Libyen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Weiterhin trug der von der Wohlfahrtspartei vorgebrachte Vorschlag über die Etablierung der sogenannten „Developing-8-Staaten“ zur Stärkung der innenpolitischen Position Erbakans bei.

### 1. Die Kurdenpolitik

Der Aufstand und die terroristischen Aktionen der PKK in Südostanatolien sorgten seit Jahren für größere Militäroperationen in der Türkei, die dem Land viele politische und wirtschaftliche Probleme brachten. Die bisherigen Regierungen gingen stets davon aus, daß die Kurdenfrage militärisch zu lösen sei, entsprechend stiegen die jährlichen Kosten der Militärpräsenz für die türkische Volkswirtschaft stetig. Die Wohlfahrtspartei, die in Südostanatolien nach der prokurdischen Partei HADEP die meisten Stimmen erhalten hat, erkennt die Existenz der kurdischen Ethnie an, findet dies aber zweitrangig, da die Kurden als Muslime der gleichen Religionsgemeinschaft angehören. Erbakan zielte nach der Übernahme der

Beteiligung an der Regierung auf eine politische Lösung. Sein Versuch, einen islamischen Schriftsteller als Vermittler bei der Kontaktaufnahme zu Öcalan einzusetzen, rief scharfe Reaktionen hervor. Des weiteren nahm Fethullah Erbaş, Abgeordneter der Wohlfahrtspartei, einen Dialog mit der PKK auf und besuchte deren Lager in Syrien, um entführte türkische Soldaten zu befreien. Damit verhandelte zum ersten Mal ein Angehöriger einer Regierungspartei mit der PKK. Erbakan gewährte Erbaş politischen Beistand, als dieser aufgrund seiner Aktion heftig kritisiert wurde. Der Ministerpräsident bezeichnete dies als eine humanitäre Handlung. Gegen Erbaş will der Staatsanwalt des Nationalen Sicherheitsgerichtes gesetzlich vorgehen. All diese Ereignisse lösten heftige Reaktionen beim Militär aus, so daß Erbakan und seine Parteikollegen solche Vorstöße aufgaben. Somit kam es im Hinblick auf die Kurdenpolitik der Regierung zu keiner grundlegenden Veränderung.

Die größten Probleme der Türkei, die im Zusammenhang mit der Kurdenthematik stehen, sind neben den Hindernissen im Demokratisierungsprozeß und den Menschenrechtsfragen die starke Binnenwanderung und die hohe Arbeitslosigkeit. Durch die kriegsbedingte Landflucht werden im Agrarsektor Arbeitskräfte freigesetzt. Gleichzeitig ist es aufgrund der wirtschaftlichen Engpässe nicht möglich, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Während die Regierung die Arbeitslosenquote mit sechs Prozent angegeben hat, liegt diese Quote nach einer Studie der Gewerkschaft PETROL-İŞ zur Zeit bei 26 Prozent. Der Studie zufolge rechnet man für das Jahr 1997 mit einer Arbeitslosenzahl von 6 190 000. Neben der Arbeitslosigkeit tragen auch das Wohlstandsgefälle zwischen der Westtürkei und Südostanatolien und die ungerechte Einkommensverteilung<sup>12</sup> zu Lasten der Bezieher niedriger Einkommen – die vor allem in Südostanatolien leben – zur Verschärfung der Situation bei.

Auch 1997 wird die Türkei den Kampf gegen die PKK mit allen Mitteln weiterführen. In dieser Hinsicht orientiert sich die Wohlfahrtspartei, auch wenn sie unter den in der Türkei existierenden Parteien am ehesten zu einer politischen Lösung tendiert, unter dem Einfluß des Militärs teilweise auch an der von Frau Çiller seit Jahren betriebenen Politik der militärischen Lösung, was für die Türkei sowohl wirtschaftspolitisch als auch gesellschaftspolitisch größere Probleme mit sich bringen wird. Auch das Ansehen der Türkei in der Welt leidet stark unter dieser Politik.

12 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 21. Oktober 1996.

## 2. Das Verhältnis der Koalitionsregierung zur Presse

Die Beziehungen zwischen der Koalitionsregierung und der Presse haben sich in den letzten Monaten sehr negativ entwickelt. Da beide Koalitionsparteien davon ausgehen, daß die Medien eine regierungsfeindliche Politik betreiben, versuchen sie, die Printmedien zu reglementieren. Mit der Einschränkung von Möglichkeiten für Medien im Bereich von Promotionsmaßnahmen soll die finanzielle Situation der Zeitungsverlage geschwächt werden. Gleichzeitig beabsichtigt die Regierung die Einführung einer Geldstrafe für „unpassende“ Berichterstattung. Darunter versteht man u. a. die Berichterstattungen über Anschuldigungen gegen Regierungsangehörige, die gerichtlich bislang nicht bewiesen wurden. Demnach könnte über einen Staatskandal erst berichtet werden, wenn die Betroffenen durch die Justiz für schuldig befunden wurden. Diese Regelungen werden als starker Eingriff in die Pressefreiheit aufgefaßt. Falls diese Absichten durchgesetzt werden, ist 1997 mit großen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den türkischen Medien zu rechnen.

Der erste Entwurf über die neuen Regelungen bei den Printmedien stieß, als er am 22. November 1996 im türkischen Parlament präsentiert wurde, auf große Ablehnung in der türkischen Öffentlichkeit. Die Vertreter der türkischen Medien überlegen, ob sie die Angelegenheit vor den Europarat in Straßburg bringen sollen. Die meisten Printmedien wie auch die elektronischen Medien stehen derzeit solidarisch zueinander und nehmen eine kritische Haltung gegenüber der Regierung ein<sup>13</sup>.

---

## VII. Die Zukunft der gegenwärtigen Regierung

---

Derzeit kann die Koalitionsregierung von Erbakan und Çiller als stabil bezeichnet werden. Die beiden Parteivorsitzenden, die jeweils den Koalitionspartner nur aus opportunistischen Gründen akzeptieren und dulden, wissen, daß sie mit einer anderen Partei geringere Chancen hätten, an der Macht zu bleiben. So dulden sich die DYP und RP trotz ihrer unterschiedlichen Haltung – nicht zuletzt in der türkischen Außenpolitik – gegenseitig.

Während sich Çiller innerhalb ihrer Partei um eine EU-Mitgliedschaft der Türkei bemüht, betont Erbakan, daß er dem keine hohe Bedeutung beimißt.

13 Die islamischen Medien betreiben jedoch weiterhin eine regierungsfreundliche Politik.

In seiner Argumentation gegen die EU profitiert er besonders von der Tatsache, daß die Zollunion der Türkei bislang keine nennenswerten Vorteile gebracht hat. Die Unstimmigkeiten in der Europäischen Union bzw. im Europäischen Parlament über die Gewährung von Finanzhilfen an die Türkei sowie die durch steigende Außenhandelsdefizite entstehenden wirtschaftlichen Engpässe lassen die Einwände Erbakans gegen eine EU-Mitgliedschaft plausibel erscheinen. Als der Ministerpräsident die Einladung der EU zum Gipfeltreffen in Dublin im Dezember 1996 mit der Begründung ablehnte, er würde nicht für ein Abendessen nach Dublin reisen, wenn er am erweiterten Treffen der elf Regierungschefs der EU-Staaten nicht teilnehmen könne, erntete er in der türkischen Öffentlichkeit breite Zustimmung.

Das Ansehen von Tansu Çiller hat aufgrund verschiedener Korruptionsaffären stark gelitten. Als nach einem Autounfall am 3. November 1996 ein Parlamentarier der Partei des Rechten Weges verletzt, ein Polizeioberst und ein seit 18 Jahren durch Interpol gesuchter ehemaliger Anhänger der „Grauen Wölfe“ – mit einem auf einen anderen Namen ausgestellten Diplomatenpaß – tot aus einem Auto geborgen wurden, erfuhr die Öffentlichkeit über die Verbindungen der Mafia zu Personen aus dem Staatsapparat. Nach diesem Ereignis berichteten die Medien zusätzlich darüber, daß der Staat die Grauen Wölfe für gewisse Aktionen – u. a. auch im Kampf gegen die PKK – eingesetzt hat. Mit der Aufdeckung dieser Unregelmäßigkeiten nahm unter der DYP/RP-Regierung zum ersten Male in der türkischen Geschichte die Besorgnis über den Staatsapparat deutlich zu. Diese Entwicklungen führten zum Rücktritt des türkischen Innenministers; die Glaubwürdigkeit von Tansu Çiller sank erheblich. Somit ist sie von der RP abhängig, da sie ohne den Schutz ihres Koalitionspartners keine politische Zukunft hätte.

Im Jahre 1997 steht die Türkei vor großen Problemen: Zunächst wird die planlose und auf mögliche Vorwahlen orientierte Wirtschaftspolitik der DYP/RP-Koalition negative Folgen für die ökonomische Lage der Türkei haben. In diesem Zusammenhang ist hier vor allem die erwartete starke Zunahme der Importe und die dadurch bedingte Devisenknappheit im Jahr 1997 zu nennen. Da ausländische Investoren der gegenwärtigen Regierung wenig Vertrauen entgegenbringen und es der Türkei durch die Herabsetzung ihrer Kreditwürdigkeit nicht möglich ist, günstige Kredite aufzunehmen, ist das Land bei Deviseneinnahmen immer stärker

auf Überweisungen und Investitionen der Auslandstürken angewiesen.

Fehlende Bereitschaft zur Erhöhung der Effizienz des Steuererhebungssystems zum Zwecke einer dringenden Mittelbeschaffung sowie das Desinteresse an einer gezielten staatlichen Exportförderung aufgrund der Dissonanzen mit den Großunternehmen prägen die wirtschaftspolitische Haltung der Regierung.

1997 ist die Türkei dazu gezwungen, mit dem Internationalen Währungsfonds ein Stand-by-Abkommen abzuschließen. Auch wenn Necmettin Erbakan noch in der Öffentlichkeit propagiert, daß er nicht auf das Vertrauen des Internationalen Währungsfonds bzw. auf Kredit-Bewerber angewiesen sei und nur auf die Meinung der Bevölkerung Wert lege, wissen seine Berater, daß ohne das Stand-by-Abkommen die Türkei in diesem Jahr unter starken Devisen-Engpässen zu leiden hätte.

Mit der Stärke der Koalitionsregierung geht derzeit eine Schwäche der Opposition einher; diese bietet keine ernstzunehmende Alternative. Eine aktuelle Umfrage in der Türkei weist auf eine „politische Müdigkeit“ der Bevölkerung hin. Demnach erhöhte sich die Zahl der politisch unentschiedenen Personen von 17 Prozent zu Beginn des Jahres 1996 auf 26 Prozent Mitte Dezember 1996. Diese Ergebnisse zeigen, daß sämtliche Parteien, auch die Opposition, das Vertrauen der Bevölkerung weitgehend verloren haben. Im Falle von Neuwahlen würde die Wohlfahrtspartei lediglich 16 Prozent der Stimmen, die Mutterlandspartei 13, die Partei der Demokratischen Linken 10, die Partei von Tansu Çiller 8, die Nationalistische Bewegungspartei 7, die Sozialdemokratisch-Republikanische Volkspartei 6 und die prokurdische Partei HADEP 3 Prozent der Stimmen erhalten. Diese Umfragen zeigen das Mißtrauen und die Distanz der Bevölkerung gegenüber den politischen Parteien.

Die neuesten politischen Skandale, die negativen wirtschaftlichen Entwicklungen und der seit Jahren andauernde Kampf in Südostanatolien sind die Faktoren, die die Stabilität dieser Regierung in Gefahr bringen könnten. Auf der anderen Seite mangelt es bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament auch an einer Alternative, so daß diese Koalitionsregierung bis zu den nächsten vorgezogenen Parlamentswahlen, die mit größter Wahrscheinlichkeit im Jahre 1998 oder spätestens Anfang 1999 erwartet werden können, weiterhin im Amt bleiben wird.

# Die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei

## I. Das binnenökonomische Umfeld

### 1. Politische Rahmenbedingungen

1996 erlebte die Türkei eine ihrer schwierigsten politischen Phasen seit den achtziger Jahren. Die politische Instabilität seit dem letzten Quartal 1995 in Form einer permanenten Regierungskrise dominierte die Tagesordnung des Landes, bis am 8. Juli 1996 eine Koalition zwischen der Wohlfahrtspartei (Refah Partisi = RP) und der Partei des Rechten Weges (Doğruyol Partisi = DYP) die Regierungsgeschäfte übernahm. Es ist heute trotzdem kaum möglich, eine Aussage im Hinblick auf eine langfristige politische Stabilität der Türkei unter dieser Regierung zu treffen. Der Grund liegt u.a. darin, daß bestimmte Faktoren die Lebensdauer der Koalition in Frage stellen, nicht zuletzt deswegen, weil die beiden Parteien von ihren Grundprinzipien her zu verschieden sind und innerparteilich kein homogenes Bild abgeben. Sowohl die Partei Erbakans (RP) als auch die Partei Çillers (DYP) bergen vom radikal-fanatischen bis liberalen Flügel alles in sich, was die Stabilität der Koalition gefährden könnte.

Derzeit ist die Regierung hauptsächlich mit innenpolitischen Problemen befaßt, die mit schweren Vorwürfen gegen die Regierung aufgrund illegaler Aktivitäten und Verbindungen der Politiker zur Mafia und der Polizei verbunden sind. Çiller und ein kurdischer Abgeordneter ihrer Partei sowie der bis zum Auftreten dieses Skandals amtierende Innenminister Mehmet Ağar, ebenfalls von der DYP, der daraufhin zurücktreten mußte, werden durch diese Vorwürfe schwer belastet, so daß die Zukunft der Koalition auch vom Ausgang dieses Skandals abhängen wird.

Hinzu kommt, daß die Politik Erbakans – nach dem Parteiprogramm und seinen Äußerungen zu urteilen – eine Umorientierung der türkischen Gesellschaft in Richtung Islam erreichen will, die massive Veränderungen vor allem im Erziehungsbereich, aber auch in der Wirtschafts- und Außenpolitik des Landes erfordern. Erbakan allerdings, der sich in einem eindeutigen Zwiespalt zwischen den Gegebenheiten der Realpolitik und seinem Parteiprogramm befindet, ist in seinen Aussagen und Taten widersprüchlich, wodurch die Berechen-

barkeit der Türkei für inländische und ausländische Investoren sowie für die internationalen Kreditinstitute nachhaltig beeinträchtigt wird. So hat sich Ministerpräsident Erbakan beispielsweise während des Aufenthaltes der Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Türkei, mit der die türkische Wirtschaft schwierige Verhandlungen über ein neues Stand-by-Abkommen für dringend notwendige Kredite führte, gegenüber der Presse dahingehend geäußert, daß die Türkei den IWF nicht nötig habe. Fehlende Konsequenz und Orientierungslosigkeit der Wirtschaftspolitik belasten das Vertrauen der in- und ausländischen Investoren. Das Fehlen einer langfristigen Planung in der türkischen Politik und ein deutlicher Populismus führen oft zu unerwarteten Veränderungen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft haben und die Zukunftsplanung erschweren.

### 2. Wirtschaftliches Wachstum

Trotz dieser chaotischen politischen Situation verzeichnete die türkische Wirtschaft nach der Krise 1994 wieder überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten. Die gute konjunkturelle Lage dauerte auch im Jahre 1996 an. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1996 betrug die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) 7,5 Prozent<sup>1</sup>.

**Tabelle 1: Wachstumsrate des BSP nach Sektoren\***

	1993	1994	1995
BSP insgesamt	8,1	-6,1	8,1
Landwirtschaft	-1,3	-0,3	2,6
Industrie	8,2	-5,7	12,1
verarbeitende Industrie	9,3	-7,6	13,9
Dienstleistungen	10,8	-7,6	7,7

\* Preise von 1987.

Quelle: The Central Bank of the Republik of Turkey, Annual Report 1995, Ankara 1996, S. 14.

Trotz hoher Wachstumsraten sehen einige Wirtschaftsexperten jedoch erste Anzeichen einer Krise für die nächsten Jahre aufgrund des starken

1 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 3. 12. 1996, S. 5.

Anteils des importinduzierten Wachstums beim gesamten Aufschwung, während eine andere Gruppe eine solche Gefahr nicht sieht, da die Türkei über ausreichende Devisenreserven verfüge (15 Mrd. US-Dollar)<sup>2</sup>. In der Tat gingen bisherige schwere Krisen in der türkischen Wirtschaft immer mit Devisenengpässen einher. Doch könnte eine eventuelle Krise diesmal durch die hohe Staatsverschuldung infolge der Budgetdefizite hervorgerufen werden.

### 3. Inflation

Die chronisch gewordene hohe Inflationsrate bildet nach wie vor eines der größten Probleme der Türkei. Hierfür werden klassische Gründe genannt: chronische Budgetdefizite, geringere Produktivität, hoher Nachfragedruck bei niedrigem Angebot, Fehlallokation der Ressourcen, Inflationserwartung und nicht zuletzt die starke Dominanz des Staates in der Wirtschaft mit unrentablen staatlichen Betrieben, die hohe Defizite im Staatshaushalt verursachen. Von großer Bedeutung sind ferner die hohen Ausgaben für die Terrorismusbekämpfung im Südosten des Landes. Diesbezüglich liegen keine aktuellen Angaben von offizieller Seite vor. Zeitungsberichten zufolge gab 1993 die damalige Ministerpräsidentin Çiller an, daß sechs Prozent des Bruttosozialproduktes für die Terrorbekämpfung ausgegeben wurden. Die staatlichen Ausgaben für Südostanatolien wurden 1993 zu 95 Prozent zur Terrorbekämpfung verwendet. Nach aktuellen Angaben des türkischen Menschenrechtsvereines kostet der Krieg mit der PKK das Land jährlich etwa acht Mrd. US-Dollar.

Die durchschnittliche Inflationsrate betrug 1996 bei Großhandelspreisen 80,4 Prozent und bei Verbraucherpreisen 79,8 Prozent (s. Tabelle 2). Nach dem Haushaltsprogramm soll die Inflationsrate 1997 auf 65 Prozent gesenkt werden. Die Regierung hofft, durch Reduzierung des Haushaltsdefizits auf Null dieses Ziel zu erreichen, indem die Privatisierungs- und Steuereinnahmen kräftig erhöht und zusätzlich Mittel aus bisher bereits angekündigten drei Maßnahmenpaketen beschafft werden sollen.

In den staatlichen Betrieben, die weiterhin einen großen Anteil der türkischen Wirtschaft ausmachen, ist eine weitere Inflationsursache zu suchen. Die Privatisierung – insbesondere der mit Verlust arbeitenden – staatlichen Betriebe bildet seit 1986 eines der Hauptziele der bisherigen Regierungen. Dennoch sind die Privatisierungserfolge bislang nicht überwältigend. Bis Ende 1995 betrug die

Erlöse aus der Privatisierung der staatlichen Betriebe insgesamt 2,6 Mrd. US-Dollar. Auf dem Privatisierungsplan der Regierung stehen derzeit insgesamt 53 Betriebe. In 35 davon übersteigt der staatliche Anteil mehr als 50 Prozent<sup>3</sup>.

**Tabelle 2: Jährliche durchschnittliche Inflationsraten (in Prozent)**

	Großhandelspreise	Verbraucherpreise
1991	55,3	71,1
1992	62,1	66,0
1993	58,4	71,1
1994	120,7	125,5
1995	88,5	78,9
1996	80,4	79,8

Quelle: TÜSIAD (Turkish Industrialist and Businessmen's Association), Turkish Economy '96, Istanbul, November 1996, S. 8; ANKA Ekonomi Bülteni vom 6. 1. 1997, S. 3.

### 4. Die Krise von 1994 und ihre Auswirkungen

Seit 1989 gewinnt die Innen- und Außenverschuldung bei der Mittelbeschaffung für öffentliche Finanzen zunehmende Bedeutung. Kennzeichnend für das Jahr 1989 ist, daß durch den Erlass der Verordnung Nr. 32 die staatlichen Kontrollmöglichkeiten über die ausländischen Kapitalbewegungen aufgehoben und somit die türkischen Finanzmärkte für kurzfristigen Kapitalzufluß geöffnet wurden. Hohe Zinsen lockten schnell Devisen ins Land. Für 1995 gehen die Schätzungen davon aus, daß das Transaktionsvolumen mit kurzfristigem Kapital aus dem Ausland etwa 105 Mrd. US-Dollar erreichen wird. Diese Politik diene fast ausschließlich der Deckung der staatlichen Defizite<sup>4</sup>. Da sich allerdings das Spekulationsgeschäft für ausländische Geldgeber nur lohnt, wenn die Differenz zwischen Auslands- und Inlandszins (Zinsrendite) größer ist als die Wechselkursdifferenz nach dem Ablauf des Termins<sup>5</sup>, wurde zugleich die Türkische Lira (TL) künstlich hochgehalten. Die Folge war aufgrund der künstlichen Verbilligung ausländischer Waren ein starker Anstieg der Importe und somit des Außenhandelsdefizits. Die

3 Vgl. Finans Dünyası (Finanzwelt), November 1996, S. 62 ff.

4 Vgl. Erinc Yeldan, Türkiye Ekonomisinde 1980 Sonrasında Gelir Bölüşümünü Belirleyen Süreçler (Bestimmungsfaktoren der Einkommensverteilung in der türkischen Wirtschaft nach 1980), in: İktisat Dergisi, 359 (1996), S. 27.

5 Vgl. Manfred Willms, Zahlungsbilanz, Wechselkurs und Währungssysteme, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 1, München 1984<sup>2</sup>, S. 226 f.

2 Vgl. Länderanalysen der FAZ-Informationendienste, Türkei, Dezember 1996, S. 7.

durch diese Politik ausgelösten Prozesse brachten der Wirtschaft lediglich eine vorläufige, kurzfristige Entlastung und bedeuten nur eine Verschiebung der strukturellen Probleme auf einen späteren Zeitpunkt. Die hohen importinduzierten Wachstumsraten machten sich innerhalb kürzester Zeit bei knapper werdenden Devisen bemerkbar. Während 1992 die Handelsbilanz der Türkei ein Minus von acht Mrd. US-Dollar aufwies, stieg dieses Defizit im nächsten Jahr bei einer Wachstumsrate von 75 Prozent auf 14 Mrd. US-Dollar. Die Devisenreserven wurden nicht zuletzt dadurch immer knapper. Insbesondere gegen Ende 1993 begannen die Währungsreserven der Zentralbank stark zu schrumpfen. Sie sanken von 7,2 Mrd. US-Dollar im November auf 4,4 Mrd. US-Dollar im nächsten Monat und erreichten im März 1994 die Grenze von 3,3 Mrd. US-Dollar. Die Situation spitzte sich Ende Januar zu und mündete am 19. Januar 1994 in einer Währungskrise. Dieser Tag ging in die türkische Wirtschaftsgeschichte als „Schwarzer Mittwoch“ ein. Der Versuch einiger weniger Handelsbanken, den Devisenmangel in Höhe von fünf Mrd. US-Dollar durch die hohe Nachfrage auf dem freien Devisenmarkt zu decken, löste ein Chaos im Lande aus. Die hohe Nachfrage der Bevölkerung nach ausländischen Währungen infolge der künstlichen Senkung der Zinsen verschärfte nur noch die Krise. Am 19. Januar 1994 erlebte man erdrutschartige Veränderungen der Devisenkurse. Der Dollarkurs stieg von 15 800 TL am Montag auf 22 000 TL am Mittwoch. Am nächsten Tag intervenierte die Zentralbank durch kräftige Zinserhöhungen und Offenmarktoperationen. Am 22. Januar 1994 sank der Dollarkurs wieder auf 16 800 TL. Trotz des Eingriffs der Zentralbank stieg der Dollarkurs im Vergleich zur Vorwoche um 4,43 Prozent und der DM-Kurs um 4,66 Prozent. Diese Tendenz hielt in der folgenden Woche weiter an, so daß die Zentralbank am 26. Januar 1994 zum ersten Male seit zehn Jahren die Türkische Lira um 13,6 Prozent abwerten mußte. Daraufhin trat der Präsident der Zentralbank von seinem Amt zurück.

### 5. Das Maßnahmenpaket vom 5. April

1994 ging in die Wirtschaftsgeschichte der Türkei als ein „schwarzes Jahr“ ein, da das Land eine der tiefgreifendsten Krisen seit den achtziger Jahren erlebte. Die Ketteneffekte der Devisenkrise zeigten sich rasch in der Wirtschaft. Doch traf die Koalitionsregierung bis zum 5. April 1994 keinerlei Maßnahmen zur Krisenbewältigung, da am 27. März 1994 Kommunalwahlen stattfanden. Durch diese Verzögerung wurde die Situation zusätzlich verschlechtert, und die Krise nahm ein größeres Ausmaß an. Eine Woche nach den Kom-

munalwahlen kündigte (die damalige) Ministerpräsidentin Çiller am 5. April ihr Maßnahmenpaket an. Dieses sah einerseits stabilisierende und andererseits strukturverbessernde Maßnahmen vor. Kräftige Preisanhebungen bei Grundnahrungsmitteln und Verbrauchsgütern wie Heizöl, Benzin und Gas sowie weitere Verteuerungen durch Ketteneffekte sorgten für dreistellige Inflationsraten. Im Mai 1994 betrug der Anstieg des Index der Großhandelspreise 129,6 und der Verbraucherpreise 111 Prozent. Ab der zweiten Hälfte des Jahres ging die Teuerungsrate leicht zurück, so daß die durchschnittliche Jahresinflation für Konsumentenpreise mit 106,3 Prozent und für Großhandelspreise mit 120,7 Prozent etwas niedriger ausfiel<sup>6</sup>. Die Folgen des sogenannten Maßnahmenpakets vom 5. April waren für die abhängig Beschäftigten am härtesten, da sie einerseits durch die hohen Inflationsraten und andererseits durch das Einfrieren der Löhne und Gehälter mehrfache reale Einkommensverluste hinnehmen mußten. Der Reallohnindex sank 1994 im Vergleich zum Vorjahr um 21,4 Prozent. Hinzu kamen die starken Rückgänge der industriellen Produktion und Kapazitätsauslastung, so daß es zu Massenentlassungen in der verarbeitenden Industrie kam. Nach Angaben des staatlichen Planungsamtes verloren im Jahre 1994 32 244 Personen aufgrund der Krise ihren Arbeitsplatz<sup>7</sup>.

Um das Haushaltsgleichgewicht wiederherzustellen, sah das genannte Programm zweierlei Maßnahmen vor. Zum einen sollten die Einnahmen erhöht und zum anderen die Ausgaben reduziert werden. Zukünftige staatliche Investitionsvorhaben wurden gestrichen und zugleich Ausgaben für Büromaterial, -heizkosten etc. stark gekürzt. Zur Erhöhung der Einnahmen wurde die Körperschaftsteuer auf zehn Prozent angehoben und eine Besteuerung für Zusatzeinkommen eingeführt<sup>8</sup>. Zudem sollte die Privatisierung beschleunigt und schwer zu privatisierende staatliche Betriebe geschlossen werden, was allerdings bis heute nicht geschehen ist, so daß diese weiterhin ein immenses Problem für die türkische Wirtschaft darstellen. Das Stabilisierungsprogramm, das zunächst mit ehrgeizigen Maßnahmen begann, konnte aufgrund der Zwischenwahlen und vorgezogenen Parlamentswahlen im folgenden Jahr nicht konsequent durchgesetzt werden.

6 Vgl. TÜSIAD (Turkish Industrialist and Businessmen's Association), Turkish Economy'96, Istanbul, November 1996, S. 8.

7 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 14. 10. 1996, S. 3.

8 Vgl. Hüsnü Erkan, Beş Nisan Önlemleri Uygulama Sonuçlarının Değerlendirilmesi (Auswertung der Ergebnisse der Maßnahmen vom fünften April), in: EGIAD (Verband Ägäischer Junger Industrieller) (Hrsg.), Ekonomik Raporlar, Nr. 11 vom November 1994, S. 9.

**Tabelle 3: Budgeteinnahmen und Zinsausgaben des Staatshaushaltes (Billionen TL)**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996*
Zinsausgaben	24	40	116	298	576	1 053
Budgeteinnahmen insgesamt	99	178	357	745	1 377	2 105
Steuereinnahmen	78	141	264	588	1 085	1 751
Zinsausgaben/Budgeteinnahmen (in Prozent)	24,2	22,5	32,5	40,0	41,8	50,0
Zinsausgaben/Steuereinnahmen (in Prozent)	30,8	28,4	44,0	50,7	53,1	60,14
Zinsausgaben/Gesamtausgaben (in Prozent)	34,8	30,8	52,3	60,8	64,1	37,6
DM-Kurs in TL**	3 340	5 303	8 348	24 683	42 600	66 848a)

\* Januar – Oktober.

\*\* Kurs der türkischen Zentralbank am Jahresende – Einkauf.

a) Kurs am 8. Dezember 1996; (1 DM = 71 400 TL).

Quellen: ANKA Ekonomi Bülteni vom 19. 8. 1996, S. 3; ANKA Ekonomi Bülteni vom 6. 12. 1996, S. 3; ANKA Ekonomi Bülteni vom 9. 12. 1996; İktisat Dergisi, 357 (1996), İktisat Dergisi, 359 (1996), und eigene Berechnungen.

Im Krisenjahr 1994 sank das BSP im Jahresdurchschnitt um 6,1 Prozent<sup>9</sup>. In Verbindung mit dem sprunghaften Anstieg des Dollarkurses ging das Pro-Kopf-Einkommen von 3 056 US-Dollar auf 2 184 US-Dollar zurück. Selbst im folgenden Jahr konnte das Pro-Kopf-Einkommen trotz einer Wachstumsrate vom 8,1 Prozent das Niveau von 1993 nicht wieder erreichen und lag bei 2 975 US-Dollar<sup>10</sup>.

## 6. Staatshaushalt

Der türkische Staat, der bisher über die eigenen Verhältnisse lebte, bediente sich hierfür in zunehmendem Maße attraktiver Zinsen zur Mobilisierung des notwendigen Kapitals. Da allerdings die auf diese Weise erzielten Mittel in der Regel nicht in Bereiche investiert wurden, die eine höhere Rendite erwarten lassen als die Zinszahlungen, wurde die Zinsfalle immer größer (s. Tabelle 3). Von 1991 bis 1996 öffnete sich die Schere zwischen Budgeteinnahmen und Zinsausgaben immer weiter. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1996 wurde genau die Hälfte der Budgeteinnahmen für Zinsrückzahlungen verwendet. Diese Rate hatte 1991 noch 24,2 Prozent betragen. Das bedeutet, daß innerhalb von fünf Jahren diese Relation um mehr als das Doppelte gestiegen ist.

Die intensive Verschuldungspolitik des Staates durch hohe Zinsen zur Deckung des Haushaltsdefizits bedeutet einerseits, daß die Zinsausgaben des

Staates immer größer werden und eine neue Verschuldung notwendig ist, um Zinseszinsen zu tilgen. Andererseits werden private Investitionen verteuert, so daß es sich nicht mehr lohnt zu produzieren. Die Folge ist, daß Spekulationsgewinne und Renten die Wirtschaft dominieren. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist eine langfristige und konsequente Wirtschaftspolitik notwendig. Dagegen sprechen allerdings die bisherigen kurzen Amtszeiten der Regierungen.

Die Haupteinnahmen des Staates bilden die Steuern. Sie machen durchschnittlich 80 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Im OECD-Durchschnitt belegt die Türkei den dritten Platz hinsichtlich des geringen Anteils der gesamten Steuereinnahmen<sup>11</sup> am BSP. 1995 lag diese Rate in der Türkei bei 18,2 Prozent, während sie im gleichen Jahr im EU-Durchschnitt 30,2 Prozent betrug<sup>12</sup>. Da es dem türkischen Staat nicht gelingt, ein effektives System zur Erhebung der Steuern einzuführen, haben die nichtregistrierten wirtschaftlichen Aktivitäten ein enormes Ausmaß angenommen, das – nach Berechnungen verschiedener Autoren – zehn bis 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmacht<sup>13</sup>. Dementsprechend fällt das Steuerauf-

11 Summe der Steuereinnahmen der Zentralregierung, der Kommunen und Steueranteil aus den Fonds.

12 Vgl. ANKA-Ökonomi Bülteni vom 6. 11. 1996, S. 3.

13 Özsoylu geht von einem Anteil zwischen 6,9–11,7 Prozent aus, während Altuğ diesen Satz auf 35–50 Prozent schätzt. Dieser Prozentsatz variiert nach unterschiedlichen Schätzungen und unterschiedlicher Definition der Schattenwirtschaft als nichtregistrierte wirtschaftliche Aktivität. Manche Autoren zählen hierzu die kriminellen und illegalen Aktivitäten wie Heroinsmuggel und Geldwäsche sowie den direkten Handel zwischen der Türkei und den Bewohnern der

9 Preise von 1987.

10 Vgl. TÜSIAD, Turkish Economy '96, Istanbul, November 1996, S. 7.



kommen gering aus. 50 Prozent der zu zahlenden Steuern in den Jahren 1984–1991 flossen laut einer Untersuchung von Ahmet Fazıl Özsoylu nicht in die Staatskasse<sup>14</sup>. Hinzu kommt, daß sich die Steuerpolitik bisher zu oft des Instruments der Aufhebung der Steuerschuld von Unternehmen bediente, wodurch Steuerzahler bestraft und Steuerhinterzieher belohnt wurden. Es trat somit ein Gewohnheitseffekt ein, lieber nicht zu zahlen und zu warten, bis der Staat die Schulden erläßt. Insgesamt 15mal wurden zwischen 1960 und 1992 den Unternehmern die Steuerschulden erlassen<sup>15</sup>. Dies führt dazu, daß ein Großteil der direkten Steuereinnahmen durch die offiziell registrierten Lohn- und Gehaltsbezieher getragen wird, d.h. die Steuererhebungsbasis des Staates mit etwa drei Mio. sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sehr klein ist.

Die Kompensation von Einnahmeausfällen aus direkten Steuern erfolgt überwiegend durch die kräftige Anhebung der indirekten Steuern. In den letzten fünf Jahren ist ein rapider Anstieg bei dieser Relation zugunsten indirekter Steuern festzustellen. Während diese 1991 39 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen ausmachten, erreichten sie 1996 die Rekordmarke von annähernd 60 Prozent<sup>16</sup>. Da die indirekten Steuern ohne Berücksichtigung der Einkommenshöhe von allen zu zahlen sind, verschlechtert sich die Einkommensverteilung. Bei niedrigem Steueraufkommen und hohen Defiziten ist der türkische Staat gezwungen, die immer größer werdenden Budgetdefizite durch Neuverschuldung zu decken. Nach dem Haushaltsplan soll die Regierung das Jahr 1996 mit einer Finanzlücke von 800 Billionen TL schließen. Doch in Wahrheit dürfte das Haushaltsdefizit aufgrund der populistischen Politik Erbakans gleich nach dem Amtsantritt mit einer 50prozentigen Anhebung der Gehälter und Renten sowie der Erhöhung der Interventionspreise für landwirtschaftliche Güter bei 1 500 Bill. TL liegen, was einem Anteil von zehn Prozent am BIP entspricht<sup>17</sup>.

ehemaligen Ostblockstaaten, dessen Volumen mittlerweile jährlich auf 5–10 Mrd. US-Dollar geschätzt wird. Eine andere Gruppe von Autoren hingegen berücksichtigt Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit im marginalen Sektor sowie die niedrig erklärten Einkommen und Umsätze. Vgl. hierzu Osman Altuğ, *Kayıtdışı Ekonomi* (Schattenwirtschaft), Istanbul, März 1994; Türkmen Derdiyok, *Türkiye'nin Kayıtdışı Ekonomisinin Tahmini* (Schätzung der nichtregistrierten Wirtschaft der Türkei), in: *Türkiye İktisat*, 5 (1993) 14, S. 54.

14 Vgl. Ahmet Fazıl Özsoylu, *Türkiye'de Kayıtdışı Ekonomi* (Schattenwirtschaft in der Türkei), Istanbul 1996.

15 Vgl. ebd.

16 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 23. 10. 1996, S. 6.

17 Vgl. Länderanalysen der FAZ-Informationdienste (Anm. 2), S. 8.

Für den Staatshaushalt 1997 ist durch die Koalitionsregierung zum ersten Mal seit der Gründung der Türkischen Republik ein ausgeglichenes Budget vorgelegt worden, welches in der zweiten Dezemberwoche im türkischen Parlament angenommen wurde. Der vorgelegte Haushaltsentwurf mit Nullsaldo wird sowohl von der Opposition als auch von den Wirtschaftsexperten als Augenwischerei der neuen Regierung bezeichnet, da er an den Realitäten vorbeigehe. In der Tat sind im Haushaltsplan 1997 die Einnahmen optimistisch hoch und die Ausgaben äußerst niedrig gehalten worden, um auf diese Weise einen Ausgleich zu erreichen.

---

## II. Außenwirtschaftliche Indikatoren

---

### 1. Außenverschuldung

Ebenso wie die Innenverschuldung verzeichnet auch die Außenverschuldung eine zunehmende Tendenz. Die Außenverschuldung der Türkei betrug Ende 1995 rund 73,3 Mrd. US-Dollar. Im Juni 1996 erreichte sie 75,7 Mrd. US-Dollar, wobei 57,2 Mrd. mittel- bis langfristig und 18,5 Mrd. kurzfristig sind. 1996 leistete der türkische Staat einen Schuldendienst von 9,4 Mrd. US-Dollar<sup>18</sup>. Laut Regierungsprogramm soll 1997 eine Schuldentrückzahlung in Höhe von 7 Mrd. US-Dollar sowie eine Tilgung von 4,7 Mrd. für Verschuldungszinsen erfolgen. Im Gegensatz hierzu ist geplant, insgesamt 14,1 Mrd. neue Außenschulden aufzunehmen, wobei 5,6 Mrd. davon als mittel- bis langfristige und 4 Mrd. US-Dollar als kurzfristige Verschuldung geplant sind<sup>19</sup>. Andererseits haben sich die Chancen der Türkei, Kredite mit günstiger Verzinsung zu mobilisieren, eindeutig verschlechtert. Die Kreditnote der Türkei ist in der zweiten Dezemberwoche durch das internationale Rating-Institut Standard & Poors gesenkt worden. Auch die Delegation des IWF, die sich im November in der Türkei aufhielt, stellte harte Auflagen und forderte einen Stabilisierungspaket für die Bewilligung eines Stand-by-Abkommens. Das letzte Abkommen, mit dem die Türkei Kredite in Höhe von 948 Mio. US-Dollar erhielt, konnte die Türkei im Juli 1994, d.h. nach der Einführung des Stabilitätsprogramms vom April, unterzeichnen, das Ende Februar 1996 auslief.

18 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 6. 1. 1997, S. 10.

19 Vgl. ebd. vom 12. 11. 1996, S. 6.

**Tabelle 4: Außenhandel der Türkei (Mio. US-Dollar)**

	1993	1994	1995	1996*	1997**
<b>Zu laufenden Preisen</b>					
Exporte	15 345	18 106	21 636	24 500	29 500
Importe	29 428	23 270	35 709	45 000	50 000
Exp/Imp (in Prozent)	52,1	77,8	60,6	54,4	59,0
AH-Defizit	14 083	5 164	14 073	20 500	20 500
<b>Zu Preisen von 1994</b>					
Export	14 783	18 106	19 046	21 914	26 199
Import	28 695	23 270	30 468	38 560	42 759
Exp/Imp (in Prozent)	49,8	77,8	62,5	56,9	61,3
AH-Defizit	14 912	5 164	11 423	16 646	16 560
Exportpreise	103,8	100,0	113,6	111,8	112,6
Importpreise	99,1	100,0	117,2	116,7	116,9

\* Schätzung.

\*\* Laut Regierungsprogramm.

Quelle: ANKA Ekonomi Bülteni vom 15. 11. 1996, S. 7.

## 2. Außenhandel

Die Außenschulden übersteigen die Exporte um das Dreifache, wobei die Schere zwischen Exporten und Importen immer weiter auseinanderklafft. Das Inkrafttreten der Zollunion am 1. Januar 1996 hat zu einem Importboom bei einer Abschwächung der Exporte geführt. Aufgrund der technischen Veränderungen zur Vereinheitlichung der Außenhandelsstatistiken mit der EU wurden bisher nur die Außenhandelswerte für die ersten vier Monate des Jahres bekanntgegeben. Diese Werte bestätigen die Schätzungen bezüglich des hohen Außenhandelsdefizits für das Jahr 1996, das offiziell auf 20,5 Mrd. US-Dollar beziffert wird (s. Tabelle 4).

Einige Schätzungen, basierend auf Mehrwertsteuereinnahmen, gehen davon aus, daß der Anstieg der Importe in den ersten sechs Monaten des Jahres im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahrs bei etwa 40 Prozent lag, während die Exporte nur um vier Prozent gestiegen sind<sup>20</sup>.

Nach offiziellen Angaben sind die Importe in den ersten vier Monaten des Jahres 1996 im Vergleich zum Vorjahr um 32,4 Prozent angewachsen und erreichten 13,307 Mrd. US-Dollar, während die Exporte um 9,9 Prozent zunahmen und sich auf 7,275 Mrd. US-Dollar beliefen<sup>21</sup>. Die Deckungsrate der Importe durch Exporte betrug demnach nur 55 Prozent.

<sup>20</sup> Vgl. Hedef vom Juli 1996.

<sup>21</sup> Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 2. 1. 1997, S. 6.

Etwa zu 82 Prozent wurden Industriegüter eingekauft. Andererseits sind die Importe so strukturiert, daß 29,8 Prozent aus Investitionsgütern, 14,1 Prozent aus Konsumgütern und 56,1 Prozent aus Rohstoffen bestehen. Die Türkei exportierte hingegen zu 86 Prozent Industriegüter und zu zwölf Prozent Agrarprodukte<sup>22</sup>.

Die Verteilung des türkischen Außenhandels nach Ziel- und Herkunftsländern zeigt, daß nahezu die Hälfte des türkischen Außenhandels mit der EU abgewickelt wird, wobei die Bundesrepublik Deutschland mit weitem Abstand der wichtigste Handelspartner ist (s. Tabelle 5). Die hohe Konzentration des türkischen Außenhandels auf einige wenige Ländergruppen birgt das große Risiko in sich, daß die Exporte des Landes in starke Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage in diesen Ländern geraten. Von der schwachen Konjunktur in Europa, vor allem in Deutschland, wurde der Textilsektor am meisten betroffen, in den die größten Hoffnungen für die Zeit nach der Zollunion gesetzt wurden. Die Textilwaren machen nahezu 40 Prozent der türkischen Exporte aus.

## 3. Ausländische Direktinvestitionen

Die Türkei versucht seit 1980, durch liberale Rahmenbedingungen das Land für ausländische Investoren attraktiv zu machen. Mit dieser Politik gelang es ihr im Laufe der Zeit, eine zunehmende Zahl von Investoren ins Land zu holen. Die Hoff-

<sup>22</sup> In den ersten vier Monaten des Jahres 1996; eigene Berechnungen aus ANKA Ekonomi Bülteni vom 2. 1. 1997, S. 7.

**Tabelle 5: Verteilung des Außenhandels der Türkei nach Ländern (Mio. US-Dollar)**

	Exporte				Importe			
	1994	1995	1996*	Anteil 1996 in Prozent	1994	1995	1996*	Anteil 1996 in Prozent
OECD-Staaten	10 978	13 223	4 487	61,68	15 334	23 595	9 054	69,48
EU	8 635	11 078	3 619	49,75	10 915	16 860	6 819	52,33
Deutschland	3 934	5 036	1 605	22,06	3 646	5 547	2 215	17,00
EFTA	277	294	128	1,76	563	892	368	2,82
Andere OECD-Staaten	1 846	1 851	740	10,17	3 856	5 843	1 867	14,33
Nicht-OECD-Staa- ten	7 348	8 413	2 788	38,32	7 936	12.114	3 976	30,51
Europa	2 437	3 567	1.123	15,44	2 590	4 555	1 218	9,35
Naher Osten	2 050	2 050	656	9,02	2 529	2 688	976	7,49
Andere	2 861	2 796	1.008	13,86	2 817	4 871	1 782	13,68
Gesamt	18 106	21 636	7 275	100,00	23 270	35 709	13 031	100,00

\* In den ersten vier Monaten.

Quellen: TÜSIAD (Turkish Industrialist and Businessmen's Association), Turkish Economy '96, Istanbul, November 1996, S. 66; ANKA Ekonomi Bülteni vom 2. 1. 1997, S. 7; ANKA Ekonomi Bülteni vom 3. 1. 1997, S. 13, und eigene Berechnungen.

nung allerdings, daß die Zollunion eine rapide Zunahme ausländischer Direktinvestitionen auslösen würde, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil fiel die Summe der genehmigten Investitionen in den ersten elf Monaten des Jahres 1996 mit 1,206 Mrd. US-Dollar um 35 Prozent niedriger aus als im Vorjahr<sup>23</sup>. Der Grund liegt nach Ansicht des Vorsitzenden von YASED (Verband für ausländische Investitionen) in erster Linie in der politischen Instabilität der Türkei, die die ausländischen Investoren abschreckt, aber auch im schlechten politischen Image der Türkei im Ausland sowie in der Zunahme der Konkurrenz durch die Öffnung der Märkte in den ehemaligen Ostblockstaaten<sup>24</sup>.

Die Struktur der genehmigten Investitionen zeigt, daß der Interessenschwerpunkt ausländischer Kapitalgeber nicht in erster Linie in produktiven Investitionen, sondern in Portfolioinvestitionen lag. Nahezu jeder dritte US-Dollar der genehmigten Investitionssumme wurde dafür beantragt, während nur 23 Prozent der Bewilligungen für Neuinvestitionen vorgesehen waren<sup>25</sup>.

Ende November 1996 lag die Zahl der ausländischen Firmen in der Türkei bei 3 551, die sich mit 71 Prozent (2 530) im Dienstleistungsbereich konzentrierten. 885 ausländische Firmen ließen sich in

der verarbeitenden Industrie nieder, während der Anteil der Landwirtschaft (99) und des Bergbaus (48) deutlich geringer ist. Bezüglich der Zahl der Firmen belegt Deutschland mit 639 den ersten Rang. Nach der Höhe des eingebrachten Kapitals allerdings liegt Deutschland nach den Niederlanden an zweiter Stelle<sup>26</sup>.

#### 4. Tourismuseinnahmen

Der Tourismussektor ist eine der wachstumsträchtigsten Branchen in der Türkei. Insbesondere seit den achtziger Jahren verzeichnet dieser Sektor einen stetigen Zuwachs. Seit 1980 hat sich die Zahl der Touristen etwa um das Achtfache erhöht. Erzielte die Türkei 1980 Einnahmen aus dem Tourismus in Höhe von 327 Mio. US-Dollar, so betrug diese Zahl 1996 etwa sechs Mrd. US-Dollar. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1996 besuchten die Türkei 7 727 561 Touristen, womit der gesamte Jahreswert von 1995 übertroffen wurde. Die Deutschen lagen mit 1,954 Mio. mit weitem Abstand an erster Stelle vor den Engländern (729 837) und US-Amerikanern (230 069). Für 1997 beabsichtigt die Regierung, die Zahl der Touristen auf 9,7 Mio. und die Einnahmen auf 6,85 Mrd. US-Dollar zu steigern.

So vielversprechend diese Branche ist, so empfindlich ist sie gegenüber politischen Entwicklungen. Vor allem die Konzentration auf Deutschland

23 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 10. 12. 1996, S. 5.

24 So der Vorsitzende des Verbandes Yavuz Canevi, in: ANKA Ekonomi Bülteni vom 11. 12. 1996, S. 3.

25 Vgl. ebd., S. 3.

26 Vgl. ebd.

fürte in den letzten Jahren zu tiefgreifenden Krisen, als die deutschen Urlauber 1993 aufgrund der Bombenanschläge in einigen Touristenorten und Bombendrohungen der PKK ihre Buchungen stornierten. Verluste durch andere ausländische Gruppen zu kompensieren war so kaum möglich. Als Weg aus der Misere wurden die Preise stark gesenkt. Die Sensibilität des Tourismussektors gegenüber politischen Ereignissen führte dazu, daß sich die niedrigen Preise bei gleichbleibender oder gar verbesserter Qualität als wichtigstes Instrument zur Vermarktung des Reiselandes Türkei bewährten. So fallen die Einnahmen niedriger aus als unter normalen Bedingungen.

---

### III. Arbeitswelt und Einkommensverteilung

---

#### 1. Beschäftigungssituation

Die hohen Wachstumsraten der türkischen Bevölkerung stellen das Land vor unlösbare Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Für 1996 wird die Gesamtbevölkerung der Türkei auf 63,8 Mio. geschätzt<sup>27</sup>. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Bevölkerung beträgt 1,78 Prozent. Obwohl in den letzten Jahren deutlich abnehmende Raten verzeichnet wurden, ist die Wachstumsrate der Bevölkerung verglichen mit dem europäischen Durchschnitt zu hoch. Die jährliche Zunahme der Bevölkerung um mehr als eine Million Menschen stellt das Land vor wachsende Probleme hinsichtlich der sozialen und infrastrukturellen Entwicklung sowie der Beschäftigung. Heute liegt der Anteil der Bevölkerung unter 20 Jahren bei 45,9 Prozent. In den nächsten zehn Jahren werden 14 Mio. junge Menschen ins erwerbsfähige Alter eintreten, die neben den bereits existierenden Arbeitslosen die Beschäftigungssituation zusätzlich verschärfen werden<sup>28</sup>.

Die Zahl der zivilen Erwerbspersonen in der Türkei wird für 1996 auf 22,2 Mio. und die der Erwerbstätigen auf 20,8 Mio. geschätzt. Die sektorale Verteilung der zivilen Erwerbstätigen weist trotz eines abnehmenden Anteils der Landwirtschaft zugunsten des Dienstleistungssektors noch auf eine Dominanz des ersteren hin. 44,6 Prozent der Beschäftigten (rund 9,5 Mio.) sind nämlich im Agrarsektor tätig, während 16,2 Prozent (3,4 Mio.) im industriellen- und 39,2 Prozent (8,4 Mio.) im

Dienstleistungsbereich arbeiten. Nach offiziellen Angaben beträgt die Zahl der Arbeitslosen 1,391 Mio., was einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent entspricht. Fügt man noch die Prozentzahl der Unterbeschäftigten hinzu, so beträgt die offiziell angegebene gesamte Arbeitslosenquote 12,6 Prozent<sup>29</sup>. In Wahrheit dürfte die Arbeitslosigkeit wesentlich höher liegen, da die verdeckte Arbeitslosigkeit nicht zuletzt im Agrarsektor außerordentlich hoch ist. 44 Prozent der Beschäftigten erwirtschaften in diesem Sektor nicht einmal 15 Prozent des BIP. Hinzu kommt, daß nahezu jeder dritte (30,3 Prozent) Erwerbstätige nach dem Mikrozensus des türkischen Staatlichen Amtes für Statistik im April 1996 als mithelfender Familienangehöriger, d.h. ohne Entgelt, tätig war.

Da in der Türkei keine Arbeitslosenversicherung existiert, sind die Arbeitslosen auf sich selbst gestellt. Hoffnung auf Arbeitsplatzbeschaffung über neue Investitionen bietet die türkische Industrie unter den derzeit herrschenden Rahmenbedingungen kaum. Investitionen sind aufgrund der hohen Zinsen unbezahlbar geworden. Zudem bietet die türkische Wirtschaft keine Möglichkeit zu einer langfristigen Investitionsplanung, was potentielle Investoren zusätzlich abschreckt, ein Risiko einzugehen. Hinzu kommt, daß die Investoren den Bau- und den Dienstleistungssektor vorziehen, da diese schnellere Renditen erwarten lassen als langfristige Investitionen in der verarbeitenden Industrie. Spekulationswirtschaft ist in der Türkei bei den herrschenden Rahmenbedingungen viel gewinnbringender, als mit hohem Risiko zu produzieren. Zieht man in Betracht, daß etwa die Hälfte der Unternehmergewinne aus zinsbringenden Aktivitäten außerhalb des geschäftlichen Tätigkeitsbereiches bestehen, werden die Dimensionen klarer<sup>30</sup>.

#### 2. Löhne und Gehälter

Die Rechnung für die wirtschaftlichen Mißstände der letzten Jahre wurde insbesondere von den Lohn- und Gehaltsempfängern beglichen. Nach einer Untersuchung von Recep Dumanlı ist die Armut in der Türkei zwischen 1987 und 1994 um 31,8 Prozent gestiegen. In diesem Zeitraum stieg die Zahl derer, die unter dem Existenzminimum leben mußte, von 7,5 Mio. auf 9,9 Mio.<sup>31</sup>.

Ein Vergleich der Löhne in der verarbeitenden Industrie mit anderen EU-Staaten macht deutlich,

29 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 28. 11. 1996, S. 6.

30 Vgl. Yaşar Uysal/Ismail Mazgit, 1996 Yılına Girenken Türkiye Ekonomisi (Türkische Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1996), hrsg. von TÜGİK (Höherer Ausschuß der Vereine türkischer Junger Industrieller), Izmir 1996, S. 24.

31 Vgl. Intermedya Ekonomi vom 17. 11. 1996.

daß die Türkei nach wie vor ein Billiglohnland ist. Nach Angaben des World Economic Forum liegt die Türkei unter 39 Staaten an 28. Stelle, was die Höhe der Stundenlöhne betrifft. Während ein Industriearbeiter im EU-Durchschnitt 16,9 US-Dollar und in Deutschland 27,3 US-Dollar pro Stunde verdient, beträgt diese Summe in der Türkei 3,3 US-Dollar<sup>32</sup>.

**Tabelle 6: Reale Entwicklung der Löhne (1991 = 100)**

	Löhne im öffentlichen Sektor	Löhne im Privatsektor
1991	100,0	100,0
1992	109,4	115,0
1993	95,5	101,5
1994	62,9	73,8
1995	40,7	57,2

Quelle: Cumhuriyet Ekonomi (Wirtschaftsbeilage der Tageszeitung Cumhuriyet) vom 9. 12. 1996.

Unter Realeinkommensverlusten mußten nicht nur die Erwerbstätigen leiden, sondern auch die Rentner (s. Tabellen 6 u. 7). Zwischen 1990 und 1995 sind die Arbeitnehmer- und Beamtenrenten real um 17 Prozent gesunken. Trotz einer Zunahme der realen Renten im Jahre 1996 liegen sie heute unter dem Niveau des Jahres 1990.

**Tabelle 7: Reale Entwicklung der Gehälter und Renten (1990 = 100)**

	Gehälter	Arbeiterrenten	Beamtenrenten
1990	100,0	100,0	100,0
1991	104,0	98,0	100,0
1992	110,5	97,0	102,0
1993	111,3	93,0	100,0
1994	82,9	72,0	78,0
1995	78,0	69,0	69,0
1996	86,9	83,0	85,0

Quellen: Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 12. 11. 1996, S. 7; ebd. vom 28. 11. 1996, S. 5.

Nicht zuletzt wegen der chronischen Inflation im Lande sind, angefangen bei den Arbeitern bis zu den Beamten, weite Bevölkerungsteile gezwungen, ihre Löhne und Gehälter in Devisen umzutauschen, um durch Kursgewinne den Monat überbrücken zu können.

### 3. Einkommensverteilung

Die Einkommensverteilung in der Türkei hat sich seit den achtziger Jahren für Bezieher niedriger Einkommen erheblich verschlechtert. Als Gründe hierfür werden die hohen Zinsen und somit die Umlenkung der Ressourcen von produktiven Investitionen zu hochverzinslichen Anleihen genannt. Auch die anteilmäßig höhere Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und das Einfrieren der Löhne bei steigenden Inflationsraten in Verbindung mit hoher verdeckter und offener Arbeitslosigkeit trugen zu einer ungerechten Einkommensverteilung bei. Nach einem langjährigen Zeitraum veröffentlichte das Staatliche Amt für Statistik die diesbezüglichen Untersuchungsergebnisse.

**Tabelle 8: Personelle Einkommensverteilung 1994**

Bevölkerungsgruppen nach Einkommenskategorien	Anteil am Volkseinkommen (in Prozent)
unterste 20-Prozentgruppe	4,9
zweite 20-Prozentgruppe	8,6
dritte 20-Prozentgruppe	12,6
vierte 20-Prozentgruppe	19,0
oberste 20-Prozentgruppe	54,9
Gesamt	100,00

Quelle: ANKA Ekonomi Bülteni vom 21. 10. 1996.

Die ungerechte Einkommensverteilung drückt sich darin aus, daß die obersten 20 Prozent der Bevölkerung nahezu 55 Prozent des gesamten Einkommens beanspruchen, während den restlichen 80 Prozent der Bevölkerung nur 45 Prozent des Einkommens zur Verfügung stehen. Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung haben lediglich einen Anteil von 4,9 Prozent am Gesamteinkommen. Ebenso wie die personelle zeigt auch die regionale Einkommensverteilung ein unausgewogenes Bild. Die einseitige Verlagerung der Industrie auf die westlichen Teile der Türkei führt zu einer kontinuierlichen Fortsetzung der ohnehin existierenden regionalen Disparitäten, die seit den sechziger Jahren starke Binnenwanderungsströme auslösen. Gemäß dieser Tatsache wird die Hälfte des Einkommens in sechs Städten der Türkei erwirtschaftet, die ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes beherbergen. Allein in Istanbul beträgt das erwirtschaftete Einkommen mit 21,1 Prozent soviel wie in 51 weiteren Städten der Türkei zusammen<sup>33</sup>.

32 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 18. 11. 1996, S. 7.

33 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 14. 11. 1996, S. 6.

Auch die funktionelle Einkommensverteilung zeigt eine Abnahme des Anteils der Lohn- und Gehaltsbezieher (s. Tabelle 9). Nach Angaben des statistischen Amtes leben 39 Prozent der Bevölkerung von Lohn- und Gehaltseinkommen, wobei diese Gruppen einen Anteil von 22,2 Prozent am BIP haben. 45,8 Prozent bezieht landwirtschaftliches Einkommen (inkl. mitarbeitender Familienangehöriger), und 15,6 Prozent leben von Kapital- und Rentenerträgen.

**Tabelle 9: Funktionelle Einkommensverteilung 1995**

Art des Einkommens	Anteil an der Bevölkerung (in Prozent)	Anteil am BIP* (in Prozent)	
		1995	1993
Lohn- und Gehaltseinkommen	39,0	22,2	30,9
landwirtschaftliches Einkommen (inkl. mitarbeitende Familienangehörige)	45,8	12,1	12,4
Kapitaleinkommen und Rentenerträge	15,6	49,3	41,7

\* Der Rest des BIP besteht aus betrieblichen- und Importsteuern und den Anlageinvestitionen.  
Quelle: Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 9. 9. 1996, S. 5.

#### IV. Pläne der Regierung für 1997

Am 10. November wurde im Amtsblatt das Jahreswirtschaftsprogramm der Regierung für 1997 veröffentlicht. Nach diesem Programm soll die Wachstumsrate im Jahre 1997 4 Prozent betragen, während von einer Inflationsrate von 65 Prozent ausgegangen wird. Die Exporte sollen um 20,4 Prozent steigen, während der Anstieg der Importe auf 11,1 Prozent gesenkt werden soll. Demnach sollen im nächsten Jahr die Importe 50 Mrd. US-Dollar (CIF) und die Exporte 29,5 Mrd. US-Dollar (FOB) erreichen. Das Außenhandelsdefizit soll wie im Jahr 1996 20,5 Mrd. US-Dollar betragen. Das Leistungsbilanzdefizit, das für 1996 auf 6,9 Mrd. US-Dollar geschätzt wird, soll auf 5,6 Mrd. gesenkt werden. Die Tourismuseinnahmen sollen um 14,2 Prozent ansteigen und somit rund 6,9 Mrd. US-Dollar betragen. Bei Devisenübertragungen der türkischen Arbeitnehmer im Ausland wird kein Anstieg erwartet, so daß diese bei etwa 3,4 Mrd. US-Dollar liegen sollen<sup>34</sup>.

34 Vgl. ANKA Ekonomi Bülteni vom 12. 11. 1996, S. 6.

Ein Novum in der türkischen Wirtschaft soll das ausgeglichene Haushaltsbudget darstellen, welches zwar wünschenswert, aber unrealistisch ist. Zur Erreichung dieses ehrgeizigen Ziels hat Ministerpräsident Erbakan in kurzen Abständen drei Mittelbeschaffungspakete bekanntgegeben. Diese drei Pakete sollen Mittel in Höhe von je zehn Mrd. US-Dollar in die Staatskasse bringen. Nach ihrer Wirkung können die durch diese Pakete vorgesehenen Maßnahmen unter vier Gesichtspunkten betrachtet werden:

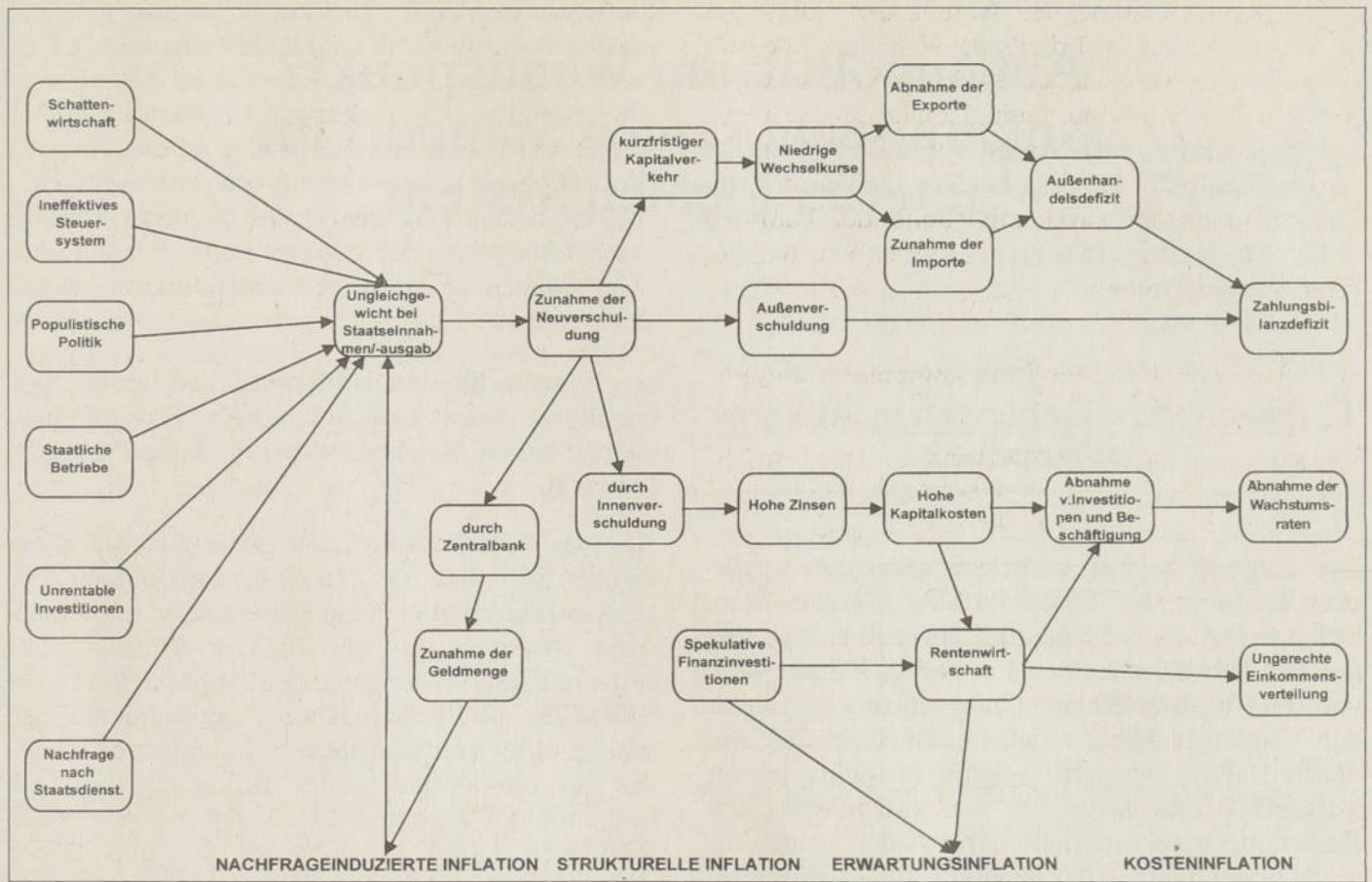
1. *Maßnahmen zur Umwandlung un- oder nicht ausreichend genutzter staatlicher Kapazitäten in liquide Mittel:* Vorgesehen sind hierfür u.a. der Verkauf staatlicher Immobilien und Grundstücke und von Bergbaunutzungsrechten, ein Trinkwasserprojekt für die Mittelmeerregion durch den Wasserfall in Manavgat. Diese Maßnahmen können durchaus als nützlich eingestuft werden und zu einer Entlastung der Staatskasse führen. Sie nehmen allerdings eine gewisse Zeit in Anspruch, um Wirkung zu zeigen. Die Regierung und das Land haben diese Zeit aber nicht.

2. *Maßnahmen zur Umwandlung der illegalen Schattenwirtschaft in registrierte wirtschaftliche Aktivitäten:* Vorgesehen sind u.a. die Lockerung der Bedingungen für Altsteuerschulden, die Förderung der termingerechten Zahlung von Steuerschulden durch Vergünstigungen sowie die Ermöglichung der steuerfreien Erklärung von Edelstein- und -metallvermögensbeständen. Mit diesen Maßnahmen wird ein grundlegendes Problem aufgegriffen. Es wird versucht, die dominante Schattenwirtschaft zugunsten legaler Wirtschaft zurückzudrängen. Abgesehen davon, daß die Durchsetzung der hochgesteckten Ziele ebenfalls Zeit braucht und von der Attraktivität der Förderung abhängt, sind sie mit einem ethischen Problem verbunden, die Ehrlichen zu bestrafen und die Unehrllichen zu begünstigen. Hinzu kommt, daß der Regierung aufgrund der vorgesehenen steuerfreien Erklärungsmöglichkeit von Edelstein- und -metallbeständen vorgeworfen wird, nicht die Schattenwirtschaft unterbinden zu wollen, sondern eine Möglichkeit zur Geldwäsche zu schaffen.

3. *Maßnahmen zur Erzielung direkter Einnahmen* wie die Privatisierung der türkischen Telekom und der staatlichen Eti Bank sowie die Erhöhung der Handtelefondgrundgebühren. Auch bei diesen Maßnahmen kann – abgesehen vom letztgenannten – von einer raschen Mittelbeschaffung nicht ausgegangen werden.

4. *Maßnahmen zur Umlenkung der Devisen ins Land bzw. Verhinderung der Kapitalflucht:* Im Mittelpunkt stehen die inländischen superverzinsli-

### Schaubild: Strukturelle Probleme der türkischen Wirtschaft



Quelle: Y. Uysal/I. Mazgit, 1996 Yılına Girerken Türkiye Ekonomisi, hrsg. von TÜGİK, Izmir 1996, S. 25.

chen Devisenkonten und Devisenanleihen, die nicht nur durch hohe Zinsen, sondern auch durch andere Möglichkeiten attraktiver gemacht werden, das Werben um die Devisenguthaben der Auslandstürken durch hohe Zinsen und die Möglichkeit der zollfreien Einfuhr von Kraftfahrzeugen und Maschinen sowie durch die Ermöglichung einer türkischen Rente gegen eine Zahlung von

1,5 US-Dollar pro Tag für 5 000 Arbeitstage unabhängig vom Alter und von Berufsjahren. Diese Art von Maßnahmen können zwar zur kurzfristigen Mittelbeschaffung dienen, bedeuten allerdings nichts anderes als eine weitere teure Verschuldung des Staates. Somit retten sie lediglich die aktuelle Situation und verschieben die Lösung des Problems wieder auf einen späteren Zeitpunkt.

## Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System

### I. Akzentverschiebungen in Ankaras Außenpolitik

Nur langsam beginnt man sich unter den westlichen Partnern der Türkei darüber klarzuwerden, welch tiefgreifender Wandlungsprozeß sich in und mit der Türkei vollzieht. Nur wenige Länder sind von dem weltpolitischen Umbruch der beginnenden neunziger Jahre so nachhaltig betroffen wie dieses Land<sup>1</sup>. Das trifft sowohl für seine innere Verfaßtheit als auch für die außenpolitischen Beziehungen zu, innerhalb derer Ankara nunmehr einen neuen Platz in der Region wie in der internationalen Politik insgesamt sucht.

Symptomatisch dafür, daß es in Ankara starke Kräfte gibt, die dagegen aufbegehren, die ausgetretenen Pfade der türkischen Außenpolitik weiter zu beschreiten, sind die Akzente der ersten Monate der Regierungsausübung durch Ministerpräsident Necmettin Erbakan. Die Ziele seiner beiden Auslandsreisen<sup>2</sup> und die Initiative zur Gründung der Gruppe der D8 als einer Parallel-, ja Gegenorganisation zu den G7 sind signifikant<sup>3</sup>. Dahinter steht noch kein fertiges neues außenpolitisches Konzept; auch ist die Politik nicht ohne innere Widersprüche. Und man wird darin die Ungeduld eines Mannes erkennen können, der sich seit nahezu drei Jahrzehnten mit erheblichem Engagement in der türkischen Politik betätigt, aber aus dem – bestenfalls – zweiten Glied nicht herausgetreten ist<sup>4</sup>. Jahrelang von der kemalisti-

schen Staatselite und den laizistischen Intellektuellen als der „hoca“ belächelt, scheint er es nunmehr eilig zu haben, Zeichen zu setzen, daß er Veränderung will.

Aber es wäre verkehrt und griffe zu kurz, diese Signale mit Blick auf den Ministerpräsidenten zu personalisieren oder sie nur als Ausdruck islamistischer Marotten zu werten. Der Wunsch nach neuen außenpolitischen Akzenten hat heute breite Kreise der politischen Klasse, des akademischen und politikwissenschaftlichen Establishments sowie der Intellektuellen der Türkei ergriffen. Sie sind zum Teil vage und lassen sich mit gegebenen Realitäten kaum vereinbaren. Sie entspringen auch unterschiedlichen Gefühlen, die von der Enttäuschung über den so lange versuchten Weg nach Europa über gekränkten Stolz und islamistische Drittweltromantik bis zu chauvinistischer Kraftmeierei (wir Türken sind endlich wer!) reichen. Aber die Rechtfertigung dazu entspringt dem deutlichen Gefühl, daß die weltpolitischen Wandlungen der letzten Jahre die politische Bühne, auf der die Türkei ihren Part zu spielen hatte, gründlich umgestaltet haben und das Land mithin auch seine Rolle, wenn nicht sogar das Stück, zu verändern hat, das auf ihr gespielt wird.

Seit langem jedenfalls ist nicht mehr so nachdrücklich und systematisch über Außenpolitik diskutiert worden. Man muß in die siebziger Jahre zurückblicken, um eine vergleichbare Diskussion um die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei wahrzunehmen. Im Klima eines verbreiteten Antiamerikanismus suchten damals vor allem sozialdemokratisch orientierte Sicherheitspolitiker eine Alternative zur gegebenen Sicherheitsstruktur, die vor allem durch die Zugehörigkeit der Türkei zur NATO gekennzeichnet war, zu ermitteln. Die Diskussion war, wie heute, unter anderem durch äußere Impulse angestoßen – damals durch das von den USA Anfang 1975 verhängte Waffenembargo, über das Druck auf Ankara ausgeübt werden sollte, seine im Sommer 1974 auf Zypern besetzten militärischen Positionen wieder aufzugeben. War das bestehende System der Sicherheit überhaupt noch mit den „nationalen Interessen“

1 Vgl. Udo Steinbach, Ordnungsmacht oder Krisenfaktor? Die Türkei zwischen Orient und Okzident, in: Friedensgutachten 1996, hrsg. von Bruno Schoch/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz, Münster 1996, S. 203–215.

2 Iran, Malaysia, Singapur, Indonesien sowie Ägypten, Libyen und Nigeria. Vgl. International Herald Tribune vom 12. 8. 1996; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 14. 8. 1996; Briefing (Ankara) vom 14. 10. 1996, S. 10: Libya Visit – A Test of Turco-Arab Ties?

3 Developing 8: Türkei, Iran, Pakistan, Bangladesch, Malaysia, Indonesien, Ägypten, Nigeria. Vgl. Turkish Daily News vom 6. 1. 1997.

4 Zwischen 1973 und 1980 gehörte Erbakans *Nationale Heilspartei* verschiedenen Regierungskoalitionen an.



der Türkei vereinbar? Welche Alternative zur NATO-Mitgliedschaft gab es? Den systematischsten Versuch, ein tragfähiges Konzept einer Alternative zu formulieren, stellte seinerzeit das „nationale Sicherheitskonzept“ (Ulusal Güvenlik Kavramı) dar. Im Mittelpunkt stand die Verwirklichung eines in sich starken und gesellschaftlich gesunden Staates als eines tragenden Konzepts der türkischen Sicherheitspolitik. Es sei überholt, die Sicherheit eines Staates nur in den politischen und militärischen Kategorien der Verteidigung der Grenzen zu sehen. Das Sicherheitskonzept dürfe nicht nur durch die militärische Rüstung sowie außen- und sicherheitspolitische Arrangements bestimmt werden; vielmehr bildeten die „Möglichkeiten“ des Landes, die durch eine optimale Abstimmung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Faktoren bestimmt würden, eine wesentliche Komponente. Andere Faktoren, wie eine starke Wirtschaft mit eigener Rüstungsindustrie und die Verbesserung der Mobilisierungsfähigkeit aller Bürger zur lokalen und regionalen Verteidigung, sollten das neue Sicherheitssystem ergänzen. So werde es möglich, strategische Prioritäten nach nationalen und den Gegebenheiten des Landes entsprechenden Kriterien in größerer Unabhängigkeit von den Erfordernissen eines Bündnisses zu setzen<sup>5</sup>.

Vieles an dieser Diskussion mutet reichlich platonisch an. Auch blieb sie angesichts der Realitäten der internationalen Politik, die noch immer durch den Ost-West-Konflikt bestimmt waren, weitgehend folgenlos. Im Gegenzug zur Verhängung des Embargos schloß die Türkei 26 amerikanische Militäreinrichtungen; und nach seiner Aufhebung (1978) gestalteten sich die Verhandlungen über die jeweiligen türkisch-amerikanischen Militärabkommen schwieriger. In der Substanz aber hatte sich an der Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei nichts Wesentliches geändert.

Vieles spricht dafür, daß mit Blick auf die nächsten Jahre in der türkischen Außenpolitik nachhaltige Akzentverschiebungen zu erwarten sind – vielleicht sogar mehr als das: ein signifikantes *revirement des alliances* oder zumindest eine Schwerpunktverlagerung türkischer Außenpolitik. Damit dürfte sich dann auch das Verhältnis der Türken vor allem gegenüber ihrer unmittelbaren Nachbarschaft verändern. Jedenfalls sind die Handlungsspielräume zur Wahrnehmung außenpolitischer Alternativen heute und in Zukunft weiter als in den siebziger Jahren.

5 Vgl. Udo Steinbach, Perspektiven der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Europa-Archiv, 33 (1978) 14, S. 431–440.

---

## II. Neues Gewicht der Regionalpolitik

---

Nahezu umgehend reagierte die türkische Außenpolitik auf die weltpolitischen Veränderungen 1989/90: den Fall der Berliner Mauer, den Prozeß der deutschen Wiedervereinigung und die sich beschleunigende Desintegration der Sowjetunion, d.h. auf das definitive Ende des Kalten Krieges. Die Sequenz der Ereignisse spricht für sich: Noch im Dezember 1989 mußte Ankara die Absage Brüssels auf den 1987 gestellten Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft hinnehmen. Wie plausibel auch immer die Rechtfertigungsgründe der Absage gewesen sein mögen – für jene politischen Kräfte, die die Bestimmung der türkischen Geschichte der letzten Jahrzehnte in der Integration in Europa gesehen haben, war dies – im Rückblick – ein entscheidender Rückschlag. Er sollte einen langen Schatten über die Ereignisse der nächsten Jahre werfen.

Schon Ende Januar 1990 begann der tiefgreifende Umbruch sichtbar zu werden, als Truppen des sowjetischen Innenministeriums versuchten, nationalistische Unruhen in Baku gewaltsam zu unterdrücken. Das Blutbad läutete das Ende der Sowjetunion ein. Nach kurzem Schwanken wurde Präsident Turgut Özal zum Vorkämpfer eines umfassenden türkischen Engagements in Zentralasien.

Als mit der Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen am 2. August 1990 ein neuer internationaler Konflikt am Golf ausbrach, schlug sich der türkische Präsident entschlossen auf die Seite der Alliierten. Nach der Entwicklung der türkisch-irakischen Beziehungen in den vorangegangenen Jahren war dies keineswegs selbstverständlich gewesen. Auch hatte es Ankara bis dahin entschlossen vermieden, sich in die Konflikte im Nahen Osten hineinziehen zu lassen<sup>6</sup>. Was Turgut Özal bewegte, war keineswegs nur die Verbundenheit des türkischen Präsidenten mit den USA, für die er Bewunderung hegte. Vielmehr ließ Ankara dahinter den Anspruch erkennen, eine „regionale Rolle“ zu spielen. So wird man im Rückblick 1990 als einen neuerlichen Wendepunkt in der Geschichte der Außenpolitik der Türkei erkennen können. Ein solcher war bereits mit der Truman-Doktrin vom

6 Zu einem Überblick über die türkische Außenpolitik seit 1990 vgl. Udo Steinbach, Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Bergisch-Gladbach 1996, S. 265–312; Heinz Kramer, Die Türkei im Schnittpunkt der Regionen und Kulturen, in: Geographische Rundschau, 48 (1996) 10, S. 590–594. Vgl. auch Kemal Karpat (Hrsg.), Turkish Foreign Policy. Recent Developments, Madison 1996.

März 1947 verbunden gewesen: Mit ihr wurde augenfällig, daß die Türkei dabei war, ihren vom Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk verordneten Kurs der „vollständigen Ungebundenheit“ aufzugeben und sich in das entstehende westliche Sicherheitssystem einzuordnen. Die politischen Handlungsspielräume waren klein und wurden im wesentlichen durch die übergeordneten Interessen des Bündnisses insgesamt abgesteckt. Weiter reichende eigenständige Entscheidungen mit Blick auf das geographisch-politische Umfeld wurden eigentlich nur mit Blick auf Zypern gefällt. Die Militäraktion vom Juli/August 1974 war der Höhepunkt.

Die Entwicklungen seit 1990 haben zu einer grundlegend veränderten Situation geführt. Die Auflösung der Sowjetunion und das Ende der globalen Konfrontation haben der Türkei ein Umfeld von äußerster Komplexität zuwachsen lassen. Damit ist das Land außenpolitisch herausgefordert. Ankara kann sich weder auf die *splendid isolation* („vollständige Ungebundenheit“) des Staatsgründers zurückziehen, noch bieten internationale Bündnis- und Sicherheitsstrukturen einen Rahmen, innerhalb dessen die außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Belange und Interessen des Landes hinreichend wahrgenommen werden können. Ja, die Türkei ist zunehmend ein regionaler Akteur geworden, der diese Interessen eigenständig zu vertreten hat.

Die Möglichkeit, regionale Interessen wahrzunehmen, bestimmt in wachsendem Maße den Stellenwert der Einbindung der Türkei in supranationale Strukturen. Das gilt für die NATO, deren Rolle und Bedeutung (mit der Erweiterung) auch für die Türkei neu zu definieren sein wird. Das gilt aber auch für die Europäische Union und das Entstehen einer europäischen Sicherheitsarchitektur. Was die Sicherheit des Landes betrifft, so hat z.B. die Bekämpfung des Terrors – den die türkische Staatsführung und namentlich die Armee bislang mit der PKK identifiziert hat – im Inneren des Landes und gegenüber den Nachbarn überwältigende Priorität. Ankara hat seit 1991 klargemacht, daß es zur Wahrnehmung dieses Sicherheitsinteresses auch den Einsatz von Waffen, die im Rahmen von NATO-Abmachungen geliefert wurden, für legitim hält<sup>7</sup>.

Die EU ist weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt türkischer Außenpolitik. So sind türkische Politiker aus dem Mitte-links- und Mitte-rechts-Lager nicht müde geworden, gerade die „neue Rolle“ der Türkei (vor allem in Zentralasien) als ein gewichtiges Argument mit Blick auf den Anspruch

Ankaras auf Vollmitgliedschaft in der EU erscheinen zu lassen. Und das Ziel der Zollunion wurde mit unübersehbarem Nachdruck in Ankara verfolgt. Andererseits aber ist die Frustration über Europa weithin spürbar. Der rasche Zuwachs der Stimmen für die Heilspartei, die sich im Verlauf der Jahre europakritisch gezeigt hat, hat auch – wenn auch natürlich nicht ausschließlich – damit zu tun. Ex-Ministerpräsidentin Tansu Çiller, die sich noch im Herbst 1995 beim Lobbying für die Zollunion als Garantin für eine laizistische und auf Europa orientierte Türkei hervortat, hat wenige Monate später dem Führer der Wohlfahrtspartei, Necmettin Erbakan, an die Macht verholten. Und dieser hat durch eine Reihe außenpolitischer Signale keinen Zweifel daran gelassen, daß es ihm zuvorderst um ein eigenständiges regionalpolitisches Profil der Türkei geht – was immer man in Washington oder in europäischen Hauptstädten davon halten mag.

---

### III. Konzeptualisierung der Außenpolitik

---

Selbstbewußt hat Ankara den Radius seines politischen Engagements ausgeweitet. Die „neue Rolle“ wurde vor allem mit Blick auf Zentralasien geprobt. Sie hatte politische, wirtschaftliche und kulturpolitische Facetten<sup>8</sup>. Aber auch auf dem Balkan wurde ein Netz wirtschaftlicher und politischer Beziehungen mit Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Mazedonien und Albanien geknüpft. Zu letzteren entwickelten sich nahezu ausgeprägte Sonderbeziehungen. Und in der Bosnien-Frage engagierte sich Ankara mit der Forderung nach der Aufhebung des Embargos<sup>9</sup>. Zugleich folgte es aber der Linie, die von der internationalen Gemeinschaft vorgegeben war. (Die Sanktionen gegen Bosnien wurden nur insoweit unterlaufen, als dies international akzeptiert wurde.) Im Mai 1994 entsandte die türkische Regierung Blauhelmsoldaten nach Zenica.

Dieses zunächst pragmatische Ausgreifen der türkischen Außenpolitik wurde zunehmend begleitet von Bemühungen um Konzeptualisierung. Das

---

8 Vgl. Rainer Freitag-Wirminhaus, Der Einfluß Irans und der Türkei in Zentralasien, in: Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes (Hrsg.), Nahost-Jahrbuch 1992, Opladen 1993, S. 201–206; Udo Steinbach, Die Entwicklungspolitik der Türkei, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 36 (1995) 5/6, S. 146–147; Aziz Alkazaz, Die Economic Cooperation Organization (ECO): Strukturen eines neuen Wirtschaftsraumes, in: Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes, Nahost-Jahrbuch 1994, Opladen 1995, S. 207–212.

9 Vgl. U. Steinbach (Anm. 6), S. 301–312.

7 Vgl. FAZ vom 9. 4., 14. 4. und 5. 5. 1994.

außenpolitische Establishment realisierte bald, daß es mit Blick auf die Zukunft des Landes nicht mehr darum geht, nur weitere Politikbereiche vor der Haustür an herkömmliche anzulagern. Vielmehr ist man sich im klaren darüber, daß es erforderlich ist, ein neues, in sich stimmiges Konzept der Außenpolitik zu entwerfen, in dem sich auf-tuende lose Enden der Außenbeziehungen und Interessen mit klassischen Politikbereichen, vor allem der Mitgliedschaft in der NATO und der Ausrichtung auf Europa mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft, verknüpft sind. Eine anhaltende innere Krise, das Erstarken alternativer weltanschaulicher und politischer Kräfte, vor allem der Islamisten, und die fortschreitende De-facto-Zer-rüttung des europäisch-türkischen Verhältnisses wirken als Katalysator dieser umfassenden Standortbestimmung. An der Diskussion beteiligen sich neben Politikern Wissenschaftler, Diplomaten, Journalisten, Vertreter der Wirtschaft, aber auch hochrangige Ex-Offiziere.

Vor diesem Hintergrund sind die außenpolitischen Zeichensetzungen von Ministerpräsident Erbakan weniger überraschend. Wenn sie auch keineswegs auf einem Konsens der wichtigsten außenpolitischen Experten beruhen<sup>10</sup>, so signalisieren sie doch das neue Selbstbewußtsein, das man in Ankara mit Blick auf gewachsene außenpolitische Handlungsspielräume hegt; eine Haltung, die durch die Analyse durchweg aller Teilnehmer an der Diskussion bekräftigt wird.

Zwei Begriffe werden gleichsam zu Ausgangspunkten dieser Diskussion: *Geopolitisch* habe sich die Lage der Türkei verändert. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hätten sich die Koordinaten verändert, innerhalb derer die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes zu sehen seien. Das neue „geopolitische“ Denken entdeckt die *eurasi-sche* Dimension als den Raum, innerhalb dessen die Türkei neu zu verorten ist<sup>11</sup>. Sehr vage klingt das so: „Die Türkei öffnet den Norden zum Süden, den Süden zum Norden, den Osten zum Westen, den Westen zum Osten.“<sup>12</sup> Ein wenig aussagekräftiger heißt es: „Die geopolitische Lage der Türkei liegt am Berührungspunkt der Interessen der USA, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Europäischen Union und des Mittleren Ostens.“ Damit klingt etwas an, was sich nahezu in jedem Beitrag vernehmen läßt, der sich zu Fragen

der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik äußert: ein enorm gesteigertes Selbstbewußtsein. Präziser hat Umut Arık, zeitweilig Chef der Turkish Agency for Economic Development am Außenministerium, die politische Ausstrahlung der Türkei definiert: Es gehe darum, „Gleichgewicht und Stabilität herzustellen auf dem Balkan, in der Schwarzmeer-Region, im Kaukasus, im östlichen Mittelmeer, im Mittleren Osten und in Zentralasien“<sup>13</sup>.

Die zentrale Achse türkischer Außenpolitik weist noch immer nach Europa. Freilich war noch bis weit in die neunziger Jahre hinein die „neue Rolle“ der Türkei gleichsam ein zusätzliches Argument dafür, die Aufnahme des Landes in die EU konstruktiv zu überdenken und zu beschleunigen. War 1995 noch die Intensität, mit der Ankara den Beitritt zur Zollunion mit der EU betrieb, Ausdruck der Entschlossenheit der Mehrheit der politischen Klasse, dem lange angestrebten Ziel einer Vollmitgliedschaft näherzukommen (zugleich sollte sie auch der Profilierung der kemalistischen Staatselite angesichts des Heraufziehens der islamistischen Alternative dienen), so hat sich heute Ernüchterung breitgemacht und wird der Orientierungspunkt Europa zu anderen Schwerpunkten türkischer Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug gesetzt und zugleich relativiert.

So heißt es noch immer in den meisten außenpolitischen Analysen, daß sich die Türkei als einen europäischen Staat betrachte<sup>14</sup>. Gerade jüngere Aussagen lassen erkennen, wie sehr auch hartnäckige Verfechter der europäischen Berufung zweifeln, daß die europäische Priorität Ankaras gewährleistet, daß das Land seinen angemessenen Platz in der neuen globalen Struktur erhalten wird. Das Spektrum der Reaktionen reicht von kaum verhohlener Ratlosigkeit über Wunschdenken bis zu trotziger Attitüde: Man könne auch ohne Europa auskommen<sup>15</sup>. Der gegenwärtige Status gegenüber Europa wird vielmehr ungeschminkt negativ eingeschätzt, worin die Gefahr einer Marginalisierung der Türkei gesehen wird. Dies lasse nicht nur der Katalog der in die EU aufzunehmenden Staaten erkennen, auf dem die Türkei kaum noch vorkomme, was mit Bitterkeit wahrgenom-

13 Umut Arık, Turkey and the International Security System in the 21st Century, in: Eurasian Studies, 2 (1995/96) 4, S. 8.

14 Vgl. Turkey's Foreign Policy Objectives, in: Foreign Policy (Ankara), 17 (1993) 1–2, S. 3.

15 Die populistische Rhetorik versteigt sich bis hin zur Behauptung, die Türkei könne ohne Europa, Europa aber nicht ohne die Türkei auskommen. Zu dem beachtlichen Selbstbewußtsein türkischer Selbsteinschätzung vgl. Kemal Kirişçi, The End of the Cold War and Changes in Turkish Foreign Policy Behaviour, in: Foreign Policy (Ankara), 17 (1993) 3–4, S. 1–43, hier: S. 1 f. und 10.

10 Seit dem Regierungsantritt Erbakans im Juli 1996 besteht eine deutliche politische und weltanschauliche Kluft zwischen ihm und dem Außenministerium, dessen Diplomaten sich als „kemalistische“ Staatselite verstehen.

11 Stellvertretend für den Gebrauch dieser Terminologie sei hier genannt: Suat İlhan, Geopolitic Developments and the Turkish World, in: Eurasian Studies, 2 (1995) 3, S. 23–37.

12 Ebd. S. 25.

men wird. Die Europäisierung der Sicherheitsstruktur durch einen möglichen Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) würde eine solche Tendenz verschärfen. Eine sich herausbildende Identität von EU und WEU könnte für die Türkei, im Falle sie nicht Mitglied in ersterer würde, eine spürbare Beeinträchtigung ihrer Sicherheit bedeuten. Könnte sie doch von Entscheidungen, an deren Entstehung sie nicht beteiligt wäre, betroffen sein<sup>16</sup>.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird gerade von hartnäckigen Vertretern einer europaorientierten Politik Kritik an dem Abkommen über die Zollunion geübt: „Wir waren irreführend durch unseren Optimismus, uns der EU anschließen zu können“, stellt bitter Seyfi Taşhan, der Direktor des Foreign Policy Institute (Dış Politika Enstitüsü) in einem Interview fest<sup>17</sup>. Alles, was Europa von der Türkei gewollt habe, habe es nahezu zum Nulltarif erhalten; nichts hätte es dafür zurückgegeben. Die Liste der Vorwürfe ist lang. Die Mißstimmung wird durch das Gefühl akzentuiert, daß namentlich das Europäische Parlament die Zollunion als Knüppel nehme, um in Sachen Menschenrechte Druck auf die Türkei auszuüben<sup>18</sup>.

Die perzipierte Marginalisierung im europäischen Kontext läßt Ankara die Aufmerksamkeit verstärkt auf die NATO richten. Hier tritt die Türkei als Gleicher unter Gleichen auf. Die NATO-Frage freilich konzentriert sich auf die Perspektive der Osterweiterung; und dazu sind die Meinungen geteilt. Mag man es auch begrüßen, daß die EU-Mitglieder ihre Mittel in ein Bündnis investieren, in dem die Türkei Mitglied ist<sup>19</sup>, so sind die Risiken nicht zu übersehen, die diese Entwicklung für die Türkei mit sich bringen kann. Sie werden vor allem in der Haltung Rußlands gesehen: Nur im Falle der Zustimmung Moskaus liege die Erweiterung auch im türkischen Interesse. Im anderen Falle wird nicht nur befürchtet, daß Spaltungen im Bündnis auftreten könnten. Vielmehr könnte die NATO verführt sein, Zugeständnisse an Rußland

zu machen, die zu Lasten der türkischen Sicherheit gingen. Dabei handele es sich vor allem um die Erfüllung russischer Forderungen, die im Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) festgelegten Zahlen neu zu verhandeln und im Interesse Rußlands zu verändern<sup>20</sup>. Für diesen Fall werden Kompensationen für die Türkei gefordert.

Bündelt man die verschiedenen Argumente, so ist insgesamt der Türkei an einer raschen Erweiterung des Bündnisses nicht gelegen. Die Drohung Ankaras, man könne ein Veto einlegen, wenn die Türkei nicht als Vollmitglied in die EU aufgenommen werde, reflektiert eine Mischung aus Verunsicherung und Selbstüberschätzung, die die Berechenbarkeit der türkischen Außenpolitik belastet. Die Drohung sollte freilich nicht nur als Erpressungsversuch gewertet werden (obwohl Ankara versucht sein könnte, in diesem Punkt Griechenland nachzuahmen). An dem laufenden Diskussionsprozeß sind vielmehr sowohl das Außenministerium als auch die Armee beteiligt<sup>21</sup>.

Die anhaltende Bedeutung der NATO als Rahmen für die Wahrnehmung türkischer Sicherheitsinteressen führt einige Analytiker näher an Washington heran. Tatsächlich ist es die strategische Gemeinsamkeit mit den USA, die der Türkei ihr Gewicht gegenüber der EU einerseits und Rußland andererseits verleiht. Neben einer Reihe weiterer gemeinsamer Interessen sehen beide – nach türkischer Einschätzung – in der NATO den wirkungsvollsten kollektiven Rahmen, Sicherheit und Stabilität in Europa zu gewährleisten. Mit Blick auf die amerikanischen Interessen im Mittleren Osten mag schließlich das Interesse an der Türkei als politischem Partner in Washington größer sein als in europäischen Hauptstädten<sup>22</sup>.

Einen breiten Raum in der außenpolitischen Diskussion nehmen die Beziehungen zu Rußland ein. Die Überlegungen sind hier bestimmt durch das doppelte Gefühl der Rivalität um wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Zentralasien (und gegebenenfalls auf dem Balkan) einerseits und einer Bedrohung andererseits; letzteres vor allem aus den genannten Gründen. Ob in Europa oder auf dem Balkan, am Schwarzen Meer, im Kaukasus oder in Zentralasien – an allen Punkten berühren

16 Vgl. ebd., S. 21 ff.; Şadi Ergüvenç, Turkey – Strategic Partner of the European Union, in: Foreign Policy (Ankara), 20 (1996) 1–2, S. 10 ff.; A new „security architecture“, in: Briefing, Nr. 1121 vom 16. 12. 1996, S. 5; A. Engin Oba, Turkey and Western Security in the New Era of International Relations: A Political and Sociological Appraisal, in: Foreign Policy (Ankara), 17 (1993) 1–2, S. 39–65.

17 Turkish Daily News (Ankara) vom 19. 12. 1996.

18 Zur Bestandsaufnahme nach einem Jahr Zollunion siehe: A marriage of convenience gone sour?, in: Briefing, Nr. 1121 vom 16. 12. 1996, S. 3–4; vgl. Turkey smarting after two blows from Europe, in: Briefing, Nr. 1109 vom 23. 9. 1996, S. 11.

19 Vgl. Olgan Bekar, Nato's Enlargement – Russia and Turkey, in: Eurasian Studies, 3 (1996) 1, S. 65–79; Ali L. Karaosmanoglu, Nato Enlargement – does it Enhance Security?, in: Foreign Policy (Ankara), 20 (1996) 1–2, S. 23–33.

20 Vgl. A. L. Karaosmanoglu, ebd., S. 28; The implications of expansion for Turkey's ties with Russia, in: Briefing, Nr. 1114 vom 28. 10. 1996, S. 10.

21 Vgl. Financial Times vom 20. 1. 1996; FAZ vom 30. 1. 1996.

22 Vgl. Ş. Ergüvenç (Anm. 16), S. 18–21; In foreign policy, too, credibility is everything, in: Briefing, Nr. 1110 vom 30. 9. 1996, S. 6–7; Mahmout Bali Aykan, Turkish Perspectives on Turkish-US Relations Concerning Persian Gulf Security in the Post-Cold War Era: 1989–1995, in: Middle East Journal, 50 (1996) 3, S. 344–358.

sich oder widerstreiten türkische und russische Interessen. Allgemein wird Rußland unterstellt, den Versuch zu machen, seinen alten Status als Supermacht wiederherzustellen. Die Auseinandersetzung um die Rohstoffe Zentralasiens und ihre Exportrouten, in der Moskau alle ihm zur Verfügung stehenden Register gezogen hat, wird in diesem Zusammenhang als einschlägiges Beispiel zitiert<sup>23</sup>.

Das trotz aller ungelösten Probleme enorme außenpolitische Selbstbewußtsein und der bei allen unterschiedlichen Akzentsetzungen bestehende Konsens wird durch Umut Arık auf den Punkt gebracht: „Turkey has moved on from its marginal position of merely being a southern flank country of NATO to become a common centre and platform where what we can briefly call rings of Eurasian regional security are emerging. Central and Eastern Europe, the Balkans, the Black Sea region and the Caucasus, Eastern Mediterranean, the Middle East and Central Asia, all of these circles of security are clamped together and intersect where Turkey is located.“<sup>24</sup> Tatsächlich erstreckt sich die Debatte auch auf alle benachbarten Regionen. Mit Bezug auf Zentralasien wird zwar die Vorstellung einer politischen Union der turksprachigen Staaten als unrealistisch, ja kontraproduktiv verworfen; Aufbau und Stärkung einer politischen Solidarität aber werden angestrebt<sup>25</sup>. Im Mittleren Osten eröffnet der Friedensprozeß Möglichkeiten einer breiten türkisch-israelischen Zusammenarbeit, ohne die Beziehungen zu den Arabern, die freilich nach 1990 durch eine Reihe von Faktoren getrübt waren, weiter zu belasten<sup>26</sup>. Mit Blick auf die Sicherheitspolitik im Mittelmeer fordert die Türkei als Mitglied der NATO und assoziierter Partner der WEU eine gleichberechtigte Rolle<sup>27</sup>. Und auf dem Balkan sieht sich Ankara in der besonderen Verantwortung für die Stabilität in der Region sowie für den Schutz der dort lebenden Türken und Muslime. Die guten Beziehungen, die die Türkei zu den meisten Balkanstaaten aufgebaut hat, werden als gute Voraussetzung dafür gesehen<sup>28</sup>.

Parallel zu der skizzierten Diskussion unter professionellen Außenpolitikern hat in islamistischen Kreisen ein eigenständiges Nachdenken über die

Standortbestimmung der Türkei eingesetzt. Anders als bei den Laizisten, die die „Interessen“ und die konkrete internationale Konstellation in den Mittelpunkt stellen, ist die islamistische Argumentation vom Rückgriff auf die Tradition bestimmt. Ausgangspunkt ist die wieder zutage tretende Eigentümlich- und Eigenständigkeit der Türkei. Mit dem Ende des Osmanischen Reiches, das die islamisch-türkische Tradition verkörpert habe, habe sich die Türkei dem Westen ausgeliefert. Sie wurde so politisch, wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und kulturell ein Anhängsel desselben; eines Westens, den sie niemals erreichen konnte und der sie niemals ehrlich an- und aufnahm. So fällt der verklärende Blick wieder auf das Osmanische Reich zurück. Nicht als eine imperiale Größe, aus der sich unbedingt eine außenpolitische Verpflichtung ergäbe, türkischen Einfluß wieder erwachsen zu lassen, wo die Osmanen weiland herrschten. (Andeutungen dazu finden sich freilich gelegentlich.) Vielmehr geht es um die Wiederaneignung einer eigenständigen Identität im Lichte von Tradition und Religion. „Neo-osmanisches“ Denken impliziert auch die Forderung, jede Form von außenpolitischer Fremdbestimmung abzustreifen und eine eigenständige Rolle in dem Umfeld wahrzunehmen, innerhalb dessen sich die Türken seit ihrer Landnahme in Kleinasien hineingestellt gesehen hätten.

---

#### IV. Die Türkei vor einer außenpolitischen Kehrtwende?

---

Was die Diskussion, die hier nur angedeutet werden konnte, reflektiert, ist das zentrale Anliegen, das der Gestaltung der Außenpolitik eines Landes zukommt, das sich insgesamt am Beginn eines tiefgreifenden Auf- und Umbruchs weiß und dabei ist, seine Rolle und seinen Standort neu zu bestimmen. Unvermeidlich stellt sich dabei die Frage nach Anspruch und Wirklichkeit. Wird die türkische Staatsführung eine berechenbare Politik im Sinne der angedachten Konzepte verfolgen? Und wird die Türkei die Rolle eines stabilisierenden Moderators spielen, die ihr die außenpolitische Elite beimißt? Oder wird sie nicht im anderen Falle Teil der Probleme, Spannungen, Krisen und Konflikte werden, von denen sie umgeben ist? Was sind gleichsam die Bedingungen für die Berechenbarkeit, die die türkische Außenpolitik über Jahrzehnte ausgezeichnet hat – jetzt mit Blick auf die Zukunft angesichts der Wandlungen innerhalb des internationalen Systems?

23 Vgl. U. Arık (Anm. 13), S. 5–7.

24 Ebd., S. 8.

25 Vgl. K. Kirişçi (Anm. 15), S. 28 f.

26 Vgl. Ramazan Gözen, Patterns in Turkish Foreign Policy Behaviour towards the Middle East, in: Foreign Policy (Ankara), 19 (1995) 1–2, S. 70–100.

27 Vgl. Seyfi Taşhan, MENA Region – a Perspective from Ankara, in: Foreign Policy (Ankara), 19 (1995) 3–4, S. 39–47.

28 Vgl. U. Arık (Anm. 13); siehe auch das Interview von Seyfi Taşhan, in: Turkish Daily News vom 19. 12. 1996.

Voraussetzung einer Außenpolitik, die sich an den Interessen des Landes orientiert, konzeptuell abgestützt ist, den internationalen Realitäten entspricht und zugleich durchsetzungsfähig ist, ist die Herstellung stabiler Regierungsverhältnisse und die Lösung einer Reihe von grundlegenden Problemen, die in den neunziger Jahren immer deutlicher hervorgetreten sind. Mit dem Tod von Präsident Turgut Özal (April 1993) tat sich ein dramatischer Widerspruch zwischen den zu bewältigenden neuen Herausforderungen an die Politik des Landes im Inneren und nach außen und der Führungsschwäche des Zentrums, d.h. der türkischen Regierung, auf<sup>29</sup>. Die Demokratisierung des Landes, Grundvoraussetzung einer stabilen Partnerschaft mit dem Westen, wurde nur eben so weit vorangetrieben, um die Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu zu bringen, ihre Bedenken gegen eine Zollunion der EU mit der Türkei zu überwinden. In der kurdischen Frage konnten sich die jeweiligen Regierungen nicht gegen die Auffassung des Militärs durchsetzen, es handle sich dabei nur darum, den Terror der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) mit Gewalt zu bekämpfen. So kam es auch nicht zu Ansätzen einer politischen Lösung. Daneben schließlich begann, spätestens mit den Ereignissen von Sivas im Juli 1993, eine weitere Verwerfungslinie im Inneren der Türkei zutage zu treten: die wachsende Spannung zwischen konservativen, chauvinistischen und sunnitisch-islamischen Kreisen auf der einen und der religiösen Minderheit der Aleviten, einer aus dem schiitischen Islam hervorgegangenen Sekte, deren Anhänger politisch eher links zu stehen pflegten, auf der anderen Seite. Letztere müssen befürchten, wieder in jenen Status politischer und gesellschaftlicher Marginalität zurückgedrängt zu werden, aus dem sie erst durch die Einführung des Laizismus befreit worden waren<sup>30</sup>.

Stagnation und Verfall in der türkischen Innenpolitik haben negativ auf die Außenpolitik zurückgewirkt. Sie haben die Beziehungen zu Europa (aber auch zu den USA) in wachsendem Maße belastet. Eine Türkei, die in Sachen Demokratie, Menschenrechte und Behandlung von Minderheiten unübersehbare Defizite hatte, war kaum als politisches Modell zu vermitteln. Das Kurdenproblem hat die Stellung der Türkei insbesondere auch gegenüber jenen Mächten in der Region geschwächt, die ein Interesse an der Destabilisierung des Landes haben.

29 Siehe das Interview des prominenten konservativen türkischen Politikers Kamuran Inan, *Mistakes at home cause weaknesses in foreign policy*, in: *Turkish Daily News* vom 6. 1. 1997.

30 Vgl. dazu zusammenfassend U. Steinbach (Anm. 6), S. 373–386.

Die Orientierungslosigkeit türkischer Administrationen seit 1993 hat Populismus an die Stelle von Politik treten lassen. Dies gilt insbesondere – wenn auch nicht ausschließlich – für Tansu Çiller, die von 1993 bis 1995 an der Spitze der türkischen Regierung stand. Ob der Konflikt in Bosnien, das Verhältnis zu Athen, die Spannungen mit Syrien wegen der Verteilung des Euphrat-Wassers oder die Probleme auf Zypern – kaum eines der sensiblen außenpolitischen Themen wurde ausgespart, zu innenpolitischen Zwecken mißbraucht zu werden. Das gilt auch für die Beziehungen zur EU. Für diese Art der „Politik“ hier nur ein Beispiel: Am Abend des 12. März 1995 überfielen unbekannte Bewaffnete im Istanbuler Stadtteil Gaziosmanpaşa vier Teehäuser und eröffneten das Feuer. Zwei Menschen alevitischen Glaubens (der Stadtteil ist stark von Aleviten bewohnt) wurden tödlich getroffen. Im Anschluß daran kam es zu tagelangen Demonstrationen in Istanbul und Ankara. Etwa dreißig Menschen verloren dabei ihr Leben. An den ins Kraut schießenden Spekulationen über die Täter und ihre Motive beteiligte sich auch die Ministerpräsidentin: Sie beschuldigte Griechenland, hinter den Anschlägen zu stehen.

Populistische außenpolitische Rhetorik hat das Verhältnis mit Griechenland besonders beschädigt. Nicht, daß die Schuld für die teilweise dramatische Verschlechterung der Beziehungen allein Ankara anzulasten wäre! Auch die griechische Seite hat es an provozierenden Gesten und Verlautbarungen nicht fehlen lassen. Anders aber als früher hat Ankara nicht die Zurückhaltung geübt, die sonst dort angeraten zu sein schien. Daß die Türkei die Auseinandersetzung um den Status kleiner und kleinster Eilande vor der türkischen Küste wieder aufgenommen hat, war politisch überflüssig und wesentlich mit deren Propagandawert für politische Rhetorik – nicht nur der Regierung – zu erklären. Auch die Auseinandersetzung um Zypern ist vor diesem Hintergrund zu sehen: Wenn der Beschluß der zyperngriechischen Regierung, russische Luftabwehrraketen vom Typ S 300 auf der Insel zu stationieren, als solcher provokatorisch wirken mußte, so hat die Bemerkung des Sprechers des amerikanischen Außenministeriums, der die „wilden und dramatischen“ Äußerungen in Ankara, die „von keinem vernünftigen Mitglied der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden“, bedauerte, den Nagel auf den Kopf getroffen<sup>31</sup>. Die Reaktion Ankaras hatte ohne Zweifel eine populistische Einfärbung.

31 FAZ vom 11. 1. 1997; vgl. Will renewed tension restart peace process?, in: Briefing, Nr. 1104 vom 19. 9. 1996, S. 11. Vgl. auch das Konzeptpapier des Foreign Policy Institute (Ankara), *Towards a Solution in Cyprus*, in: *Foreign Policy (Ankara)*, 20 (1996) 3–4, S. 119–122.

Die Spannungen mit Griechenland – wiewohl von Ankara nicht allein verschuldet – haben die außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Türkei spürbar eingeschränkt. Nicht nur geriet man seit 1993 einige Male hart an den Rand einer militärischen Konfrontation; und nicht nur hat es Ankara nicht vermocht, die bei der EU bestehenden Frustrationen über die Verweigerungspolitik Athens gegenüber der Türkei im eigenen Interesse umzumünzen. Im Gegenteil, die Politik Athens hat den Graben zwischen der EU und der Türkei nur weiter vertieft: Die Verärgerung der Türken über die destruktive Haltung der EU der Türkei gegenüber hat die ohnehin einsetzende Kritik an den Modalitäten der Zollunion nur noch zugespitzt und so die Forderung nach einer grundlegenden Revision derselben weiter verschärft. Daß damit auch Wasser auf die Mühlen derer geleitet wird, die eine Alternative zur Ausrichtung auf Europa suchen, ist unübersehbar.

Als die EU sich durch griechischen Druck abringen ließ, sechs Monate nach Abschluß der Folgekonferenz von Maastricht mit Zypern – und das heißt für Ankara nur mit der zypriergriechischen Administration – Verhandlungen über einen Beitritt zur EU zu führen, steigerte sich die Enttäuschung zur Erbitterung. Die Drohung, für diesen Fall werde man den türkischen Teil der Insel mit dem „Mutterland“ vereinigen, sollte ernst genommen werden. Ein solcher Schritt aber wäre nicht nur ein tiefer Einschnitt in die Beziehungen der Türkei zu Europa; er wäre möglicherweise ein Wendepunkt der türkischen Außenpolitik insgesamt.

Die Warnung vor Populismus in der türkischen Außenpolitik schließt auch die Warnung vor der Versuchung ein, überkommenen „Pan“-Konzepten größeren Raum einzuräumen. Pan-Türkismus und Pan-Islamismus waren schon im Schwange, als die türkische Elite über Alternativen zu dem wankenden Osmanischen Reich nachdachte<sup>32</sup>. Nüchtern und mit historischem Erfolg konzentrierten sich demgegenüber die Gründer der Türkischen Republik um Mustafa Kemal Atatürk auf die Schaffung des türkischen Nationalstaates in den heutigen Grenzen. Darauf, daß Konzepte wie Osmanismus bzw. ein engeres Zusammenrücken der turksprachigen Staaten erörtert werden, ist schon hingewiesen worden. Hinter den Kulissen haben weitreichende Vorstellungen aber durchaus ihre Verfechter; in türkisch-nationalistischen und islamistischen Kreisen des türkischen Parteienspektrums finden ein engerer Zusammenschluß der „türkischen Welt“ und die Wiedervereinigung der

„islamischen Gemeinschaft“ (türkisch: ümmet) bis hin zur Wiedererrichtung des Kalifats durchaus ihre Verfechter. Indizien für pantürkische und panislamistische Aktivitäten sind im Kaukasus (Tschetschenien) und Zentralasien, aber auch auf dem Balkan sichtbar. Und das öffentlich vorgetragene Argument, die Türkei müsse den Norden des Irak (wo die türkische Armee ohnehin nahezu permanent operiert) unter anderem deswegen anneklieren, da dort zwei Millionen (eine bewußt grob aufgeblähte Zahl) Turkmenen lebten, läßt andeutungsweise erkennen, was eine populistische Politik auf der Grundlage von „Pan“-Ideologien anrichten könnte.

Nicht zuletzt auch die Problematik des Wassers von Euphrat und Tigris gehört in diesen Zusammenhang. Der häufig gezogene Vergleich des Wassers mit dem Erdöl wird zwar in der türkischen Öffentlichkeit gern gehört, ruft aber auf arabischer Seite Empörung hervor<sup>33</sup>. In dem Maße, in dem die Tatsache des steigenden Wasserbedarfs der Türkei, Syriens und des Irak mit den politischen Problemen der Beteiligten untereinander (insbesondere Syriens und der Türkei) vermischt wird, entsteht ein politischer Sprengstoff, der einen bewaffneten Konflikt nicht ausgeschlossen erscheinen läßt. Daß das 1996 geschlossene türkisch-israelische Abkommen über Zusammenarbeit im militärischen Bereich die Spannungen in der Region eher hat anwachsen lassen, bedarf kaum einer Begründung<sup>34</sup>.

---

## V. An den Beziehungen arbeiten!

---

Eine Politik Ankaras, die sich verstärkt um Ausgleich und Zusammenarbeit im islamischen Kontext bemüht, sollte im Westen mit behutsamem Abwarten begleitet werden. Waren es doch westliche Politiker selbst, die immer wieder von der Brückenfunktion der Türkei zur islamischen Welt gesprochen haben. Wenn nun der türkische Mini-

---

33 Vgl. dazu U. Steinbach (Anm. 6), S. 273–277; vgl. auch Rainer Durth, Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat, in: *Orient*, 36 (1995) 4, S. 649–662.

34 Zur Entwicklung der türkisch-israelischen Beziehungen in den letzten Jahren vgl. Udo Steinbach, Die Freundschaft der zwei Großen. Die Türkei und Israel entdecken immer mehr gemeinsame Beziehungen, in: *der überblick*, 31 (1995) 4, S. 61–63; Ramazan Gözen, Patterns in Turkish Foreign Policy Behaviour towards the Middle East, in: *Foreign Policy (Ankara)*, 19 (1995) 1–2, S. 70–100, hier: 87–89; ders., The Turkish-Iraqi Relations: From Cooperation to Uncertainty, in: *Foreign Policy (Ankara)*, 19 (1995) 3–4, S. 49–98, beinhaltet auch die Wasser- und die Kurdenfrage im Rahmen der türkisch-irakischen Beziehungen.

32 Vgl. Jacob M. Landau, *Pan-Turkism. From Irredentism to Cooperation*, London 1995<sup>2</sup>.

sterpräsident Erbakan und diejenigen Kräfte, für die seine ersten außenpolitischen Schritte stehen, erst einmal versuchen, den Brückenpfeiler in der islamischen Welt zu stärken, so liegt das in der Logik des Bildes. Die mit Blick auf die Zukunft freilich entscheidende Frage ist: Wird diese islamische Wendung der Türkei als Ergänzung zur herkömmlichen Orientierung auf den Westen und Europa verstanden, oder läuft sie letztlich auf eine Abkehr hinaus; wäre sie somit der Beginn eines Ausstiegs?

Letzteres ist eher unwahrscheinlich; und sei es nicht zuletzt auch deshalb, weil sowohl das Militär als auch die türkische Wirtschaft über ein großes Gewicht verfügen, das die Außenpolitik auf Westkurs zu halten bemüht sein wird. Auch das Außenministerium selbst mit seiner tief verwurzelten Europa zugewandten Tradition dürfte weiterhin einen zentralen Faktor bei der Gestaltung der Grundorientierung der türkischen Außenpolitik darstellen.

Das größte Problem ist, daß Europa und die Türkei in eine Vertrauenskrise geraten sind, die auf beiden Seiten über jene Kreise hinausgeht, die seit eh und je der anderen Seite kritisch bis ablehnend gegenübergestanden haben. Europa verengt seine Politik gegenüber der Türkei auf deren Defizite, was Menschenrechte, Demokratie und die Kurdenfrage betrifft. Die politische Elite der Türkei (getragen von einer immer breiteren Öffentlichkeit) läßt sich von dem Gefühl treiben, von Europa nur noch herumgestoßen zu werden. Beide Seiten haben weder eine langfristige Vision über ihre Beziehungen, noch sind sie bemüht, einander mit aufrichtigem Verständnis zu begegnen.

Die türkische Elite müßte sich darüber im klaren sein, daß eine wie immer geartete Alternative zu Europa eine gefährliche Option ist. In einer Region gelegen, die die türkische Außenpolitik zu einem „Alptraum von 360 Grad“ macht<sup>35</sup>, liefe das Land Gefahr, sich einer Moderatorenrolle zu begeben und Teil der Probleme dieser Region zu werden – mit kaum absehbaren Verwicklungen auf dem Balkan, im Kaukasus (einschließlich Spannungen mit Rußland) und mit den arabischen Nachbarn. Europa muß sich eben dieser Tatsache bewußt sein, daß eine solche Türkei zu einem

Risiko für die regionale Stabilität und damit für die Sicherheit Europas würde. Daß die Türkei versuchen könnte, die USA als eine Art Gegengewicht zu Europa aufzubauen, ist oben angedeutet worden. Bei Licht besehen, erscheint dies eher unrealistisch; nicht zuletzt auch deshalb, da sich Washington in der letzten Zeit der kritischen Einschätzung Europas, was die Türkei betrifft, eher angenähert zu haben scheint. (Gerade das freilich könnte Washington dazu bringen, den Wunsch Ankaras, Vollmitglied in der EU zu werden, nachdrücklicher zu unterstützen als in der Vergangenheit<sup>36</sup>.)

Von diesen grundlegenden Einsichten sollten starke Impulse ausgehen, den Schwierigkeiten in den türkisch-europäischen Beziehungen endlich ein Ende zu setzen. Dabei muß Deutschland aus vielerlei Gründen für die europäische Seite eine Art Leitfunktion übernehmen. Und sei es nur deshalb, weil es mit der Türkei durch über zwei Millionen von dort stammender Mitbürger unauflöslich verbunden ist. Die Türkei zu verlieren würde bedeuten, auch einen Teil von ihnen zu verlieren – wenn nicht physisch (denn sie werden hierzulande bleiben), so doch gesellschaftlich und kulturell. Einer abdriftenden Türkei würde eine Verstärkung der Abgrenzungstendenzen eines Teils der türkischen Bevölkerung hierzulande entsprechen.

So gilt es, eine Plattform für einen umfassenden deutsch(europäisch)-türkischen Dialog zu schaffen. Was mit anderen europäischen Staaten und den USA über viele Jahre systematisch gepflegt wurde, muß nun auch gegenüber der Türkei praktiziert werden. Der geschichtliche Umbruch hat es mit sich gebracht, daß die Türkei heute den gleichen Stellenwert hat, den andere Länder in unserer nächsten, näheren und weiteren Umgebung haben. Eine umfassende Bestandsaufnahme und ein umfassender Austausch über all das, mit dem wir, die Europäer und die Türken, uns im 21. Jahrhundert gemeinsam konfrontiert sehen, wären das Anliegen. Daraus müßten Handlungsperspektiven erwachsen, die zukunftsorientiert sind. Es wäre, wie es der Direktor des Foreign Policy Institute in Ankara genannt hat, ein „Bosporos bargain“<sup>37</sup>.

35 So in International Herald Tribune vom 18. 5. 1995.

36 Vgl. FAZ vom 1. 2. 1997.

37 Anm. 17.



# Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union – ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft?

Seit Januar 1996 nimmt die Türkei in den Außenbeziehungen der Europäischen Union eine Sonderstellung ein. Sie ist das einzige Land, das eine Zollunion mit der EU gebildet hat, ohne zuvor die Mitgliedschaft zu erwerben. Bedeutet diese Sonderstellung einen Dauerzustand in den künftigen Beziehungen der Türkei zur EU oder nur eine Übergangsphase bis zur Vollmitgliedschaft? Im folgenden werden die politischen und ökonomischen Folgen der Zollunion sowie die Perspektiven einer künftigen EU-Vollmitgliedschaft der Türkei erörtert.

## I. Die Zollunion – ein Politikum

Als das Europäische Parlament am 13. Dezember 1995 die zuvor getroffene Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei über die Bildung einer Zollunion ratifizierte, wurde dies in den türkischen Medien als ein großartiger politischer Etappensieg auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft gefeiert. Die Schlagzeile der Wirtschaftszeitung *Euro-Turk Trade* ist exemplarisch für die Meldungen in der türkischen Presse über die mit Spannung erwartete Abstimmung im Europäischen Parlament: „Customs Union approved: next step is full membership.“<sup>1</sup> Die damalige Ministerpräsidentin *Tansu Çiller* sprach sogar von einer historischen Entscheidung: „Through the Customs Union with the EU, Turkey has fulfilled a 30 years old aspiration.“<sup>2</sup>

Dieser Enthusiasmus über die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist nur dadurch zu erklären, daß die Frage der Zollunion von der türkischen politischen Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren zu einer Vorentscheidung über die künftige EU-Mitgliedschaft hochstilisiert und damit in den Mittelpunkt der seit längerem anhaltenden Debatte über die kulturelle Identität und die außenpolitische Orientierung des Landes gerückt wurde. Die proeuropäische Koalition von

„Kemalisten“<sup>3</sup> aus konservativen und sozialdemokratischen Parteien stand dabei in einer doppelten Frontstellung zu den „antieuropäischen“ Islamisten einerseits und zu der „antitürkischen Fraktion“ des Europäischen Parlaments andererseits, d. h. zu der Gruppe von grünen und sozialistischen Europaabgeordneten, die wegen des Defizits an Menschenrechten und Demokratie die Zollunion mit der Türkei ablehnten. *Tansu Çiller* konnte letztendlich diese beiden Fronten erfolgreich gegeneinander ausspielen, indem sie an die Furcht der Europäer vor dem sogenannten islamischen Fundamentalismus appellierte: „Fundamentalism is only going to be a threat if Turkey is left out of Europe. I think Europe needs Turkey if it does not want the forces of fundamentalism to move up to its borders.“<sup>4</sup> Es ist eine Ironie der türkischen Innenpolitik, daß dieselbe Vorsitzende der *Partei des Rechten Weges (Doğruyol Partisi = DYP)* bereits sieben Monate nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments am 28. Juni 1996 eine Koalitionsregierung mit der islamistischen *Refah-Partei (RP)* *Erbakans* bilden sollte. Als das Abstimmungsergebnis des Europäischen Parlaments mit 343 Ja-Stimmen gegen 149 Nein-Stimmen und 36 Enthaltungen bekanntgegeben wurde, war das jedenfalls noch ein historischer Sieg der „Kemalisten“ gegen die „Islamisten“.

Tatsächlich ist die Vereinbarung einer Zollunion zwischen der Türkei und der EU vom 6. März 1995, die am 13. Dezember desselben Jahres vom Europäischen Parlament ratifiziert wurde und am 1. Januar 1996 in Kraft trat, keineswegs „das bedeutendste Abkommen der Geschichte der Türkischen Republik“, wie dies in einem offiziellen Organ der türkischen *Generaldirektion für Medien*

3 „Kemalismus“ beinhaltet die sechs vom Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk propagierten politischen Prinzipien (Republikanismus, Nationalismus, Populismus, Etatismus, Laizismus und Reformismus), die 1938 in Art. 2 der Verfassung festgeschrieben wurden. In der heutigen politischen Debatte wird der „Kemalismus“ weitgehend mit dem „Laizismus“ im Sinne der Kontrolle der Religion durch den Staat gleichgesetzt.

4 Turkey: The Customs Union with Europe. Rumbles in the east as the gate opens, in: *Financial Times* vom 22. 1. 1996, S. 23.

1 *Euro-Turk Trade*. Monthly Economic Newspaper, January 1996, S. 1.

2 Ebd.

und Information proklamiert wurde<sup>5</sup>. Diese Vereinbarung war vielmehr der längst fällige Vollzug eines im Assoziationsabkommen<sup>6</sup> von 1963 zwischen der damaligen EWG und der Türkei vorgesehenen Schrittes. In diesem Abkommen wurde die stufenweise Errichtung einer Zollunion im Verlauf der sogenannten Übergangsphase des Assoziationsverhältnisses vereinbart, wobei diese Phase nicht länger als zwölf Jahre dauern durfte<sup>7</sup>. Da das Abkommen am 1. Dezember 1964 in Kraft trat, hätte die Zollunion – eingerechnet die ebenfalls vereinbarte fünfjährige Vorbereitungsphase – eigentlich bereits 1981 errichtet werden sollen. In jenem Jahr wurde aber das Assoziationsverhältnis der Gemeinschaft mit der Türkei wegen der Militärintervention vom 12. September 1980 bis auf weiteres eingefroren.

Für die um 15 Jahre verspätete Errichtung der Zollunion gibt es zwar viele ökonomische und politische Gründe. Bis 1980 lag der Hauptgrund jedoch darin, daß dieses Projekt in einem krassen Widerspruch zu der ebenfalls 1963 initiierten langfristigen Wirtschaftsplanung in der Türkei stand, wobei die Importsubstitution und die Protektion der heimischen Industrie die wichtigsten strategischen Elemente der jeweiligen Fünfjahres-Entwicklungspläne bildeten<sup>8</sup>. So heißt es in einer Studie der „Staatlichen Planungsorganisation“ in Ankara zur Vorbereitung des Dritten Fünfjahresplanes 1973–1978, daß die Verpflichtungen aus dem Assoziationsabkommen, den schrittweisen Zollabbau betreffend, „die Aufstellung des Dritten Fünfjahres-Entwicklungsplanes im Sinne des Grundgesetzes und in der Weise, wie die Wirtschaftstheorie dies für die unterentwickelten Länder vorschreibt, unmöglich werden ließ(en)“<sup>9</sup>.

Die ab 1980 in der Türkei vollzogenen Wirtschaftsreformen, insbesondere die außenwirtschaftliche Öffnung des Landes<sup>10</sup>, ließen zwar die Zollunion mit der EU als eine konsequente Fortsetzung dieses Reformkurses erscheinen, doch lag es seither vornehmlich an innen- und außenpolitischen

Gründen, daß das Projekt trotz des Drängens der Türkei nicht zu einem baldigen Abschluß gebracht werden konnte. Der *Assoziationsrat EG-Türkei*, der sich aus Regierungsvertretern der Gemeinschaft und der Türkei zusammensetzt und die Durchführung des Assoziationsverhältnisses überwacht, trat nach der Militärintervention vom September 1980 erstmals im September 1986 wieder zusammen, ohne jedoch nennenswerte Beschlüsse über die Fortentwicklung der Assoziationsbeziehung zu fassen. Verhandelt wurden dort vornehmlich die Mängel bei der Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei sowie Menschenrechtsverletzungen einerseits und die griechischen Vorwürfe wegen der türkischen Zypernpolitik andererseits. Auf einer erneuten Tagung des Assoziationsrates, die für den 25. April 1988 geplant war, sollte über die Blockierung der acht Jahre zuvor vereinbarten Finanzhilfe der Gemeinschaft an die Türkei in Höhe von 600 Mio. Ecu beraten werden, zumal das Veto Griechenlands nach einem Treffen des türkischen Premiers *Turgut Özal* mit seinem griechischen Amtskollegen *Andreas Papandreou* im Januar 1988 in Davos aufgehoben zu werden schien.

Da jedoch in der von den EG-Vertretern vereinbarten Eingangserklärung die Zypernfrage als „die Beziehungen zwischen der Türkei und der EG berührend“ bezeichnet wurde, versagte die türkische Regierung der geplanten Tagung ihre Zustimmung<sup>11</sup>. Seither hat der Assoziationsrat mehrmals getagt und eine Reihe von Hürden der Zollunion aus dem Weg geräumt. Doch ein endgültiger Beschluß scheiterte stets am Veto Griechenlands, das von der Türkei politische Konzessionen in der Zypernfrage im Gegenzug für seine Zustimmung verlangte. Noch über die Tagung des Assoziationsrates vom 19. Dezember 1994 in Brüssel berichtete die EU-Kommission, „... daß die meisten Verhandlungspunkte hinsichtlich der Errichtung einer Zollunion zwischen der Gemeinschaft und der Türkei geregelt seien... Wegen des Widerstands eines der Mitgliedsstaaten konnte der Assoziationsrat jedoch zu keiner endgültigen Einigung über die Zollunion gelangen.“<sup>12</sup>

Erst auf Drängen des amtierenden Ratspräsidenten der EU und französischen Außenministers, *Alain Juppé*, konnte Griechenland zu einem Einlenken in der Frage der Zollunion bewegt werden, nachdem ihm die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Republik Zypern noch vor der

5 Vgl. Türk Haber Ankara vom 21. 3. 1995, S. 1.

6 Das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei vom 12. 9. 1963, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 29. 12. 1964, Dok. 3687/64 bis 3708/64.

7 Vgl. Art. 4, Abs. 2 des Assoziationsabkommens.

8 Vgl. Şefik Alp Bahadır, Europa und die Türkei. Eine ökonomische Studie, in: Claus Leggewie/Marios Nikolinakos (Hrsg.), Europäische Peripherie. Zur Frage der Abhängigkeit des Mittelmeerraumes von Westeuropa. Tendenzen und Entwicklungsperspektiven, Meisenheim 1975, S. 155–185, bes. S. 165 ff.

9 Başbakanlık Devlet Planlama Teşkilatı, Üçüncü Beş Yıllık Kalkınma Planı ve Ortak Pazar, Ankara 1972, S. 21.

10 Vgl. Angelika Schubert, Politische Ökonomie der Handelsliberalisierung in der Türkei, 1980–1990, Gotha 1996, bes. Teil 1, S. 27 f.

11 Vgl. Detlef Puhl, Die Mittelmeerpolitik der EG. Strukturschwächen des EG-Systems bei der Verwirklichung des Globalkonzepts, Schriftenreihe Europa-Forschung, Bd. 4, Kehl am Rhein–Straßburg 1993, S. 33 ff.

12 Bulletin der Europäischen Union, 12/1994, Ziff. 1.3.62, S. 131.

Wiedervereinigung der Insel in Aussicht gestellt wurde. Auf der erneuten Tagung des Assoziationsrates am 6. März 1995 unter dem Vorsitz *Juppés* wurde schließlich Einvernehmen über die Errichtung der Zollunion erzielt, nachdem die Türkei sich verpflichtet hatte, noch vor der Ratifizierung der Zollunion durch das Europäische Parlament konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die „Achtung der demokratischen Grundsätze“ zu gewährleisten, und zwar durch die entsprechende Änderung der von der Militärregierung 1982 eingeführten Verfassung sowie des berüchtigten Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus<sup>13</sup>.

Während des Sommers 1995 hat die Türkei tatsächlich solche Verfassungs- und Gesetzesänderungen vorgenommen<sup>14</sup>, die u. a. die unmittelbare Entlassung von mehr als 70 politischen Gefangenen zur Folge hatten. Für die grünen und sozialistischen Fraktionen des Europäischen Parlaments blieben diese Maßnahmen jedoch weit hinter den türkischen Zusagen zurück. Die Ratifizierungsdebatte im Parlament zeigte übrigens wieder einmal deutlich, daß dort politischen und strategischen Themen eine weit größere Bedeutung beigemessen wird als den Menschenrechtsfragen. Nach der Ratifizierung der Zollunion blieb der Führerin des Sozialistischen Blocks, *Pauline Green*, nur noch übrig, die Bedeutung dieser Abstimmung herunterzuspielen: „Turkish politicians are trying to convince people that customs union means that Turkey is almost in the European Union. This is nonsense. As far as we are concerned the customs union stands alone. It means that Turkey is a sort of arms-length partner of the EU.“<sup>15</sup>

---

## II. Die Zollunion – eine wirtschaftliche Herausforderung

---

Wirtschaftlich beinhaltet die mit 64 Artikeln und mehreren Anhängen, Noten und Zusatzprotokollen kaum überschaubare Vereinbarung über die Zollunion im Kern den freien Warenverkehr zwischen der EU und der Türkei, die Annahme des EU-Außenzolltarifs und der gemeinschaftlichen Handelspolitik durch die Türkei sowie die Angleichung der türkischen Rechtsvorschriften, insbe-

13 Vgl. Bulletin der Europäischen Union, 3/1995, Ziff. 1.4.65, S. 81 f.

14 Am 23. Juli 1995 wurden im Parlament Änderungen an 16 Artikeln der Verfassung von 1982 vorgenommen, und am 28. Oktober desselben Jahres wurde der Paragraph 8 des Antiterrorgesetzes einer Revision unterzogen.

15 Turkey: The Customs Union with Europe. Membership is the goal, in: Financial Times Survey vom 22. 1. 1996, S. 24.

sondere im Bereich der Wettbewerbsregeln und des Schutzes des geistigen, gewerblichen und kommerziellen Eigentums, an die EU-Normen. Abgesehen von einigen Übergangsregeln und Ausnahmeklauseln, die Ende 1999 auslaufen sollen, ist die türkische Wirtschaft damit in den europäischen Wirtschaftsraum integriert worden. Obwohl der Importwettbewerb in der Türkei seit der außenwirtschaftlichen Öffnung der achtziger Jahre erheblich gewachsen ist, stellt der zollfreie Warenverkehr mit den EU-Ländern für die türkischen Produzenten dennoch eine gänzlich neue Herausforderung dar.

Die Importprotektion der türkischen Produzenten vor der EU-Konkurrenz betrug 1995 im Durchschnitt sechs Prozent. Für die einzelnen Warengruppen lag die Protektion jedoch bei wesentlich höheren Sätzen: neun Prozent für Haushaltsgeräte, 20 Prozent für PKWs und sogar 50 Prozent für Bier und einige andere alkoholische Getränke. Dementsprechend erfreuten sich die meisten türkischen Firmen noch 1995 einer für EU-Standards ungewöhnlich hohen Profitrate von rund 40 Prozent. Durch die Überschwemmung des türkischen Marktes mit billigen Importgütern werden solche hohen Gewinne bald der Vergangenheit angehören. Zum erhöhten Importdruck wird neben der Beseitigung der Zölle auch die vereinbarte Anwendung von strikten EU-Sicherheits- und Konsumentenschutznormen in der Türkei führen. Hinzu kommt die Anpassung der Wettbewerbsregeln an die EU-Normen, woraus sich wiederum ein verbesserter Marktzugang für die EU-Produzenten ergeben wird.

Tatsächlich sind die türkischen Importe in den ersten acht Monaten 1996 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 27,8 Prozent (von 21 537 auf 27 525 Mio. US-Dollar) gestiegen. Es ist jedoch noch verfrüht, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Zollunion das Land in eine ernsthafte Zahlungsbilanzkrise führen wird. Denn in diesem Zeitraum verzeichneten auch die Exporte des Landes einen beachtlichen Zuwachs um immerhin 18,6 Prozent (von 13 494 auf 16 002 Mio. US-Dollar). Zudem ist der Importzuwachs von 27,8 Prozent keineswegs eine einmalige Erscheinung im Außenhandel des Landes. Ein Jahr zuvor (Januar–August 1995) lag der Importzuwachs gegenüber der Vorjahresperiode weit höher, nämlich bei 50,2 Prozent<sup>16</sup>. Deshalb kann bisher von einer dramatischen Entwicklung noch keine Rede sein, obgleich von der Beseitigung der Handelsschranken vorerst nur die europäischen Exporte in die Türkei

16 Vgl. Isbank, Economic Research and Planning Department, Review of Economic Conditions, (1996) 2, S. 5, Tabelle.

profitieren, während die türkischen Exporteure bereits vor der Errichtung der Zollunion zollfreien Zugang zum EU-Markt für die meisten ihrer Absatzgüter genossen. Nach Angaben der EU-Kommission ist die Türkei jedenfalls bereits Ende 1996 zum siebtgrößten Handelspartner der EU (direkt nach Rußland) avanciert und wird in naher Zukunft ihre Position sicherlich noch weiter ausbauen<sup>17</sup>.

Ein Teil der türkischen Industrie hat diese Herausforderung bereits seit längerem angenommen. Es handelt sich hierbei zumeist um die großen kapitalstarken Unternehmensgruppen (*Holdinger*), deren Interessenverband *Turkish Industrialist's and Businessmen's Association (TÜSIAD)* die wichtigste *pressure group* für die Zollunion gewesen ist. Diese in der Zeit der Importsubstitution bis zu den achtziger Jahren und während der folgenden Phase der Exportförderung gewachsenen Firmen drängen ohnehin seit längerem auf Auslandsmärkte und hatten 1994 einen erheblichen Anteil an den türkischen Exporten in die EU-Länder in Höhe von immerhin 8,2 Mrd. US-Dollar. Sie haben in den vergangenen Jahren den technologischen Anschluß an das EU-Niveau weitgehend erreicht und werden von dem zu erwartenden Kapitalstrom aus Europa als potentielle Joint-venture-Partner in erster Linie profitieren. Zu nennen sind hier die Autoindustrie, die Produzenten von dauerhaften Konsumgütern und nicht zuletzt die Textil- und Bekleidungs- sowie die Nahrungsmittelindustrie. Für einen Großteil der mittelständischen und kleineren Produzenten, die zumeist im informellen Sektor operieren, bedeutet die Zollunion jedoch eine Existenzbedrohung. Ein Teil dieser Firmen, die chronisch an Investitionsmangel, technologischem Rückstand bzw. schlechtem Management leiden und deshalb zu sehr hohen Kosten produzieren, wird das eigentliche Opfer der Zollunion sein. Das gilt insbesondere für Firmen, die von der bis vor kurzem florierenden Markenpiraterie profitierten, und für die Hersteller von qualitativ minderwertigen Nahrungsmitteln.

Insgesamt wird die türkische Industrie in den kommenden Jahren einen erheblichen Strukturwandel mit einem starken Modernisierungsschub erfahren. Vor allem wird die Bedeutung der Türkei als Produktionsstandort mit gut ausgebildeten und dennoch billigen Arbeitskräften steigen, und zwar nicht nur für die europäischen Investoren, die bereits mehr als die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen tätigen. Auch die japanischen und U.S.-Investoren werden künftig diesen Pro-

duktionsstandort für den zollfreien Export nach Europa bevorzugen. Autohersteller wie General Motors, Toyota, Honda und Mazda produzieren bereits in der Türkei, und Vertreter anderer Branchen – von Electrolux bis Coca-Cola – bedienen den Nahost-Markt von ihren Standorten in Istanbul aus. Deshalb wird der industrielle Strukturwandel aller Voraussicht nach nur vorübergehend die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit weiter steigen lassen. Mittel- bis längerfristig dagegen wird die türkische Arbeitnehmerschaft sicherlich von der Zollunion profitieren. Die unmittelbaren Nutznießer der Zollunion sind schließlich die türkischen Konsumenten, die künftig bessere Produkte zu niedrigeren Preisen kaufen können.

Aus den Erfahrungen mit der Süderweiterung der EG kann zwar der Schluß gezogen werden, daß die Zollunion insgesamt den Lebensstandard der türkischen Bevölkerung anheben wird. Hier ist jedoch zu bedenken, daß im Falle Portugals, Spaniens und Griechenlands die Integration in den europäischen Markt dadurch wesentlich erleichtert wurde, daß sie als Mitgliedsstaaten erhebliche Hilfen aus den Regional- und Sozialfonds sowie aus anderen Quellen in Brüssel in Anspruch nehmen konnten. Im Falle der türkischen Zollunion hat die EU finanzielle Zuwendungen und Darlehen in einer Gesamthöhe von knapp 1,5 Mrd. Ecu für die ersten fünf Jahre zugesagt. Die Inanspruchnahme seitens der Türkei scheiterte aber bisher am Veto Griechenlands.

---

### III. Die Zollunion – ein erster Schritt?

---

Wird die Türkei irgendwann Vollmitglied der Europäischen Union? Es ist zunächst festzuhalten, daß sie bereits zweimal – 1958 und 1987 – die Vollmitgliedschaft beantragt hat. Beide Anträge wurden zwar abgelehnt, aber nicht definitiv, sondern nur vorläufig in dem Sinne, daß das Land noch nicht reif für den Beitritt sei. Im Jahre 1958 bildete das hohe wirtschaftliche Gefälle zwischen der Sechsergemeinschaft und der Türkei den Ablehnungsgrund. In der Folge wurde das bereits erwähnte Assoziationsabkommen von 1963 abgeschlossen, worin sich die EWG bereiterklärte, „der Türkei während einer bestimmten Zeit eine Wirtschaftshilfe zu gewähren“, die „später den Beitritt der Türkei zur Gemeinschaft erleichtern“ soll<sup>18</sup>. Mit dem zweiten Beitrittsantrag vom 14. April 1987 hat sich die Brüsseler Kommission immerhin

17 Vgl. Turkey: Investment and Finance, Financial Times Survey, in: Financial Times vom 6. 12. 1996, S. I–VI, bes. S. II.

18 Präambel des Assoziationsabkommens von 1963 (Anm. 6).

mehr als zweieinhalb Jahre beschäftigt, um schließlich in ihrem Bericht vom 18. Dezember 1989 festzustellen, daß die Verwirklichung des geplanten Binnenmarktes die höchste Priorität genieße und daher bis 1993 grundsätzlich keine Beitrittsverhandlungen geführt werden könnten. Mit dem Hinweis auf das erhebliche wirtschaftliche Gefälle zwischen der Gemeinschaft und der Türkei wurde in diesem Bericht zugleich empfohlen, vorerst das Potential des Assoziationsabkommens für die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen auszuschöpfen und insbesondere die geplante Zollunion zu verwirklichen.

Auch im Falle eines künftigen Beitrittsantrags der Türkei kann sich die EU nicht grundsätzlich sperren: Je länger die jetzt vereinbarte Zollunion reibungslos funktioniert, desto stärker wird die Position der Türkei im Falle eines künftigen Beitrittsersuchens. Die Erfüllung der Vertragsbedingungen seitens der Türkei in den ersten neun Monaten der Zollunion gibt diesbezüglich durchaus Anlaß zum Optimismus: Die aus Vertretern der EU und der Türkei bestehende Kommission zur Überwachung der Zollunion konnte jedenfalls Anfang Oktober 1996 eine „befriedigende“ Zwischenbilanz ziehen<sup>19</sup>. Dieser Optimismus gilt allerdings lediglich für die ökonomischen bzw. wirtschaftspolitischen Vorbedingungen der EU für einen künftigen Beitritt der Türkei. Was jedoch die politischen Vorbedingungen der EU anbetrifft, so bilden sie nicht nur die eigentlichen Hindernisse für eine baldige Aufnahme der Türkei in die Gemeinschaft, sondern zugleich die wesentlichen Belastungsfaktoren in den aktuellen politischen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei.

### 1. Die Belastungsfaktoren

Es ist vor allem die innenpolitische Lage in der Türkei, die seit der Militärintervention im September 1980 die politisch-diplomatischen Beziehungen zu Europa permanent belastet und zu wiederholten Verurteilungen des Landes seitens der Menschenrechtsorganisationen wie auch im Europäischen Parlament, zuletzt wieder am 19. September 1996<sup>20</sup>, geführt hat. Angeprangert werden dabei eine Reihe von rechtlichen und administrativen Einschränkungen der politischen Betätigung und der freien Meinungsäußerung einerseits und die häufigen Menschenrechtsverletzungen zur Einschüchterung der politischen Opposition sowie bei der Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere

der Kurdischen Arbeiterpartei PKK im Osten des Landes, andererseits.

Die Medien in Europa thematisieren die Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei bei weitem häufiger und legen dabei weit strengere Maßstäbe an als im Falle anderer nächstlicher Staaten wie Ägypten und Syrien, und zwar nicht ohne Grund. Denn die Türkei ist Mitglied in mehreren europäischen und transatlantischen politischen Institutionen wie dem Europarat und der NATO, hat bereits 1987 das Recht auf Individualbeschwerde nach Artikel 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention anerkannt und ist 1989 der Europäischen Anti-Folterkonvention beigetreten. Zudem bilden die Migranten aus der Türkei mit fast drei Millionen die größte Minderheitsgruppe innerhalb der EU-Staaten; die politischen und sozialen Geschehnisse in der Türkei bleiben nicht ohne Folgen auf das Leben und Verhalten dieser Menschen. Die Türkei ist zu nahe an Europa herangerückt und strebt seit Jahren zu vehement die EU-Mitgliedschaft an, als daß sie die Kritik aus Europa mit dem Argument der „Einmischung in innere Angelegenheiten“ abwehren könnte. Doch genau das versucht heute nicht nur die offizielle Türkei, sondern auch ein Großteil der türkischen Medien und der politischen Klasse des Landes.

Es gibt heute keine politische Partei oder Organisation in der Türkei, die nicht für die Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses, für die Einhaltung der Menschenrechte und insbesondere für das Recht auf freie Meinungsäußerung eintritt – zumindest verbal. Es besteht jedoch zugleich eine weit verbreitete Verdrossenheit gegenüber entsprechenden kritischen Forderungen aus Europa. Selbst die intellektuelle Elite des Landes wie auch die breite Öffentlichkeit ist heute geneigt, in der harschen Kritik aus Europa einen scheinheiligen Vorwand zu sehen, hinter dem die Absicht stecke, einem islamischen Land den Zutritt zur europäischen Staatengemeinschaft zu versperren. Dazu gehört auch der häufige Vorwurf des „doppelten Standards“ der EU bei der Anwendung der Kriterien der Demokratie und der Menschenrechte gegenüber der Türkei einerseits und den beitragswilligen mittel- und osteuropäischen Staaten andererseits, denen – im Unterschied zur Türkei – die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen ohne strenge Einhaltung dieser Kriterien in Aussicht gestellt wurde. Vor diesem Hintergrund ist es denn auch zu verstehen, wenn heute die Einstellung von kemalistisch-prowestlichen Intellektuellen und Politikern gegenüber Europa häufig die Züge einer „enttäuschten Liebe“ aufweist, während die Vertreter des politischen Islam mit einer gewissen Genugtuung behaupten können, daß die „schwärmerische Nachahmung“ (*taklit*) Europas von

19 Auskunft von Michele Villani, Europäische Kommission, GD III.

20 Das Europäische Parlament hat an diesem Tag mit 362 Stimmen (bei 23 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen) eine Resolution über die politische Situation in der Türkei verabschiedet, worin das Einfrieren der EU-Hilfe gefordert wurde.

Anbeginn eine außenpolitische Sackgasse für die islamische Türkei gewesen sei.

In Fragen der Demokratie und Menschenrechte besteht das eigentliche Dilemma der Türkei darin, daß in diesen Belangen die Regierung und das Parlament zwar die politische Verantwortung tragen, aber nicht über die volle Entscheidungsfreiheit verfügen. Im Zuge des seit nunmehr zwölf Jahren andauernden Krieges gegen die PKK hat die politische Führung des Landes ihre Souveränität im Bereich der inneren Sicherheit faktisch an den Generalstab der Streitkräfte abgetreten, indem sie die verhängnisvolle Staatsdoktrin verfolgte, wonach es in der Türkei kein Problem der kurdischen Minderheit, sondern nur das Problem des PKK-Terrorismus gibt, dem man nicht mit politischen, sondern nur mit militärischen Maßnahmen entgegentreten kann. Das Festhalten an dieser Staatsdoktrin und die Tabuisierung einer wie auch immer gearteten politischen Lösung führte in der Folge zur Verhängung des Ausnahmezustandes in zahlreichen Ostprovinzen des Landes und damit zur Einschränkung der bürgerlichen Rechte der dortigen Bevölkerung sowie zu bisweilen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Der Primat einer militärischen Lösung versetzt zudem den Generalstab der Streitkräfte in die Lage, grundsätzlich alle Fragen der Demokratie und der Menschenrechte als „die innere Sicherheit des Landes berührend“ zu deklarieren und damit in diesen Fragen das letzte Wort zu behalten bzw. eine „den militärischen Erfordernissen der Terrorismusbekämpfung angemessene“ Entscheidung zu bewirken. Vor diesem Hintergrund ist es denn auch zu erklären, daß in offiziellen Verlautbarungen der türkischen Regierungen oft versucht wird, die zögerlichen Verbesserungen der demokratischen Verhältnisse bzw. der Menschenrechtssituation in der Türkei mit dem Hinweis auf die erschwerten politischen Bedingungen angesichts des PKK-Terrorismus zu rechtfertigen.

Dieses Dilemma der türkischen Regierungen resultiert übrigens aus der Existenz einer eklatant undemokratischen Institution im Zentrum der politischen Macht in Ankara, in der Berufssoldaten faktisch die Richtlinien für Regierungsentscheidungen bestimmen können. Gemeint ist hier der vom Generalstab der Streitkräfte beherrschte „Nationale Sicherheitsrat“. Dieses Gremium wurde gemäß Artikel 118 der Verfassung von 1982 ins Leben gerufen, als die Militärs sich im Herbst 1983 aus der unmittelbaren Regierungsverantwortung zurückzogen, aber das letzte Wort in „Sicherheitsfragen“ des Staates behalten wollten. Ihm gehören neben dem Staatspräsidenten vier Regierungsmitglieder (der Ministerpräsident, die Innen-, Außen- und Verteidigungsminister) sowie

fünf Berufssoldaten (der Generalstabschef<sup>21</sup> und die Oberkommandierenden der drei Streitkräfte sowie der Gendarmerie) an, die in ihren monatlichen Sitzungen „Ansichten über die Bestimmung und Festlegung der nationalen Sicherheitspolitik des Staates, über die ihre Anwendung betreffenden Beschlüsse und über die Sicherstellung der notwendigen Koordination“<sup>22</sup> festlegen. Im Rahmen dieser „vom Nationalen Sicherheitsrat festgelegten Ansichten“ bestimmt dann der Ministerrat die „Richtlinien der nationalen Sicherheitspolitik im Inneren, nach außen und im Bereich der Verteidigung“<sup>23</sup>.

Im Sondergesetz betreffend den Nationalen Sicherheitsrat ist übrigens der Zuständigkeitsbereich dieses Gremiums so weit gefaßt, daß es letztlich selbst entscheiden kann, in welchen Fragen es dem Ministerrat verbindliche „Ansichten“ zur Beschlußfassung vorlegen will. Und nach Artikel 8 dieses Gesetzes ist der Ministerrat dann angehalten, die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrats mit Priorität zu behandeln und die geforderten Beschlüsse zu fassen. „Nationale Sicherheit“ bedeutet nach diesem Gesetz übrigens „den Schutz und die Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung, der nationalen Existenz und der Integrität des Staates sowie seiner politischen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und sonstigen Interessen... auf der internationalen Ebene vor äußeren und inneren Bedrohungen jeder Art“<sup>24</sup>.

Der Nationale Sicherheitsrat als das höchste Entscheidungsgremium im Bereich einer so weit gefaßten Sicherheitspolitik legt somit die Richtlinien der Kurdenpolitik ebenso fest wie die Grenzen, innerhalb derer die Regierung bzw. das Parlament Gesetzesänderungen bzw. institutionelle Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation im Lande vornehmen dürfen.

Insoweit stellt die Abschaffung dieser demokratisch nicht legitimierten Institution heute nicht nur die wichtigste Herausforderung für den Demokratisierungsprozeß in der Türkei, sondern zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die weitere politische Integration der Türkei in die europäische Staatengemeinschaft dar. Es ist aber leider noch nicht abzusehen, wann die demokratischen Kräfte in Parteien und Organisationen der Zivilgesellschaft diese Machtprobe mit der militärischen

21 Dieser untersteht in der Türkei nicht dem Verteidigungsminister, sondern unmittelbar dem Ministerpräsidenten.

22 Artikel 4, Satz a des „Gesetzes betreffend den Nationalen Sicherheitsrat und das Generalsekretariat des Nationalen Sicherheitsrats“ Nr. 2945 vom 9. 11. 1983, in: Resmi Gazete (Staatsanzeiger), Nr. 18218 vom 11. 11. 1983, S. 3–10.

23 Ebd., Artikel 2, Satz b.

24 Ebd., Artikel 2, Satz a.

Führung des Landes aufnehmen werden, zumal die demokratische Legitimität des Nationalen Sicherheitsrats heute noch zu den Tabu-Themen des politischen Diskurses in der Türkei gehört.

Neben der innenpolitischen Lage in der Türkei bilden die türkisch-griechischen Konflikte über den künftigen Status Zyperns und über die Hoheitsrechte in der Ägäis eine zweite permanente Belastung der Beziehungen des Landes zur Europäischen Union. Der Belastungsfaktor ist hier einfach die EU-Mitgliedschaft Griechenlands bzw. die ihm als EU-Mitglied gebotene Option, sein Vetorecht in EU-Entscheidungen als Hebel einzusetzen, um in seinen bilateralen außenpolitischen Konflikten mit dem Nachbarn Türkei einseitige Konzessionen zu erlangen. Die Entwicklung der Assoziationsbeziehung der Türkei mit der Gemeinschaft ist seit dem Beitritt Griechenlands so stark und nachhaltig belastet worden, daß hier eine künftige Besserung nur dann erwartet werden kann, wenn die Konflikte um Zypern und die Ägäis zumindest entschärft werden. Doch ist hier Optimismus nicht angebracht: Gerade seine starke Position als EU-Mitglied verleitet Griechenland zu einer kompromißlosen Haltung auf beiden Konfliktfeldern; und die Türkei ist mit Recht nicht bereit, die Verbesserung seiner Beziehungen zur EU mit einseitigen Konzessionen gegenüber Griechenland zu erkaufen.

## 2. Der politische Islam – ein zusätzlicher Belastungsfaktor?

Zusätzlich zu den genannten Belastungsfaktoren für die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei scheint in jüngster Zeit ein weiterer hinzuzutreten: Der politische Islam wird vielerorts zunehmend zu einer unüberwindlichen Barriere für eine weitere Annäherung der Türkei an Europa hochstilisiert. Dies gilt nicht nur für die europäischen Medien, die oftmals geneigt sind, die Regierungsbeteiligung der *Refah*-Partei mit der Abwendung der Türkei von Europa hin zur islamischen Welt gleichzusetzen. Das gilt auch für einen Großteil der Medien und der politischen Öffentlichkeit in der Türkei, die sogar das Schreckensbild einer islamischen Republik à la Iran an die Wand malen. Solche Vermutungen bzw. Befürchtungen können aber einer nüchternen Analyse des politischen Islam in der Türkei nicht standhalten.

Die Türkei ist fast sieben Jahrzehnte lang der radikalste säkularistische Staat im Vorderen Orient gewesen. Nach der Gründung der Republik wurde nicht nur das Kalifat<sup>25</sup> abgeschafft (1924), die isla-

mischen religiösen Derwischorden verboten (1925) und der Islam als Staatsreligion aus der Verfassung gestrichen (1928); sämtliche Höheren Schulen für islamische Theologie wurden geschlossen, und der Religionsunterricht wurde an den staatlichen Oberschulen (1924), Mittelschulen (1927), Volksschulen (1930) und Dorfschulen (1938) eingestellt. Kurz vor den Wahlen von 1950, die erstmalig in der Geschichte der Republik das Attribut „demokratisch“ verdienten, hat die kemalistische Staatspartei noch versucht, den „antilaizistischen“ Versuchungen der Opposition einen Riegel vorzuschieben: 1949 wurde das Strafgesetzbuch um den Artikel 163 ergänzt, der erst vier Jahrzehnte später wieder gestrichen werden sollte. Dieser drohte Haftstrafen bis zu fünf Jahren für jene an, die die Religion für politische oder persönliche Ziele „mißbrauchten“ oder religiöse Empfindungen zur Schwächung des „laizistischen Prinzips“ ausnutzten. Haftstrafen bis zu sieben Jahren wurden Gründern und Mitgliedern von Organisationen angedroht, die die Errichtung einer politischen, sozialen, juristischen oder wirtschaftlichen Ordnung auf religiöser Grundlage anstrebten. Seit der Streichung dieses Artikels im Jahre 1989 ist insoweit eine Normalisierung der zuvor durch ein antidemokratisches Laizismusverständnis bestimmten politischen Landschaft des Landes zu konstatieren.

Die *Refah*-Partei Erbakans hat von dieser Normalisierung zwar in erster Linie profitiert; ihre Wahlerfolge resultieren jedoch keineswegs aus einer wie auch immer gearteten „Reislamisierung“ der türkischen Gesellschaft. Sie sind vielmehr die Folge des langanhaltenden Substanzverlustes bei den traditionellen konservativen wie auch den sozialdemokratischen Parteien, die angesichts der schwerwiegenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes spätestens seit dem Ende der Regierung Turgut Özal keine Zukunftsperspektiven mehr zu bieten hatten. Auch die *Refah*-Partei Erbakans hat bisher zwar noch nicht viel von dem realisieren können, was sie bei den Wahlen versprochen hat – zumal in einer Koalitionsregierung. Ihrem Aufstieg von einer sektiererisch-islamistischen Kleinpartei zur größten Volkspartei des Landes kommt dennoch bereits heute eine gewisse historische Bedeutung zu: Zum einen ist das klientelistisch-verkrustete türkische Parteiensystem um ein halbes Dutzend Parteiführer ohne nennenswerte Mitgliedschaft so gründlich aufgerüttelt worden, wie seit der Militärintervention von 1980 nicht mehr; aber diesmal eben von den Wählern und damit sicherlich mit positiven Folgen. Zum anderen hat die *Refah*-Partei den anderen islamistisch-politischen Parteien und Gruppierungen im Nahen Osten erfolgreich

25 Kalif = Nachfolger. Titel mohammedanischer Herrscher als Nachfolger Mohammeds.

demonstriert, daß islamische Werte und islamistische politische Forderungen am besten mit demokratischen Mitteln Eingang in die Politik des jeweiligen Landes finden können. Und schließlich ist zu erwarten, daß es der jetzigen Koalitionsregierung *Erbakan-Çiller* gelingen wird, die europäische politische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Intensivierung der politisch-ökonomischen Beziehungen zu anderen islamischen Staaten ebensowenig wie die stärkere Betonung der islamischen Werte in der türkischen Politik eine Abkehr der Türkei von Europa bedeutet.

---

#### IV. Ausblick

---

Eingangs wurde bereits dargelegt, daß ein Großteil des innenpolitischen Spektrums der Türkei einen künftigen EU-Beitritt favorisiert, wobei die Zollunion als ein erster Schritt auf diesem Weg gesehen wird. Einzig die *Refah*-Partei als die tradi-

tionelle Vertreterin der Wirtschaftsinteressen von mittelständischen und kleinen Betrieben in Anatolien opponierte eine Zeitlang gegen die für diese Schichten wirtschaftlich bedrohliche Zollunion. Doch bereits nach dem Wahlsieg vom Dezember 1995 erklärte *Erbakan*, daß die *Refah*-Partei lediglich die Revision einiger Vertragsbestimmungen fordere. Seit der Bildung der Regierung *Erbakan-Çiller* im Juli 1996 wurde auch diese Forderung fallengelassen. Wählerbefragungen haben seither vielfach belegt, daß auch die Mehrheit der *Refah*-Wähler den EU-Beitritt der Türkei gegenüber der Mitgliedschaft in einer künftigen islamischen Wirtschaftsgemeinschaft favorisiert. Deshalb kann hier abschließend die Prognose gewagt werden, daß die seit der Bildung der Regierungskoalition *Erbakan-Çiller* aufgetretenen zusätzlichen Irritationen in den EU-Türkei-Beziehungen bald vorüber sein werden. Eine solche Vorhersage erscheint hinsichtlich der eigentlichen Belastungsfaktoren, die mit den Problemen der Demokratie und der Menschenrechte in der Türkei sowie mit dem Veto-recht Griechenlands zusammenhängen, heute leider kaum möglich.



# Zur Kurdenproblematik in der Türkei

---

## I. Einführung

---

Das häufig in den Medien verbreitete Bild der Kurden ist das des Opfers und des Fremden im eigenen Land. Ein jüngstes Beispiel ist der Bericht von Jonathan Rugman im Zeit-Magazin mit bedrückenden Bildern von Kurden in der Türkei<sup>1</sup>: von Flüchtlingen aus dem Irak im Jahr 1991, von den „Verfluchten“ – den „zwischen allen Fronten“ geratenen Kurden, von Frauen und Männern, die von „den überforderten türkischen Soldaten“ als „potentielle Terroristen“ angesehen werden, von den „Fremden im eigenen Land“ und von dem „Krieg den Hütten“ mit niedergebrannten Dorfhäusern. Das Leiden der Kurden scheint bekannt zu sein, jedoch sind dessen genaue soziale Ursachen und komplexe Entwicklung vielen unverständlich oder werden nur verschleiert wiedergegeben.

Die Kurden gehören zu den alteingesessenen Völkern des Nahen Ostens, die sich einerseits mit anderen Völkern gemischt, andererseits aber immer eine „eigene Identität“ behauptet haben. Was diese Identität bedeutet, wen sie heute bezeichnet und zu welchen Konsequenzen das Bemühen um die Behauptung ihrer Identität führt, ist das Thema dieses Beitrags.

Heute zählt man zwischen 24 und 27 Millionen Kurden im Nahen Osten. Fast die Hälfte davon lebt in der Türkei, die übrigen verteilt auf fünf Länder: Irak, Iran, Syrien, Armenien und Aserbaidschan. Zahlen über die Kurden sind jedoch oft Ausdruck politisch motivierter Einschätzungen, da es keine genaue Volkszählung über die ethnische Zugehörigkeit gab und gibt. Zudem ist die kurdische Identität wie auch andere Identitäten anfechtbar und wandelbar; auch die Menschen selbst sind mobil und leben gezwungenermaßen oder freiwillig als Migranten oder Flüchtlinge in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens, Europas und in den USA.

Die am häufigsten genannten Kriterien kurdischer Identität sind die kurdische Sprache (mit drei

Hauptsprachgruppen/Dialekten)<sup>2</sup>, die Religion (die große Mehrheit gehört dem Islam – sunnitisch, šiitisch sowie alevitisch Richtung – an; es gibt aber auch eine christliche Minderheit) und das Siedlungsgebiet. Letzteres ist Kurdistan (das Land der Kurden), dessen historisch-geographische mit den politischen Grenzen nicht übereinstimmen und das heute nur im irakischen Teil – als Folge des Golfkrieges 1991 – einen politisch begrenzt anerkannten Status hat. Die Kurden in der Türkei leben in letzter Zeit nicht mehr überwiegend in den traditionellen kurdischen Gebieten; sie sind durch erzwungene oder wirtschaftlich veranlaßte Binnenmigration in westliche Großstädte der Türkei umgezogen. Das wichtigste Kriterium für die kurdische Identität ist das „Selbstbekenntnis“ zum Kurdentum<sup>3</sup>; wie dieses Bekenntnis und seine öffentliche sowie soziopolitische Entfaltung sich in der Geschichte der Türkischen Republik entwickelt hat, wird ebenfalls weiter unten erläutert.

---

## II. Historischer Überblick

---

### 1. Kurden im Osmanischen Reich

Der Name Kurde wurde laut historischen Quellen zuerst im 7. Jahrhundert genannt. Es war die Bezeichnung für die in den Bergen im Südosten der Türkei, im heutigen Nordirak und Westiran

---

2 Die Klassifizierung des „Kurdischen“ als eine oder mehrere Sprachen oder Dialekte ist wissenschaftlich umstritten und politisch äußerst sensibel. Kurdisch hat drei Sprachzweige: Kurmanci, Sorani und Gorani/Zazaki, und diese gehören zu den iranischen Sprachgruppen. Vgl. David MacKenzie, Stichwort: Kurds, Kurdistan, in: *Encyclopedia of Islam*, Bd. V, Leiden 1986 S. 479, zit. in: Günter Behrendt, *Nationalismus in Kurdistan*, Hamburg 1993, S. 21. Hinzuzufügen ist, daß die kurdische Sprache nicht gefördert wurde. In den Ländern, in denen Kurden wohnen, gilt sie nicht als Amtssprache und war zum Teil auch im privaten Bereich verboten. In der Türkei ist es heute nicht mehr verboten, in kurdischer Sprache zu veröffentlichen; die Kontrollen der Texte auf ihre Gesetzmäßigkeit werden jedoch willkürlich durchgeführt. Kurdisch als Mediensprache findet immer weitere Verbreitung; das Satellitenfernsehprogramm in kurdischer Sprache aus dem Ausland gilt als Konkurrenz zu den inländischen Programmen.

3 Vgl. Jemal Nebez, *Kurdische Zugehörigkeit: Wer ist Kurde? Was bedeutet Kurde sein?*, Stockholm 1987, S. 45 f.

lebenden und von den Arabern unterworfenen Stämme. Danach galten die Kurden immer als ein wichtiges Volkselement in verschiedenen islamischen Reichen des Nahen Ostens. Sie bildeten Führerdynastien sowie Mitläufer- und Vasallengruppen anderer Dynastien, die unter unterschiedlichen ethnischen Führergruppen standen. Über die Kurden und die anderen Volksgruppen in diesem Gebiet kann man aber nicht als eine „unverändert und überhistorisch“ gegebene Entität sprechen<sup>4</sup>, sondern als eine kategoriale Bezeichnung, die wohl an bestimmte sozio-historische Kontexte gebunden war und noch ist und nicht unbedingt immer mit dem Begriff der „nationalen Identität“ des 20. Jahrhunderts übereinstimmt.

Bis zur Eingliederung kurdischer Fürstentümer in das Osmanische Reich im 16. Jahrhundert gab es viele große und kleinere Dynastien. Anfang des 16. Jahrhunderts ist es dem Osmanischen Reich durch militärischen Erfolg und diplomatische Geschicklichkeit gelungen, die Loyalität kurdischer Führer (*mîr*) dieser Fürstentümer zu gewinnen und den größten Teil Kurdistans zu inkorporieren<sup>5</sup>. Dies führte zu einer Stabilisierung der Grenze<sup>6</sup> zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich bis zum 19. Jahrhundert. Laut Sharafname<sup>7</sup> erreichte ein kurdischer Diplomat des Osmanischen Sultans Selim, daß mehr als 20 sunnitische kurdische *mîrs* auf seiten der Osmanen in militärische Feldzüge gegen die shiitische Safaviden-Dynastie in Iran eintraten. Für diese Unterstützung bekamen diese Fürstentümer eine Art „Halbautonomie“, besonders was das Erbrecht der Fürstentümer (*hereditary governors of districts*) und die Souveränität in inneren Angelegenheiten betraf<sup>8</sup>. In der heutigen nationalistischen Geschichtsschreibung wird dieses Ereignis als der Beginn der „Kolonisierung“ Kurdistans festgelegt<sup>9</sup>. Inwieweit diese Geschichte der Eroberung

und der Einflußnahme der Osmanen zu einer ethnischen Teilung zwischen Herrschern und Untertanen führte, kann nur aus dem historischen Zusammenhang beantwortet werden. Wie Bruinessen ausführlich darlegt<sup>10</sup>, waren die ethnischen Grenzen zwischen verschiedenen nomadisch/tribalen, seßhaft/bäuerlichen und herrschend/militärischen Gruppen in Kurdistan komplex und durchlässig. Sie können daher nicht anhand heutiger Kategorien bewertet werden.

Das politische Gleichgewicht zwischen dem Osmanischen Staatszentrum und der kurdischen Fürsten-Peripherie im 16. Jahrhundert kann wie folgt beschrieben werden: „... (D)ie Zentralgewalt (war) trotz ihrer Stärke nicht in der Lage, die Peripherie gänzlich zu beschneiden. ... (D)ie Osmanen hatten die überlegene Kraft, in kurzen Schlägen Aufsässigkeit zu bestrafen und punktuell Fügsamkeit zu erzwingen – nicht aber dauerhaft die einheimische Machtelite in Kurdistan zu ersetzen.“<sup>11</sup>

Mit der Schwächung und dem Zerfall des Osmanischen Reiches, die ab dem 17. Jahrhundert zunehmend fortschritten, wurde das Gleichgewicht zwischen Zentrum und Peripherie auch in Kurdistan verschoben. Besonders erwähnenswert sind die Entwicklungen im 19. Jahrhundert, als erste Zentralisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen des Staates durchgeführt wurden. Zudem begannen sich nationalistische Strömungen unter den Völkern des Osmanischen Reiches bemerkbar zu machen. Dies ist auch die Epoche der ersten kurdischen Aufstände. Verschiedene Gründe wie der Zugriff des Zentralstaates in den Herrschaftsbereich der kurdischen Fürstentümer, die Erneuerung des Staatsverwaltungssystems, die Einmischung von europäischen Großmächten in die Angelegenheiten von christlichen Minderheiten, die aufgrund der neueingeführten Minderheitenrechte ein neues Selbstbewußtsein und teilweise religiös-nationale Aspirationen entwickelt hatten, können hier genannt werden. Obwohl die kurdische nationalistische Geschichtsschreibung die Aufstände des 19. Jahrhunderts als kurdische proto- oder nationalistische Erhebungen bezeichnet<sup>12</sup>, gibt es auch Studien, die dies anders bewerten<sup>13</sup>.

4 G. Behrendt (Anm. 2), S. 15.

5 Vgl. Martin van Bruinessen, *Agha, Shaikh and State: The Social and Political Structures of Kurdistan*, London 1992, S. 136.

6 Behrendt weist besonders aufschlußreich darauf hin, daß man in dieser Epoche nicht von „Grenzen im modernen Sinne“ sprechen kann. Diese waren, laut Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation*, Frankfurt/M.–New York 1988, eher Grenzgebiete von Staaten, die „durch Zentren definiert“ wurden: Einflußgebiete statt klar festgelegte Linien. Vgl. G. Behrendt (Anm. 2) S. 119f.

7 Sharafname, d. h. das Buch von Sharaf, wurde gegen Ende des 16. Jahrhunderts von Sharaf Khan, dem Fürsten von Bitlis, geschrieben. Es enthält die Geschichte von kurdischen Fürstentümern. Zu diesem Werk vgl. M. v. Bruinessen (Anm. 5), S. 8.

8 Vgl. ebd., S. 143–145.

9 Vgl. G. Behrendt (Anm. 2), S. 85–94 und S. 118. Zum Problem der Fremdherrschaft über die Kurden vgl. als Beispiel İsmail Besikçi, *Devletlerarası Sömürge Kürdistan*, o. O. o. J., S. 23.

10 Vgl. M. v. Bruinessen (Anm. 5), bes. Kap. 2 und 3.

11 G. Behrendt (Anm. 2), S. 105f.

12 Vgl. Kendal, *Die Kurden unter der Osmanischen Herrschaft*, in: Gerard Chaliand (Hrsg.), *Kurdistan und die Kurden*, Band 1, Kassel 1984, S. 50; Martin van Bruinessen, *Kurdish Tribes and the State of Iran: The Case of Simko's Revolt*, in: Richard Tapper (Hrsg.), *The Conflict of Tribe and State in Iran and Afghanistan*, London u. a. 1983.

13 Vgl. Basil Nikitine, *Les Kurdes: Étude Sociologique et Historique*, Paris 1956, S. 191.

Ende des 19. Jahrhunderts konnten die kurdischen Fürsten sich weniger gegen die Macht des Osmanischen Zentralstaates behaupten, da die semi-autonomen Emirate aufgelöst und kleinere Häuptlingstümer durch die *indirect rule* an die Verwaltung gebunden waren. Bruinessen bezeichnet diesen Prozeß als eine „social evolution . . . in descending order“<sup>14</sup>, nämlich vom Proto-Staat zum Häuptlingstum und dann zum Stamm. Da gleichzeitig der Osmanische Staat in einem Prozeß des Untergangs und der Schrumpfung begriffen war, konnte die Machtlücke nicht mehr von mächtigen Fürsten gefüllt werden, sondern sie wurde von religiösen Führern außerhalb des Stammessystems geschlossen. Diese Führer waren auch die politischen Kräfte, die in der Gründungszeit der türkischen Republik eine sehr wichtige Rolle gespielt haben.

## 2. Die Lage der Kurden im 20. Jahrhundert

Die ersten drei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts zeugen von dramatischen und entscheidenden Ereignissen für das Zusammenleben von Türken und Kurden. In Kurdistan gab es einerseits ein Machtvakuum aufgrund der Schwächung des Osmanischen Staates, andererseits gab es Bestrebungen verschiedener Gruppierungen, dieses im eigenen Interesse zu nutzen. Nach den Balkankriegen 1910–1913 und dem Ersten Weltkrieg mußte das Osmanische Reich die Konsequenzen der Niederlage hinnehmen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen an der Ostgrenze führten zu erheblichen Zerstörungen besonders in Kurdistan<sup>15</sup>. 1918 wurde in Mudros der Waffenstillstand geschlossen, wobei Teile des Staatsgebiets von den Entente-mächten besetzt wurden. Im darauffolgenden Jahr begannen sich die oppositionellen Kräfte um Mustafa Kemal zu sammeln, um einerseits Widerstand gegen die Alliierten zu organisieren und sich andererseits der aufgezwungenen Kapitulation zu widersetzen. Gleichzeitig gab es sowohl kurdische nationalistische Intellektuelle und Elitenvereinigungen – insbesondere in Istanbul –, die einen unabhängigen Staat für Kurden anstrebten, als auch Stammes- und religiöse Führer, wie die Sheikhs von mystischen Orden im Osten, die den türkischen Befreiungskrieg unterstützen.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Sèvres im Jahre 1920 kann als kritischer Moment in der Geschichte der Kurden angesehen werden, da sich die Kurden davon die Errichtung eines unabhängigen Staates versprochen hatten. Gleich-

zeitig schritt die militärische Mobilisierung und die Bewegung Mustafa Kemals in Anatolien weiter fort. Der Vertrag von Sèvres war der erste Anlaß einer Internationalisierung des Kurdenproblems im Nahen Osten. In dem Vertrag, der nie vollständig in Kraft trat, war hauptsächlich die Errichtung eines armenischen Staates vorgesehen, dessen Grenzen teilweise die von den Kurden beanspruchten Gebiete überschritten. Was den kurdischen Staat betrifft, bemerkt Behrendt<sup>16</sup>, wurde nur der Rahmen für weitere Verhandlungen gesteckt.

## 3. Die Kurden in der Türkischen Republik

Die neue Türkische Republik, die 1923 nach dem Befreiungskrieg gegründet wurde, erbte zwar die Reste des multiethnischen Osmanischen Reiches, war aber gleichzeitig in vielerlei Hinsicht dem Osmanischen Staatssystem entgegengesetzt. In dem Friedensvertrag von Lausanne 1923 wurden die Rechte von nichtmuslimischen Minderheiten (d.h. orthodoxen Griechen, Armeniern und Juden) angesprochen, aber nicht die von Kurden<sup>17</sup>. Damit wurde der Begriff „Minderheit“ politisch-historisch festgelegt<sup>18</sup>, ein Problem, das ich noch erläutern werde.

16 Vgl. G. Behrendt (Anm. 2), S. 339f.: „Artikel 62 besagte nur, daß eine alliierte Kommission innerhalb von sechs Monaten ein Autonomieprojekt auf lokaler Ebene für Osmanisch-Kurdistan erarbeiten sollte, das laut Artikel 63 dann von der Sultansregierung unverzüglich in die Tat umgesetzt werden müsse. Da eine solche Kommission mangels Interesse der betroffenen Großmächte nie zustande kam, erledigte sich der Inhalt dieser Artikel von selbst.“

17 McDowall bemerkt, daß die vereinbarten Rechte für Kurden und für die als Minderheit anerkannten nicht-muslimischen Gruppen – obwohl ziemlich begrenzt – kaum praktiziert wurden. Laut dem Lausanner Vertrag: „No restrictions shall be imposed on the free use by any Turkish national of any language in private intercourse, in commerce, religion, in the press, or in publications of any kind or at public meetings. Notwithstanding the existence of the official language, adequate facilities shall be given to Turkish nationals of non-Turkish speech for the oral use of their own language before the courts (Article 39).“ David McDowall, *A Modern History of the Kurds*, London 1996, S. 142.

18 „Denn Art. 39 (Anm. 17) regelt nicht irgendwelche Sonderrechte irgendwelcher religiöser Minderheiten, sondern handelt von der Gestaltung des allgemeinen Gleichheitssatzes . . . In diesem Sinne sind die beiden letzten Absätze des Art. 39 des Vertrags zu verstehen, die bestehende sprachliche Unterschiede ausdrücklich schützen – zugunsten jedes türkischen Staatsangehörigen, ungeachtet sonstiger Unterscheidungsmerkmale. Daher gelten diese beiden Absätze, die den Gebrauch der Muttersprache in allen wesentlichen Beziehungen des privaten und öffentlichen Alltags garantieren, auch für türkische Staatsangehörige, die als Muttersprache Kurdisch sprechen.“ Christian Rumpf, *Das türkische Sprachenverbotsgesetz*, in: *Dokumentation zur internationalen Konferenz Menschenrechte in Kurdistan*, Bremen 1989, S. 79.

14 M. v. Bruinessen (Anm. 5), S. 195.

15 Vgl. G. Behrendt (Anm. 2), S. 301: „Die von Kriegsverhandlungen, Pogromen, Deportationen, Hunger und Seuchen am schwersten betroffenen Provinzen Bitlis, Van und Hakkâri erlitten Bevölkerungsverluste zwischen 70 und 75 %.“

Die politisch-organisatorischen Ansätze der neuen Republik bezogen sich nicht nur auf die Minderheiten, sondern auch auf die religiösen Fundamente des alten Regimes. Das Kalifat wurde 1924 abgeschafft, damit wurde einer der politischen Legitimationsfaktoren gegenüber den Muslimen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit aufgehoben. In den ersten 15 Jahren der Republik wurden offiziell insgesamt 18 größere Aufstände registriert<sup>19</sup>, von denen einige religiös motiviert zu sein schienen. In der Mehrzahl waren es kurdische Aufstände, die aber auch partiell religiöse Motive hatten. Besonders die Aufstände von Sheikh Seid im Jahr 1925 sowie der Aufstand von Dersim/Tunceli von 1938 werden als wichtigste und blutigste Aufstände in Erinnerung behalten und aus der Sicht der heutigen nationalistischen Geschichtsschreibung als „reine kurdische nationalistische“ oder „blutigste türkische Repression von Kurden und unschuldigen Menschen“ beschrieben<sup>20</sup>. Mit deren Ablauf, Details über die Teilnahme sowie Nichtteilnahme an diesen Aufständen werden heute noch politische Ausgrenzung sowie Annäherungsstrategien unter den verschiedenen kurdischen Gruppierungen durchgeführt<sup>21</sup>. Diese Aufstände spielen gleichzeitig eine sehr wichtige Rolle für die populäre Geschichtswahrnehmung unter der türkischen Bevölkerung, so daß die Kurden im Osten der Türkei oft als potentielle Verräter angesehen werden<sup>22</sup>.

Die Epoche bis 1945 wird oft als die der Etablierung und der Nationbildung des türkischen Staates unter der autoritären Führung von Mustafa Kemal Atatürk und die des Einparteiensystems dargestellt. Inwieweit die revolutionären Änderungen wie die Abschaffung des Kalifats, des arabischen Alphabets, des religiösen Rechtssystems und der religiösen Orden und Sekten wirklich die Unterstützung des Volkes hatten und inwieweit dieses an

19 Vgl. Mete Tunçay, *Türkiye Cumhuriyeti'nde TEKPARTİ YÖNETİMİ'nin Kurulması (1923–1931)*, Ankara 1981, S. 127f. Tunçay zitiert aus militärgeschichtlichen Quellen.

20 Zu Sheikh Seids Aufstand vgl. M. v. Bruinessen (Anm. 5), Kap. 5; Robert Olson, *The Emergence of Kurdish Nationalism 1880–1925*, Austin 1989; G. Behrendt (Anm. 2), S. 375–386.

21 Da der Aufstand Sheikh Seids nicht in der Lage war, alle kurdischen Sprach- und Religionsgruppen zusammenzubringen – die Teilnehmer waren meist Zaza-Sprecher und Sunniten –, wird er oft als Beweis für die Segmentierung und Uneinigkeit der kurdischen Gesellschaft angeführt.

22 In den Medien z.B. wurde in bezug auf einen Abgeordnete der Refah-Partei der heutigen Regierung immer nur vom „Enkelsohn Sheikh Seids“ gesprochen, als man ihn wegen seiner Vermittlerrolle bei der erstrebten Freilassung von türkischen Soldaten in PKK-Lagern kritisieren wollte. Über die Wirkung des Sheikh-Seids-Aufstands auf die „offizielle Wahrnehmung“ in der Türkei vgl. Abbas Vali, *Nationalism and Kurdish Historical Writing*, in: *New Perspectives on Turkey*, 14 (Spring 1996), S. 44.

den politischen Entscheidungen teilnehmen konnte, ist umstritten<sup>23</sup>. Es wird jedoch fast einstimmig berichtet, daß die Einführung des Mehrparteiensystems im Jahre 1945 zu einer Öffnung und Demokratisierung des politischen Systems führte<sup>24</sup>.

Die letzten fünfzig Jahre der soziopolitischen Entwicklungen in der Türkischen Republik können hier nicht ausführlich behandelt werden. Nur stichwortartig möchte ich auf einige Ereignisse und Prozesse sowie deren Auswirkungen auf die Situation der Kurden in der Türkei hinweisen. Die Modernisierungsprozesse, insbesondere im Agrarsektor und in der Bildung, können, als einige wichtige Entwicklungen im Kurdengebiet bezeichnet werden. Jedoch führten die staatlichen Investitionsprogramme wie auch private Investitionen in Infrastruktur und Industrie im Osten seit fünf Jahrzehnten nicht zu einer erfolgreichen Überwindung des türkischen West-Ost-Gefälles<sup>25</sup>.

Eine der wichtigsten Entwicklungen für die gesamte Türkei war sicherlich die rapide Verstärkung und die Binnen- sowie Auslandsmigration. In der politischen Entwicklung der Türkei kann man in dieser Epoche nicht mehr von großen kurdischen Aufständen sprechen; jedoch waren die militärischen Interventionen in die türkische parlamentarische Demokratie in den Jahren 1960, 1971 und 1980 eng mit den radikal-polarisierten und gewalttätigen Auseinandersetzungen, die das politische System nicht mehr kontrollieren konnte, verknüpft. Die Kurden waren Akteure in linken und konservativen politischen Parteien und Orga-

23 Unter Historikern und Politologen gibt es unterschiedliche Meinungen über die Beteiligung und Motivation des Volkes in dem Befreiungskrieg sowie dessen Teilnahme an der Politik in den ersten Jahrzehnten der Republik. G. Behrendt (Anm. 2), S. 362, z. B. sagt, daß es eine Lüge des türkischen Nationalismus sei, „daß die Türkische Republik in einem nationalen Volkskrieg erkämpft worden sei“; „Vielleicht übernahm eine bestimmte Fraktion innerhalb des Staatsapparates (hauptsächlich Armeeeoffiziere) nach der Kapitulation die Macht und führte den Krieg als eine den veränderten Bedingungen angepaßte staatliche Macht fort.“ Andere wie William Hale bestätigen, daß die Armeeeoffiziere die Führung innehatten, betonen aber die Unterstützung der lokalen Eliten und der einfachen Bevölkerung. William Hale, *The Political and Economic Development of Modern Turkey*, London 1981, S. 34, z. B. beschreibt das erste Parlament der Republik als eine Zusammensetzung von Vertretern „aller politischen Richtungen“ „from the Marxist left to the conservative religious right“. Die Ausschaltung dieser Kräfte aus dem Parlament erklärt er als Atatürks politischen Erfolg, aber auch die Verwendung militärischer Macht trug dazu bei.

24 Vgl. Feroz Ahmad, *The Turkish Experiment in Democracy 1950–1975*, London 1977; Rustow nennt dies „revolution at the ballot box“, vgl. Dankwart Rustow, *Turkish Democracy in Historical and Comparative Perspective*, in: Metin Heper/Ahmet Evin (Hrsg.), *Politics in the Third Turkish Republic*, Boulder u. a. 1994, S. 7.

25 Vgl. Wolf-Dieter Hütteroth, *Türkei*, Darmstadt 1982, S. 390–447.

nisationen<sup>26</sup>. Die kurdischen politischen und kulturellen Aktivitäten wurden 1960 teilweise positiv, in den späteren Interventionen aber zunehmend negativ beeinflusst<sup>27</sup>. Im nächsten Abschnitt möchte ich auf einige Thesen eingehen, die die Lage der Kurden in der Türkischen Republik umrahmen und verschiedene Aspekte des Kernproblems beleuchten.

### III. Thesen zur Entwicklung der kurdischen Identität in der Türkischen Republik

Es ist weitgehend bekannt, daß das Verhältnis zu den Kurden in der Türkei ein Problem darstellt. Besonders in Deutschland gibt es reges Interesse an den Entwicklungen bezüglich der Kurden in der Türkei, da schätzungsweise ein Viertel der türkischen Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik kurdischer Abstammung sind. Darüber hinaus sind die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sehr vielfältig und intensiv. Eine Eskalation der politischen Gewalt dort hat entsprechende Wirkung in Deutschland.

In diesem Beitrag ist es mir nicht möglich aufzuzeigen, welchem Unrecht und welchen Repressionen die Kurden in der Türkei ausgesetzt sind, vielmehr möchte ich einige Thesen zur Interpretation der Kurdenproblematik in der Türkei formulieren.

*Die erste These: Die Kurden waren ein wichtiges Element bei der Gründung der Türkischen Republik; sie nahmen in der Mehrheit an den politischen und militärischen Kämpfen der Anfangszeit teil. Sie waren ein „Brudervolk“<sup>28</sup>, wurden aber später ausgegrenzt und nicht als Teil einer gleichberechtigten „Schicksalsgemeinschaft“ behandelt.*

26 Für die Kurden in politischen Organisationen vgl. Lothar Heinrich, Die kurdische Nationalbewegung in der Türkei, Hamburg 1989.

27 Nach der Verfassung von 1960 gab es eine Reihe von Publikationen in Kurdisch. Nach dem Militärputsch 1971 wurde die Arbeiterpartei der Türkei wegen ihrer Position zur Kurdenfrage verboten. Vgl. L. Heinrich, ebd., S. 16f. Der Putsch 1980 führte zum Verbot der kurdischen Sprache, das aber inzwischen wieder aufgehoben wurde. Vgl. Christian Rumpf, Das Sprachverbot in der Türkei unter besonderer Berücksichtigung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen, in: Orient, 30 (1989) 3, S. 413–427.

28 Vgl. Mustafa Kemals Rede vor dem Parlament am 1. 5. 1920, wiedergegeben in: Saçak, No. 39, April 1987 und zit. in: D. McDowall (Anm. 17), S. 188: „... there are Turks and Kurds. We do not separate them. But while we are busy to defend and protect, of course, the nation is one element. There are various bonded Muslim elements. Every Muslim element which makes this entity are citizens. They respect each other, they have every kind of right, racial, social and geographical. (...) (O)ur interests are together. The unity we are trying to create is not only Turkish or Circassian. It is a mixture of one Muslim element.“

Die Art und Zeit der Inkorporation von Kurden in das türkische System ist zentral für diese These. Danach waren die Kurden am Anfang der Republik nicht nur begrenzt an den politischen Prozessen beteiligt, sondern auch die anfängliche Zusammenarbeit war eine überzeugte und vorwiegend freiwillige Unterstützung von kurdischer Seite. Hier werden besonders die Rolle und Teilnahme von „einfachen“ Kurden sowie der ländlichen und traditionellen Eliten betont. Der entscheidende Punkt ist, daß die Zusammenarbeit im Kampf gegen die „Ungläubigen“ und die Armenier während des Ersten Weltkrieges und anschließend gegen die besetzenden Großmächte beruhte. Die Kurden wurden daher von den Führungskadern der türkischen nationalistischen Bewegung als ein „Brudervolk“ anerkannt, da sie zusammen das Kalifat retten wollten. Der „Verrat“ wiederum kam von der türkischen Seite, denn nachdem die Republik gegründet war, wurden die kulturellen und politischen Rechte der Kurden nicht berücksichtigt<sup>29</sup>.

Die erste These, daß der türkische Staat sogleich nach seiner Gründung einen vulgären ethno-nationalistischen Charakter angenommen habe, stellte kürzlich Ümit C. Sakallioğlu grundlegend in Frage: Angesichts der neueren Studien zum Nationalismus stelle man fest, daß Dualismus zwischen den ethnischen und staatsbürgerlichen (civic) Elementen in jedem Nationalismus vorhanden sei<sup>30</sup>. Sakallioğlu betont, daß der türkische Nationalismus von Anfang an zwei gegensätzliche Dimensionen – eine ethnokulturelle und eine modern staatsbürgerliche – beinhaltete. Das Problem lag, ihrer Meinung nach, nicht in der Frage, ob die Kurden als Staatsbürger anzuerkennen seien, sondern in deren Zwang, sich als Türken zu sehen<sup>31</sup>. Diese Spannung zwischen den beiden Komponenten des Nationalismus zu berücksichtigen ist unentbehrlich, wenn man nicht den Mythos eines Staates, der sich nur auf demokratische Prinzipien stützt und nationale Identität und Kultur ignoriert, aufrechterhalten möchte<sup>32</sup>.

*Eine weitere These lautet: Die Kurden wollten überwiegend nicht bei der Gründung der Republik mitmachen. Als Beweis für diese Behauptung werden hauptsächlich die Aktivitäten der kurdischen Organisationen in der Diaspora, aber auch derjenigen in türkischen Großstädten erwähnt; zudem wird auf die Aufstände hingewiesen. Der Mißerfolg der*

29 Vgl. D. McDowall (Anm. 17), Kap. 9.

30 Vgl. Ümit C. Sakallioğlu, Historicizing the Present and Problematizing the Future of the Kurdish Problem: A Critique of the TOBB Report on the Eastern Question, in: New Perspectives on Turkey, 14 (Spring 1996), S. 5 f.

31 Vgl. ebd., S. 6.

32 Vgl. ebd., S. 7.

nationalistischen Bewegung in dieser entscheidenden Epoche wird mit geopolitischen und konjunkturellen Faktoren wie der Diskrepanz zwischen den Führern und dem „Volk“, der Unfähigkeit der führenden „Bourgeoisie“, der internationalen Abhängigkeit der Kurden und der Gleichgültigkeit der Großmächte ihnen gegenüber erklärt.

Die Schwäche dieser These liegt zum einen in schwer belegbaren Fakten, zum anderen in der unangemessenen Verwendung von Kategorien wie „Bourgeoisie“ und „nationale Führungskader“. Darüber hinaus hat der Historiker Abbas Vali vor kurzem überzeugend argumentiert, daß in der nationalistischen kurdischen Geschichtsschreibung die Idee einer unabhängigen kurdischen Nation von einigen Vordenkern als eine „ahistorische Kategorie“ behandelt wird, deren Ursprünge im 16. Jahrhundert lägen<sup>33</sup>. Diese Idee, daß „nationale Solidarität und Bewußtsein“ schon immer vorhanden gewesen seien<sup>34</sup>, war auch die Leitidee eines anderen kurdischen Historikers, Muhammad Amin Zaki. Vali findet bei Zaki aber eine differenziertere Betrachtung des „nationalen Erwachens“: „Da sie beide (Türken und Kurden, L.Y.) nicht kolonisiert waren“, teile Zaki „das ideologische Werk sowie die Vorgeschichte der Osmanen mit den türkischen Nationalisten. Beide waren Osmanische Reformisten mit einer säkularen Aussicht.“<sup>35</sup>

Andererseits bemerkt Vali, daß der Historiker Zaki, „wie die Kolonisierten . . . seine Identität entdeckte, . . . wenn ethnische Differenzen zur Konstitution des Andersseins führen sollen“<sup>36</sup>. So war, laut Vali, das ideologische Werk der Staatsformation in der Türkei von Anfang an von einer Differenzierung des Ethnischen gekennzeichnet. Mit anderen Worten, Valis Kritik richtet sich auch gegen die erste These: Die Ausgrenzung der Kurden fand nicht später statt, sondern war von Anfang an vorhanden.

Die dritte These beruht auf Ausführungen von Sakalhoğlu. Diese lautet, daß die Wechselwirkung zwischen den unterschiedlichen Phasen des türkischen Nationalismus und der kurdischen Entwicklung berücksichtigt werden muß. Die Kurden wurden früher in der offiziellen türkischen Staatsideologie zwar nicht als eine Entität anerkannt, sie wurden aber als eine soziokulturelle Realität wahrgenommen. Nach 1980, trotz – oder wegen – der Liberalisierung in Wirtschaft und Politik, bildete sich eine neue türkisch-nationale Identität

heraus, eine, die dem staatlichen Islam eine zentrale Rolle gab und die türkische ethnische Identität damit koppelte<sup>37</sup>. Sakalhoğlu stellt die Probleme, die der türkische Staat mit den Kurden hat, wie folgt dar: Der türkische Staat hat einen eigenen Begriff der Demokratie und der Legitimation. Der Staat konzipiert sich nicht als ein „limited state“; darüber hinaus sucht er seine politische Legitimation in dem Begriff der „populären Souveränität“, der sich auf die Herrschaft der Mehrheit (majority rule) stützt. Obwohl mit dem Mehrparteiensystem in den letzten fünf Jahrzehnten die kurdische Bevölkerung eine breitere Repräsentanz – durch die Wahl ihrer eigenen traditionellen Führer – besaß, unterstützte sie daher paradoxerweise auch den Status quo, da die traditionellen Führer ihre Rolle als Vermittler zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung für ihre eigene Interessen teilweise weiter ausnutzen konnten<sup>38</sup>. Im Endeffekt bedeutete dies für die Bevölkerung eine eingeschränkte Repräsentation. Die wichtigsten Argumente, die Sakalhoğlu anbringt, betonen die Wechselwirkung und den Dynamismus der Kurdenproblematik in der Türkei. Die kurdische Identität, besonders ihre nationale Version, entwickelt und besinnt sich nicht nur auf eine Ursprungsidentität. Es gab Phasen von und Gründe für diese Entwicklung, spezifisch sowohl zu der kurdischen Gesellschaft als auch zur Geschichte und der Entwicklung des türkischen Nationalstaates.

Als letzte These kann man mit Blick auf die Folgen der Modernisierung untersuchen, ob die gegenwärtige Besinnung auf kurdische nationale Identität<sup>39</sup> als eine Reaktion auf die Moderne verstanden werden kann<sup>40</sup>. Sakalhoğlu führt aus, daß die gegenwärtige kurdische Identität insoweit selbst modern ist, als sie sich hauptsächlich in der Ost-West-Migration sowohl innerhalb der Türkei wie in der Migration nach Europa entwickelt und verschiedene partikularistische Differenzierungen sowie universalistische – „andere“ Kurden inkorporierende – Bezüge gewonnen hat<sup>41</sup>.

37 Vgl. Ü. C. Sakalhoğlu (Anm. 30), S. 8.

38 Vgl. ebd., S. 9–11.

39 Immerhin beziehen sich laut Ergil 40,3 Prozent der Befragten im Osten der Türkei primär auf ihre kurdische ethnische Identität. Vgl. Doğu Ergil, TOBB Doğu Sorunu: Teşhis ve Tespitler, Ankara 1995, S. 37.

40 Vgl. Ü. C. Sakalhoğlu (Anm. 30), S. 14.

41 Vgl. Martin van Bruinessen, Multiple Shifting Identities: the Kurds, Turkey, and Europe. Paper presented at the Conference: Redefining the Nation, State and the Citizen, held in Istanbul 1989, zit. in: Ü. C. Sakalhoğlu (Anm. 30), S. 15. Für eine andere ausführliche Diskussion zur Kurdenproblematik besonders in den neunziger Jahren vgl. Hamit Bozarslan, The Kurdish Question in Turkish Political Life: The Situation as of 1990, in: Turaj Atabaki/Margreet Dorleijn (Hrsg.) Kurdistan in Search of Ethnic Identity, Utrecht 1991.

33 Vgl. A. Vali (Anm. 22), S. 39.

34 Vgl. Ferhad Shakely, Kurdish Nationalism in Mem u Zin of Ehmadi Khani, London 1983.

35 A. Vali (Anm. 22), S. 33.

36 Ebd.

## **Faruk Şen: Die gegenwärtige politische Lage in der Türkei unter der neuen Regierung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/97, S. 3–12

Der Amtsantritt einer islamistischen Regierung stellt einen historischen Wendepunkt in der türkischen Politik dar. In der 73jährigen Geschichte des Landes kam mit Erbakan ein Politiker an die Macht, der die Westorientierung der Türkei grundsätzlich ablehnt, eine enge Zusammenarbeit mit der islamischen Welt anstrebt und die Wirtschaft nach einer islamischen Ordnung ausrichten will. Die Intention des türkischen Ministerpräsidenten richtet sich in erster Linie auf die Neustrukturierung des Staatsapparates. Auf diese Weise ist es seiner Partei zum ersten Male möglich, eine weitgehende Kaderbildung der Refah Partisi (RP; Wohlfahrtspartei) in Ministerien und öffentlichen Einrichtungen zu erreichen. Dazu wurde ein Gesetz erlassen, das der Regierung die alleinige Kompetenz einräumt, ohne jede parlamentarische Kontrolle die Regelungen für den öffentlichen Dienst zu verändern. Mit den ersten Umstrukturierungen und Neubesetzungen hat Erbakan bereits begonnen.

Wirtschaftspolitisch zeichnet sich in der Türkei unter der neuen Koalitionsregierung ein deutlicher Wandel ab. Während die bisherigen Regierungen stets die Großunternehmen begünstigten, unterstützt die Koalition aus RP und DYP (Doğruyol Partisi; Partei des Rechten Weges) nunmehr die mittleren und kleinen Unternehmen, die überwiegend die Wählerschicht der RP bilden. Eine an den islamischen Staaten orientierte Außen- und Wirtschaftspolitik demonstrierte Erbakan durch offizielle Staatsbesuche in islamischen Staaten, von denen insbesondere die Reise nach Libyen in einem politischen Skandal endete und heftige Kritik in der Türkei auslöste.

In bezug auf die Lösung des Kurdenproblems ist auch von der neuen Regierung keine Änderung der Politik zu erhoffen. Auch 1997 wird die Türkei den Kampf gegen die PKK mit allen Mitteln weiterführen. In dieser Hinsicht hat sich die Wohlfahrtspartei, auch wenn sie unter den in der Türkei existierenden Parteien am ehesten zu einer politischen Lösung tendiert, unter dem Einfluß der Militärs teilweise auch an der von Frau Çiller seit Jahren betriebenen Politik einer militärischen Lösung orientiert, was für die Türkei sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich größere Probleme mit sich bringen wird.

Derzeit kann die Koalitionsregierung von Erbakan und Çiller durchaus als stabil bezeichnet werden. Die beiden Parteivorsitzenden, die den jeweiligen Koalitionspartner nur aus opportunistischen Gründen akzeptieren und dulden, wissen, daß sie mit einer anderen Partei kaum Chancen haben, an der Macht zu bleiben. So dulden sich DYP und RP trotz ihrer unterschiedlichen Haltung – nicht zuletzt in der türkischen Außenpolitik – gegenseitig. Zudem wird die Stärke der Koalitionsregierung derzeit durch die Schwäche der Opposition unterstützt, da diese keine ernstzunehmende Alternative darstellt.

## **Çiğdem Akkaya: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/97, S. 13–23

Die türkische Wirtschaftspolitik zeichnet sich derzeit durch mangelnde Konsequenz und Orientierungslosigkeit aus, die das Vertrauen in- und ausländischer Investoren belastet. Das Fehlen einer langfristigen Planung in der türkischen Politik und ein deutlicher Populismus führen oft zu unerwarteten Veränderungen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft haben und die langfristigen Planungen der Unternehmen erschweren.

Die chronisch hohe Inflationsrate bildet nach wie vor eines der größten Probleme der Türkei. Der türkische Staat, der bisher über die eigenen Verhältnisse lebte, bediente sich in zunehmendem Maße attraktiver Zinsen zur Mobilisierung des notwendigen Kapitals. Somit wird die Kluft zwischen Budgeteinnahmen und Zinsausgaben immer größer. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1996 wurde genau die Hälfte der Einnahmen für Zinsrückzahlungen verwendet. Die intensive Verschuldungspolitik des Staates durch hohe Zinsen zur Deckung des Haushaltsdefizits bedeutet einerseits, daß die Zinsausgaben immer größer werden und eine neue Verschuldung notwendig ist, um Zinseszinsen zu tilgen. Andererseits werden private Investitionen verteuert, so daß es sich nicht mehr lohnt zu produzieren. Die Folge ist, daß Spekulationsgewinne und Renten die Wirtschaft dominieren statt produktiver Investitionen. Diese Rahmenbedingungen bieten kaum Hoffnung auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Türkei.

Ebenso wie die Innenverschuldung verzeichnet auch die Außenverschuldung eine zunehmende Tendenz. Die Außenschulden übersteigen die Exporte um das Dreifache, wobei die Kluft zwischen Exporten und Importen immer größer wird. Das Inkrafttreten der Zollunion zu Beginn des Jahres 1996 hat zu einem Importboom bei gleichzeitiger Abschwächung der Exporte geführt. Die Hoffnung, daß die Zollunion eine rapide Zunahme ausländischer Direktinvestitionen auslösen würde, erfüllte sich bislang nicht.

## **Udo Steinbach: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12/97, S. 24-32

Langsam beginnt man sich unter den westlichen Partnern der Türkei darüber klarzuwerden, welcher tiefgreifender Wandlungsprozeß sich in der Türkei vollzieht. Der historische Umbruch zu Beginn der neunziger Jahre hat kein Land so nachhaltig betroffen wie dieses Land. Das gilt nicht nur für die Innen-, sondern auch für die Außenpolitik. Ankara sucht somit nach einem neuen Platz in der Region und in der internationalen Politik. Der Beitrag beabsichtigt, mögliche Entwicklungslinien aufzuzeigen.

## **Şefik Alp Bahadır: Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union – ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12/97, S. 33-40

Die Türkei schloß 1963 ein Assoziationsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft ab und strebt seit Jahren vehement die Vollmitgliedschaft an. Nachdem ihr Beitrittsantrag von 1987 erfolglos war, hat die am 1. Januar 1996 in Kraft getretene Zollunion mit der EU neue Hoffnungen auf einen baldigen Anschluß des Landes an die europäische Staatengemeinschaft geweckt.

In diesem Beitrag werden die Zollunion und die Perspektiven eines künftigen EU-Beitritts im Gesamtkontext der türkisch-europäischen Beziehungen analysiert und dabei vier Belastungsfaktoren für den weiteren Ausbau dieser Beziehungen besonders hervorgehoben.

Hierzu zählt zunächst das *Wirtschaftsgefälle* zwischen der Türkei und den EU-Staaten, wobei diese Beitrittsbarriere infolge der Zollunion bzw. des daraus zu erwartenden erheblichen Strukturwandels der türkischen Wirtschaft mit einem starken Modernisierungsschub in den folgenden Jahren zunehmend an Bedeutung verlieren wird. Dagegen werden die *Defizite der Türkei auf den Gebieten der Demokratie und der Menschenrechte* auch künftig einen ebenso schwerwiegenden Belastungsfaktor in den Beziehungen des Landes zu Europa bilden wie dessen *bilaterale Konflikte mit dem EU-Mitglied Griechenland*. Was schließlich die aktuellen Irritationen in den Beziehungen infolge der *Regierungsbeteiligung der islamistischen Refah-Partei in Ankara* betrifft, so werden diese bald einer nüchternen Betrachtung Platz machen und aller Voraussicht nach zu keiner ernsthaften zusätzlichen Belastung dieser Beziehungen führen.

## **Lale Yalçın-Heckmann: Zur Kurdenproblematik in der Türkei**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12/97, S. 41-46

Die Kurden sind die wichtigste ethnische Minderheit in der Türkei; ihr sozialer und politischer Status führt zum Teil zu gewalttätigen und konflikthafter Auseinandersetzungen in der Türkei sowie im Ausland. Den Hintergrund zur Kurdenproblematik in der Türkei bilden historische Faktoren wie ihre gesellschaftliche Lage im Osmanischen Reich und die Art ihrer Eingliederung als halbautonome Fürstentümer. Mit der Gründung der modernen Türkischen Republik entwickelte sich der türkische Nationalismus in Wechselwirkung mit der kurdischen nationalistischen Bewegung.

Es gibt verschiedene Thesen, um diese Beziehung zu erklären: Eine erste These betont die anfängliche Zusammenarbeit beider Völker und die Ausgrenzung der Kurden vom politischen Prozeß zu einem späteren Zeitpunkt. Eine zweite These hebt den Unwillen der kurdischen Intellektuellen über solch eine Zusammenarbeit hervor und unterstreicht die Rolle der kurdischen Aufstände in der Geschichte der Türkei. Eine dritte These stellt einen Zusammenhang von unterschiedlichen Phasen des türkischen Nationalismus und deren Wirkung auf die Entwicklung des kurdischen Nationalismus dar. Zuletzt wird die Rolle der Modernisierungsprozesse für die Entwicklung des gegenwärtigen Konflikts untersucht; dabei kann die gegenwärtige kurdische Identität nicht als eine Reaktion auf die Moderne, sondern selbst als eine moderne ethnisch-nationale Identität verstanden werden.